



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



1
—
16

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

die vorliegende Ausgabe von „Einsichten und Perspektiven“ widmet sich vor allem drei aktuellen Schwerpunktthemen: Kristina Milz porträtiert das zerfallene Land Syrien und schildert die komplexen historischen Hintergründe des seit 2011 dort herrschenden Krieges. Klaus Gestwa zeigt fast fünfundzwanzig Jahre nach der Auflösung der Sowjetunion und des Ostblocks auf, wie die Regierungszeit Michail Gorbatschows wissenschaftlich resümiert und – auch im Blick auf die heutige russische Politik – interpretiert wird. Markus J. Prutsch berichtet aus dem geschichtspolitischen Labor der Europäischen Union und erklärt, welche zum Teil widerstreitenden Faktoren die Debatte über ein gemeinsames europäisches Identitätsfundament prägen.

Klaus Bäumler hat ein weithin unbekanntes Steindenkmal in Oberfranken aus dem 18. Jahrhundert wiederentdeckt, das verdeutlicht, dass Einwanderung kein neues Thema ist. Maria Anna Willer stellt die Biographie von Peter Höllenreiner vor, einem Sinto, dessen Familie bis heute schwer an ihrer Verfolgungs- und Auslöschungsgeschichte durch die Nationalsozialisten zu tragen hat; schließlich erzählt Matthias Lilienthal, der (noch relativ) neue Intendant der Münchner Kammerspiele, von der Verknüpfung von Theater und politischer Bildung.

Die Zeitschrift „Einsichten und Perspektiven“ versteht sich als ein intellektuelles Forum an der Schnittstelle zwischen Politik und Gesellschaft, Wissenschaft und Bildung, Forschung und Erinnerungskultur. Ganz in diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine ertragreiche Lektüre.

Die Redaktion

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Klaus Bäumler ist Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof rtd., stv. Vorsitzender des Politischen Beirats des NS-Dokumentationszentrums München, Vorstandsmitglied der Montgelas-Gesellschaft e.V. und ehem. Vorsitzender des Bezirksausschusses Maxvorstadt.

Prof. Dr. Klaus Gestwa ist Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen.

Nina Kozłowski, M.A. ist Historikerin und arbeitet am Institut für Slawische Philologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Kristina Milz ist Fachjournalistin für den Nahen Osten und arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Zeitgeschichte.

Dr. Markus J. Prutsch forscht an der Heidelberger Akademie für Wissenschaften und ist seit Dezember 2011 als Wissenschaftler und Forschungsverantwortlicher im Europäischen Parlament zuständig für das Politikfeld Kultur und Bildung.

Maria Anna Willer leitet das Kulturbüro „Kultur kreativ“ in Aschau (Chiemgau) und bietet Seminare zu den Themen Kultur, Umwelt und Alltag an.

Inhalt



Syrien stirbt

von Kristina Milz

4

Von der Perestroika zur Katastroika

Michail Gorbatschow und der Zerfall des Sowjetimperiums (Teil 1)

von Klaus Gestwa

22

Władysław Bartoszewski, der Brückenbauer

Ein persönlicher Rückblick auf das Lebenswerk eines großen Polen

von Nina Kozłowski

34



Europäische Erinnerungspolitik

Bestandsaufnahme und Perspektiven

von Markus J. Prutsch

44

Der „Emigrantenstein“ von 1796: steinernes Zeugnis europäischer Geschichte

Stationen einer Recherche zur „Willkommenskultur“ in Bayern

von Klaus Bäuml

56

„Mein Job ist es Interessenkonflikte zu moderieren.“

Ein Gespräch mit dem Intendanten der Münchner Kammerspiele, Matthias Lilienthal, über Theater und politische Bildung

62



Auschwitz überlebt – und dann?

Peter Höllenreiners Leben als Sinto in Deutschland nach 1945

Ein biographischer Essay von Maria Anna Willer

66

Syrien stirbt

von Kristina Milz

**Länder des
Nahen Ostens
im Porträt**



Damaskus, 24. Februar 2016

Foto: picture alliance/Fotograf: Hassan Ammar

Ein Land im Strudel der Gewalt: Seit den friedlichen Demonstrationen im Frühjahr 2011 mussten hunderttausende Syrerinnen und Syrer ihr Leben lassen. Während sich die internationale Gemeinschaft nicht auf einen Weg zum Frieden einigen kann, sind Millionen Menschen innerhalb und außerhalb des Landes auf der Flucht. Die einstigen Staatsgrenzen gelten längst nicht mehr: Im Osten des Landes wütet der selbsternannte „Islamische Staat“, im Westen terrorisiert das Regime sein Volk mit Folter und Fassbomben. Bashar al-Assad, der einstige Hoffnungsträger der Nation, ist zu ihrem Totengräber geworden.

Hunderte Menschen winken und rufen. Sie haben Essen in Tupper-Dosen und flaschenweise Wasser dabei. Kleinkinder auf den Schultern ihrer Väter strahlen die Fremden an, die da mit ihren Kindern kommen. *Refugees Welcome*. Die Bilder vom Münchner Hauptbahnhof sollten um die ganze Welt gehen. Da stand er also, der Nahe Osten, so nah wie nie. Unzählige gezeichnete Gesichter: matt, erschöpft, aber auch gerührt und vorsichtig hoffnungsvoll. Sie gehörten zu Männern, Frauen, Kindern, die in ihrer Heimat und auf der langen Flucht schier Unvorstellbares erlitten haben.

Wie in einem Hollywood-Film suggerierten die Bilder das Happy End nach einer Odyssee. 2015 beantragten 162.510 Syrerinnen und Syrer in Deutschland Asyl;¹ und in der Tat: Den allerwenigsten wird zumindest die Anerkennung als Flüchtling gemäß der Genfer Konvention verwehrt bleiben.² Sie erhalten schneller als andere Asyl-

suchende Gewissheit über ihren Aufenthaltsstatus,³ besuchen vergleichsweise rasch Deutschkurse, dürfen arbeiten oder zur Schule gehen. Als offensichtliche Kriegsflüchtlinge werden sie derzeit auch gesellschaftlich pauschal eher akzeptiert als Schutzsuchende aus anderen Ländern.

„Heimat ist ein schwieriges Wort“

„Syrien (amtlich Arabische Republik Syrien), arabisch [...] *al-Dschumhūriyya al-ʿarabiyya as-sūriyya*, ist ein Staat in Vorderasien und Teil des Maschrek. Syrien grenzt im Süden an Israel und Jordanien, im Westen an den Libanon und das Mittelmeer, im Norden an die Türkei und im Osten an den Irak. [...] Mit rund 185.000 Quadratkilometern ist Syrien ungefähr halb so groß wie Deutschland.“⁴

Dies sind die ersten Sätze, die der interessierte Deutsche liest, wenn er auf der Internet-Plattform *Wikipedia* nach

1 Die Asylbewerber aus Syrien machten damit mehr als ein Drittel aller Antragsteller aus. Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Asylgeschäftsstatistik für den Monat Dezember 2015, S. 2; online: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201512-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf;jsessionid=BEA4F63CCE5CC583B38448D56C501FD6.1_cid368?__blob=publicationFile [Stand: 12.02.2016]. Die Anzahl der gestellten Asylanträge gibt derzeit nur bedingt Auskunft über die tatsächliche Anzahl der in Deutschland Schutzsuchenden, da viele Menschen noch nicht registriert wurden und bis dato keinen Asylantrag stellen konnten.

2 Die Gesamtschutzquote der BAMF-Entscheidungen für Syrerinnen und Syrer lag im Jahr 2015 bei 96 Prozent. Vgl. Asylgeschäftsstatistik (wie Anm. 1), S. 2. Dabei gibt es einen Unterschied zwischen der Asyl- und der Flüchtlingsanerkennung: Während Asyl in Deutschland einzig politisch Verfolgten gewährt wird, deren konkrete Verfolgung von Akteuren ausgeht, die dem jeweiligen Herkunftsstaat zuzurechnen sind, wird für die Anerkennung als Flüchtling auch die berechtigte Furcht vor Verfolgung aus anderen Gründen wie ethnische Zugehörigkeit, Religion, Geschlecht, Sexualität und andere anerkannt. Faktisch macht es für die Asylsuchenden jedoch keinen Unterschied, ob sie Asyl erhalten oder als Flüchtling anerkannt werden: Beide Status generieren dieselben Rechte, wobei implizit davon ausgegangen wird, dass Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren, sobald sich die dort vorliegende Bedrohungssituation geändert hat. Beide Gruppen erhalten aber zunächst eine dreijährige Aufenthaltserlaubnis und nach Ablauf dieser Frist eine unbefristete Niederlassungserlaubnis, sofern die Entscheidung vom Amt nicht widerrufen wird.

Bei der Interpretation von Statistiken spielt der Unterschied hingegen eine wesentliche Rolle, denn politisches Asyl wird nur einem Bruchteil der Antragsteller gewährt, was nicht heißt, dass die Zahl der Menschen, die in Deutschland bleiben dürfen, entsprechend gering ist: 2015 wurden nur 0,7 Prozent aller Anträge im BAMF als „asylberechtigt“ entschieden, wohingegen 48,5 Prozent der Antragsteller als Flüchtlinge anerkannt wurden. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Aktuelle Zahlen zu Asyl, Januar 2016, S. 10; online: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/statistik-anlage-teil4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.pdf?__blob=publicationFile [Stand: 12.02.2016]; vgl. auch Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Rechtsfolgen der Entscheidung; online: <http://www.bamf.de/DE/Migration/Asyl/Fluechtlinge/Asylverfahren/Rechtsfolgen/rechtsfolgennode.html> [Stand: 12.02.2016].

3 Für Syrer galt in Deutschland seit November 2014 ein beschleunigtes Asylverfahren. Sie mussten in der Regel nicht persönlich beim BAMF vorsprechen, um ihre Schutzgründe plausibel zu machen, sondern füllten einen schriftlichen Fragebogen aus. Im Dezember 2015 allerdings entschieden die Innenminister von Bund und Ländern, dass auch Asylbewerber aus Syrien wieder persönlich zur Anhörung erscheinen müssen, was eine Verzögerung der Verfahren mit sich bringt. Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Entscheiderbrief 11/2014, S. 4; online: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Entscheiderbrief/2014/entscheiderbrief-11-2014.pdf?__blob=publicationFile [Stand: 12.02.2016]; „Jeder Syrer muss zur Anhörung“, in: [sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de/politik/asylverfahren-jeder-syrer-muss-zur-anhoerung-1.2802998), 01.01.2016; online: <http://www.sueddeutsche.de/politik/asylverfahren-jeder-syrer-muss-zur-anhoerung-1.2802998> [Stand: 14.02.2016].

4 <https://de.wikipedia.org/wiki/Syrien> [Stand: 28.01.2016].

Landesdaten Arabische Republik Syrien (*al-Dschumburiya al-Arabiya as-Suriya*)

Fläche	185.180 km ² *
Bevölkerung	17,064,854 (Schätzung Juli 2014) **
Bevölkerungswachstum	-0.16 % [Erhebung 2015] ** -9,73 % [Erhebung 2014] **
Ethnische Gruppen	Araber 90 %, Kurden, Armenier und andere 10 % Araber 90 %, andere 10 % (vor allem Kurden und Armenier) **
Religionszugehörigkeit	Muslime 87 %, Christen 10 %, Drusen 3 %, Juden < 1 % **
Sprachen	Arabisch (offiziell), Kurdisch, andere Minderheitensprachen **
Durchschnittsalter	23.8 Jahre **
Bevölkerung unter 15 Jahren	32.49 % **
Bevölkerung über 65 Jahren	4.02 % **
Lebenserwartung bei der Geburt	74.69 Jahre **
Geburten pro Frau	2.6 **
Alphabetisierungsrate	86.4 % **
Wachstum BIP	-20,6 % (2013) *** -0,0 (2014) ***
BIP pro Kopf	1.606 US-Dollar (2014) *** 1.394 US-Dollar (2015) ***
Arbeitslosigkeit	57,7 % [Erhebung 2015] **
Jugendarbeitslosigkeit (15 bis 24 Jahre)	35,8 % (2011) **
Inflation	33.6 % (2015) **
Human Development Index (<i>United Nations Development Programme</i>)	Rang 134 (von 188 Staaten) ****
Rating Pressefreiheit (Reporter ohne Grenzen)	Rang 177 (von 180 Staaten) *****
Korruptionsindex (<i>Transparency International</i>)	Rang 154 (von 168 Staaten) *****

* Auswärtiges Amt http://www.auswaertiges-amt.de/sid_E98AFA85A4632529022B379E0717A3B8/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Syrien_node.html [Stand: Februar 2016]

** CIA World Factbook: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/sy.html> [Stand: Februar 2016]

*** UNCTAD; Weltbank; International Monetary Fund, WEO, Frühjahr 2015 via <http://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-syrien.pdf> [Stand: Februar 2016]

**** http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdr_2015_statistical_annex.pdf [Stand: Februar 2016]

***** https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2015/Rangliste_der_Pressefreiheit_2015.pdf [Stand: Februar 2016]

***** <http://www.transparency.org/cpi2015#results-table> [Stand: Februar 2016]



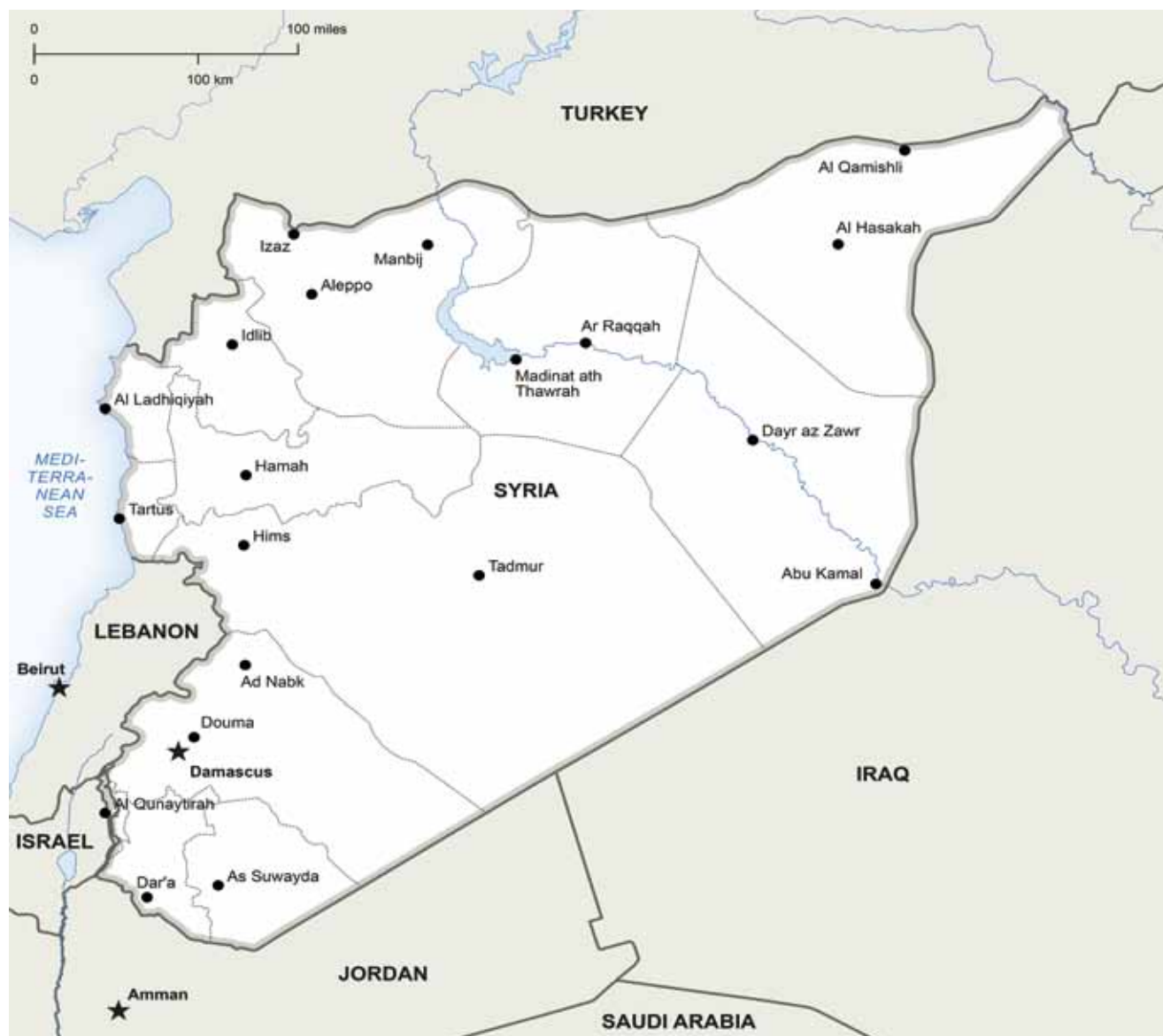


Abbildung: <https://pixabay.com/de/politischen-karten-syrien-geographie-322462/>

dem Herkunftsland seiner neuen Mitmenschen sucht. Nur: Der Staat Syrien existiert nicht mehr. Und das Leben ist kein Hollywood-Film. Die Syrerinnen und Syrer haben sich ihr neues Leben nicht ausgesucht. Ihre Heimat ist für hunderttausende Menschen zum Sehnsuchtsort geworden. Dieser allerdings existiert nur noch in ihrer Vorstellung.

Wer heute ein Porträt über Syrien schreibt, muss sich fragen, was er da eigentlich porträtieren will: Die Gebiete, die nach wie vor unter der Herrschaft des Diktators Bashar al-Assad stehen, einschließlich der Hauptstadt Damaskus? Die seiner Widersacher, die in den deutschen Medien für gewöhnlich als „Rebellen“ bezeichnet werden, in denen aber ganze Städte und Dörfer von der *Al-Nusra-Front*, einem Ableger der Terrororganisation *Al-Qaida*, gehalten werden? Die dünn besiedelten, aber riesigen Landstriche

gar, die der selbsternannte „Islamische Staat“ (IS) mit Terror überzieht? Oder den unzusammenhängenden kurdischen Rumpfstaat im syrischen Norden?

Müsste nicht vielmehr ein Bild der syrischen Menschen gezeichnet werden? Doch: Große Teile des einst zusammenhängenden Staatsgebiets in Syrien sind heute nahezu entvölkert. Nach jüngsten Angaben der Nicht-regierungsorganisation *Syrian Center for Policy Research (SCPR)*⁵ sind in den nunmehr knapp fünf Kriegsjahren

.....

5 Das SCPR ist nach eigener Aussage ein unabhängiger, nichtstaatlicher und gemeinnütziger *Think Tank* mit Standpunkt. Seine Studien wurden wiederholt von den *Vereinten Nationen* und Medien wie dem britischen *Guardian* zitiert. Vgl. die Selbstdarstellung des *Think Tanks*: <http://scpr-syria.org/who-we-are/> [Stand: 14.02.2016].



Adnan A. vor dem Hauptgebäude der Münchner LMU. Hier würde er gerne sein Medizinstudium fortsetzen.
Foto: Kristina Milz

470.000 Menschen ums Leben gekommen – fast doppelt so viele wie bisher von den *Vereinten Nationen* angenommen. 11,5 Prozent der Syrerinnen und Syrer wurden der Studie nach seit 2011 getötet oder verletzt, fast die Hälfte der gesamten Bevölkerung floh aus ihren Heimatorten.⁶ Um die Menschen zu porträtieren, führt der Weg daher zuallererst in die Flüchtlingslager der Türkei, des Libanon und Jordaniens, wo Millionen Zuflucht gefunden haben, aber auch in die Erstaufnahmeeinrichtungen, in die Turn- und Traglufthallen der Bundesrepublik Deutschland. Oder auch in eine WG in München: Dort wohnt Adnan A.⁷ Der 22-jährige Syrer kam im September 2014 nach Deutschland, hat das Asylverfahren hinter sich und

6 Syrian Center for Policy Research: Syria. Confronting Fragmentation! Impact of Syria Crisis Report 2015, S. 8, 9 u. 62; online: http://www.ara.cat/internacional/SCPR-report-Confronting-fragmentation-2015-EN_ARA-FIL20160211_0002.pdf [Stand: 12.02.2016].

7 Viele syrische Flüchtlinge in Deutschland fürchten um das Leben ihrer Familienangehörigen in Syrien, wenn sie sich öffentlich zu den Erlebnissen in ihrem Herkunftsland äußern. Deshalb wird der Nachname von Adnan A. und seiner Familie in diesem Artikel nicht preisgegeben. Die Zitate entstammen einem Gespräch mit der Autorin.

lernt fleißig Deutsch, um so bald wie möglich in München sein Medizinstudium fortzusetzen, das er im Wintersemester 2011 in Damaskus begonnen hat. Auf dem Papier hat er sich zwar erst auf B1-Niveau⁸ gebüffelt, doch wenn er spricht, macht er kaum Fehler.

„Heimat ist für mich ein schwieriges Wort“, meint Adnan A. „Eigentlich ist das nur meine Mutter, die noch immer in Damaskus ist. Unser Haus, meine Schule, meine Kindheit: Alles wurde zerstört. Von den ersten zwanzig Jahren meines Lebens habe ich nur noch mein Schulabschluss-Zeugnis, alles andere ist verloren“, sagt er. Adnan A. würde nach dem Krieg sofort nach Syrien zurückkehren, um das Land wieder aufzubauen, sagt er. Er glaubt allerdings nicht daran, dass es in den nächsten zehn Jahren dazu kommen wird.

Ein Staat vom Reißbrett

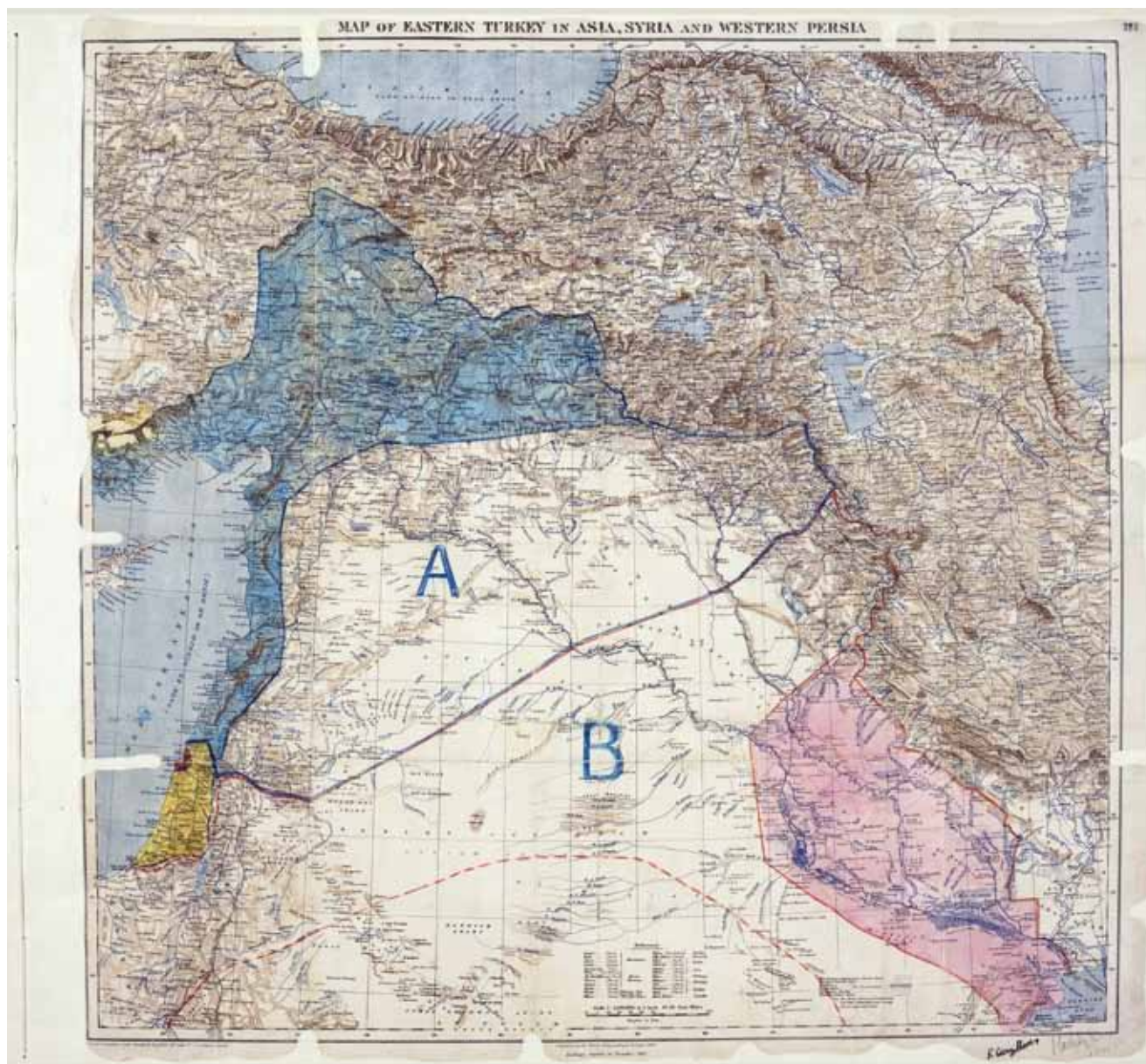
Wie kann wieder Frieden einkehren in einer Heimat, die verloren scheint? Eine Frage, über die sich nicht nur auf der Syrien-Konferenz in Genf oder auf der Münchner Sicherheitskonferenz die Köpfe zerbrochen werden. Unzählige *Think Tanks*, NGOs, Politiker und Menschenrechtsaktivisten arbeiten fieberhaft an Lösungsmodellen für ein Land in der Auflösung. Jede gute Idee scheint dem Interesse eines der beteiligten, für den Friedensschluss unverzichtbaren Akteure zu widersprechen. Ideen bleiben Ideen; Versuche scheitern. Den letzten stellte der wackelige „Drei-Punkte-Plan“ aus München⁹ dar. Doch wie konnte es überhaupt so weit kommen in Syrien? Eine Frage, der man sich historisch nähern muss.

Ein kurzer Blick auf die Karte: Der kerzengerade Strich, der über etliche Kilometer hinweg syrisches von jordanischem und irakischem Staatsgebiet trennt, wurde einst im

.....

8 Die Angabe entstammt den Niveaustufen des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens beim Erlernen einer Fremdsprache. Das Niveau B1 bedeutet unter anderem, dass der Sprachschüler die Hauptinhalte in alltäglichen Gesprächen verstehen kann, wenn klare Standardsprache verwendet wird und er sich einfach, aber verständlich darin ausdrücken kann. Vgl. <http://www.europaeischer-referenzrahmen.de/sprachniveau.php> [Stand: 14.02.2016].

9 Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2016 einigte sich die sogenannte „Internationale Syrien-Kontaktgruppe“ (ISSG) auf einen Friedensplan, der ein Ende der Kämpfe binnen einer Woche, humanitäre Hilfe durch Versorgung notleidender Menschen aus der Luft und auf dem Landweg sowie neue Bemühungen um einen politischen Übergang vorsah. An der Einhaltung an der seit dem 27. Februar geltenden Feuerpause bestanden schnell erhebliche Zweifel. Am 1. März beschuldigte Israel die Assad-Regierung, trotz des Waffenstillstands Chlorgasbehälter auf Zivilisten abgeworfen zu haben. Vgl. „Israel wirft Syrien Einsatz von Chemiewaffen vor“, in: Spiegel Online: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-setzt-laut-israel-chemiewaffen-gegen-zivilisten-ein-a-1080154.html> [Stand: 01.03.2016].“



Die historische Karte des Sykes-Picot-Abkommens
Abbildung: ullstein bild

wahrsten Sinne des Wortes mit dem Lineal gezogen. Die syrischen Staatsgrenzen sind nicht historisch gewachsen, sie entspringen einem Abkommen, das im November 1915 von dem französischen Diplomaten François Georges-Picot und dem Briten Mark Sykes ausgehandelt und im Mai 1916 ratifiziert wurde. Darin wurde bereits das Fell des Bären zerteilt, den es erst noch endgültig zu erlegen galt: Die Diplomaten teilten das Gebiet des im Ersten Weltkrieg zerfallenden Osmanischen Reichs in koloniale Einflussphären auf. Syrien, davor ein Teil des arabischen Ostens im osmanischen Vielvölkerstaat, wurde neben der Südost-Türkei, dem Nordirak und dem Libanon den geschickt verhandelnden Franzosen zugesprochen.

Die Staatsgrenzen innerhalb der eigenen Einflusszone bestimmte die Kolonialmacht selbst. Man unterschied zwischen tatsächlich besetzten Gebieten und „Protektora-ten“. ¹⁰ Der überwiegende Teil Syriens wurde zum französischen Protektorat.

.....

¹⁰ Die Kolonialmächte sicherten sich auf diese Weise Privilegien und Einfluss auf ein bestimmtes Territorium, ohne die formelle Herrschaft darüber zu besitzen. Als „Protektorat“ (vom lat. „*protegere*“ – schützen) wird seit Ende des 19. Jahrhunderts ein teilsoveränes staatliches Gebiet bezeichnet, dessen Außen- und Verteidigungspolitik gemäß einem völkerrechtlichen Vertrag einem anderen Staat obliegt. Vgl. Burkhard Schöbener (Hg.): Völkerrecht: Lexikon zentraler Begriffe und Themen (Grundbegriffe des Rechts), Heidelberg u.a. 2014, S. 420f.

Das Sykes-Picot-Abkommen unterlag der Geheimhaltung, war doch den Arabern des Osmanischen Reichs in einer Korrespondenz zwischen Hussein ibn Ali, *Sherif*¹¹ von Mekka, und dem britischen Hochkommissar in Ägypten, Henry McMahon, aus den Jahren 1915 und 1916 die Unabhängigkeit versprochen worden, sofern diese gegen den eigenen Herrscher – das Osmanische Reich – revoltierten. Im Vertrag von Sèvres im Jahr 1920 wurde die Aufteilung des arabisch besiedelten Gebietes in einzelne Staaten besiegelt, das Versprechen der Unabhängigkeit damit auch offiziell gebrochen.¹² Als Ergebnis des Geschachs um globale Einflussphären der Kolonialmächte konnte sich ein Nationalbewusstsein im syrischen Staat nur langsam herausbilden; Zugehörigkeitsgefühle zu verschiedenen Stammesstrukturen über die neuen Ländergrenzen hinaus blieben in der Bevölkerung dagegen lange bestehen und existieren zum Teil bis heute.

Die Bevölkerung des jungen syrischen Staates wuchs von 1,5 Millionen Menschen nach dem Ersten Weltkrieg auf mittlerweile circa 22 Millionen.¹³ Rund 90 Prozent der Syrerinnen und Syrer gelten heute als ethnische Araber.¹⁴ Die zweitgrößte ethnische Gruppe bilden die Kurden; viele von ihnen waren zwischen 1924 und 1938 aus der Türkei geflohen, nachdem Aufstände gegen politische und wirtschaftliche Diskriminierung vom türkischen Militär blutig niedergeschlagen wurden. Noch immer liegt der Schwerpunkt der kurdischen Siedlungsgebiete in Syrien entlang der Grenze zur Türkei im Norden des Landes, doch auch in den Großstädten Aleppo und Damaskus haben sich im Laufe der Zeit aufgrund der hohen Arbeits-

losigkeit in den Bergregionen viele Kurden niedergelassen. Auch die meisten armenischen Christen in Syrien stammen ursprünglich aus der Türkei, etwa drei Viertel von ihnen leben in Aleppo, ungefähr zwanzig Prozent in und um Damaskus. Turkmenen, Tscherkessen, Aramäer und Assyrer sind weitere ethnische Minderheiten in Syrien.

Syrien, das Land, das derzeit die meisten Flüchtlinge weltweit „produziert“, war jahrzehntelang nicht nur ein vergleichsweise sicheres Aufnahmeland für kurdische und armenische Flüchtlinge aus der Türkei. Auch aus anderen Nachbarländern waren gewaltige Migrationsströme aufgrund politischer Konflikte zu verzeichnen: 2002 hielten sich in Syrien 476.000 palästinensische Flüchtlinge auf, 2009 zählte man etwa 200.000 Iraker, die dem Krieg in ihrer Heimat entflohen waren. Auch Adnan A., der heute in München lebt, ist der Sohn eines Flüchtlings: Sein Vater ist Palästinenser. Aufgewachsen ist Adnan A. im Flüchtlingslager Jarmuk, das im gleichnamigen, mehr als zwei Quadratkilometer großen Viertel an der südlichen Stadtgrenze von Damaskus liegt. Bis zum Jahr 2012 lebten dort etwa 150.000 Menschen, nahezu ausschließlich Palästinenser.¹⁵ Als das Haus der Familie in Jarmuk 2012 von einer Bombe zerstört wurde, verließen sie das Viertel und zogen in eine Wohnung in einem anderen Stadtteil von Damaskus. Die Belagerung durch Assad-Milizen und das strategische Aushungern Jarmuks seit 2013 sowie das Eindringen von IS-Kämpfern im Frühjahr 2015¹⁶ blieb der Familie deshalb erspart. Das ändert nichts daran, dass Adnan A., der Sunnit, für den IS, der sich als wahrer Hüter des sunnitischen Glaubens aufspielt, nicht weniger Verachtung übrig hat als für das syrische Regime.

Syrisches Glaubensspektrum

Etwa drei Viertel der syrischen Bevölkerung gehören wie Adnan A. dem sunnitischen Islam an,¹⁷ wobei von ausgesprochen konservativen Glaubensauslegungen bis zu äußerst liberalen Einstellungen alle Zwischenformen der Religiosi-

11 Der Begriff bezeichnet allgemein Personen von besonderem Status in der islamischen Gesellschaft, im besonderen aber die Nachkommen des Propheten Mohammad und im engeren Sinne diejenigen, die ihre Abstammung über seinen ältesten Enkel Hasan ableiten. *Sherif* wurde als religiöser Titel geführt und durch das Tragen eines grünen Turbans verdeutlicht. Gottfried Hagen: „Scharif“, in: Ralf Elger und Friederike Stoll-eis (Hg.): *Kleines Islam-Lexikon. Geschichte – Alltag – Kultur*, München 2008, S. 287.

12 Besonderes Konfliktpotential ergab sich aus einem weiteren Versprechen Großbritanniens in der sogenannten „Balfour-Deklaration“ vom November 1917, die die Schaffung einer „Heimstätte für die Juden“ in Palästina in Aussicht stellte. Palästina wurde weder Engländern noch Franzosen zugesprochen, sondern unter internationale Verwaltung gestellt, bevor Großbritannien das Völkerbundmandat übernahm und schließlich Jahrzehnte später der Staat Israel gegründet wurde.

13 Diese Zahl stammt aus dem Jahr 2011. Die enorme Anzahl der Toten und Geflüchteten seit Ausbruch der Revolution sind daher nicht mit einberechnet. Vgl. die Angabe des Auswärtigen Amtes: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Syrien_node.html [Stand: 14.02.2016].

14 Vgl. auch im Folgenden: The World Factbook: Syria; online: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/sy.html> [Stand: 13.02.2016].

15 Da nach syrischem Recht die Staatsangehörigkeit des Vaters auf seine Kinder übergeht, werden auch in Syrien geborene Flüchtlingskinder als Palästinenser betrachtet. Das hat zur Folge, dass Adnan A. als „staatenlos“ gilt, obwohl er Syrien in seinem ganzen Leben vor der Flucht nie verlassen hat.

16 Im April 2015 appellierte UN-Generalsekretär Ban Ki Moon wegen der Zustände in Jarmuk an die Weltöffentlichkeit, verglich das Stadtviertel mit einem Todeslager und sprach von einer Katastrophe epischen Ausmaßes. Etwa 16.000 Menschen waren zu diesem Zeitpunkt im ehemaligen Flüchtlingslager eingeschlossen, darunter befanden sich 3.500 Kinder. Vgl. „UN-Chef bezeichnet Jarmuk als ‚tiefste Hölle‘“, in: Zeit Online, 10.04.2015; online: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-04/jarmuk-syrien-damaskus-palaestiner-fluechtlinge> [Stand: 14.02.2016].

17 Vgl. The World Factbook (wie Anm. 14).



Flüchtlingslager in Kilis an der syrisch-türkischen Grenze
Foto: Aynur Gündüz

tät vertreten sind. In den vergangenen Jahrzehnten war wie in vielen Ländern der Region eine zunehmende Rückbesinnung der muslimischen Bevölkerung auf die Religion zu verzeichnen: Während beispielsweise in den frühen 1980er Jahren lediglich eine Minderheit der Damaszener Frauen den *Hejab* oder eine andere islamische Bedeckung trug, war es im Jahr 2006 bereits eine Mehrheit.¹⁸ Neben den Sunniten gibt es in Syrien eine schiitische Minderheit von etwa zwei Prozent; die Hälfte von ihnen gehört der Glaubensrichtung der Ismailiten an.¹⁹ Abseits des muslimischen Glaubensspektrums gibt es christliche Syrerinnen und Syrer verschiedener Konfessionen (etwa zehn Prozent der Bevölkerung), einige tausend Jesiden, die vornehmlich in

den nördlichen Bergen angesiedelt sind und ethnisch meist zu den Kurden gerechnet werden, und wenige tausend Juden. Während das Zusammenleben zwischen Christen und Muslimen in Syrien historisch vergleichsweise friedlich geprägt war, wurden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die meisten jüdischen Syrer nach Israel vertrieben. Das Pogrom von Aleppo im Jahr 1947 und der Angriff auf die Menarscha-Synagoge 1949 markierten die Höhepunkte des syrischen Antisemitismus. Heute existiert bei Teilen der syrischen Bevölkerung, wie auch in vielen anderen arabischen Ländern, eine unheilvolle Verbindung von Antisemitismus und Antizionismus, die vorgeblich mit der Situation der Palästinenser argumentiert, sich dabei aber entsprechender jüdenfeindlicher Stereotype bedient.

Eine religiöse Gruppe, die im syrischen Glaubensspektrum nicht eindeutig zugeordnet werden kann, ist die alawitische Religionsgemeinschaft, der auch die Herrscherfamilie Assad angehört.²⁰ Sie umfasst etwa zwölf Prozent der syrischen Bevölkerung. Von den osmanischen Herrschern wurden die Alawiten nicht als Muslime anerkannt; sie

18 Vgl. Robin Wright: *Dreams and Shadows. The Future of the Middle East*, New York 2008, S. 245.

19 Die Ismailiten werden in Abgrenzung zur sogenannten „Zwölferschia“, die die größte schiitische Konfession und im Iran Staatsdoktrin ist, auch „Siebenschiiiten“ genannt. Sie glauben, dass nicht (wie in der Überzeugung der Zwölferschiiiten) Musa al-Kasim der siebte Imam gewesen sei, sondern entweder Ismail – Sohn des sechsten Imams Jafar as-Sadiq – oder Ismaills Sohn Muhammad. Die ismailitische Glaubenslehre unterscheidet theologisch zwischen den geoffenbarten Schriften mit ihren offensichtlichen religiösen Geboten und den in den Schriften verborgenen unveränderlichen Wahrheiten, die nur durch Interpretation zugänglich gemacht werden können. Diese Wahrheiten werden von einem in der Verborgenheit lebenden Imam, dem *Mahdi*, geoffenbart. Sunnitische Muslime bestreiten oftmals die Zugehörigkeit der Ismailiten zum Islam. Vgl. Anja Pistor-Hatam: „Ismā‘īliten“, in: Elger/Stolleis (wie Anm. 11).

20 Jedenfalls zählen sich die Assads selbst dazu; nach Tradition und Genealogie ist ihre Zugehörigkeit zu den Alawiten zumindest umstritten. Vgl. Habib Abu Zarr: *Die Geiseln des Löwen*, in: *zenith. Zeitschrift für den Orient* 4 (2013), S. 18–26, hier S. 25.

hatten wie andere nicht-muslimische Religionsgemeinschaften hohe zusätzliche Steuern zu entrichten. Die meisten Alawiten betrachten sich nichtsdestotrotz als Muslime, im religiös-theoretischen Spektrum sind sie dabei eher den Schiiten als den Sunniten zuzurechnen, auch wenn die genauen alawitischen Glaubensinhalte Gegenstand heftiger Kontroversen sind.²¹ Insbesondere viele Sunniten in Syrien stehen den Alawiten, vorsichtig formuliert, skeptisch gegenüber.

Heute gelten die Alawiten als die Gruppe in Syrien, die nach wie vor loyal hinter „ihrem“ Präsidenten Bashar al-Assad steht. In der Tat besteht die syrische Regierungsarmee nach unzähligen Desertionen mittlerweile fast ausschließlich aus Alawiten. Die meisten Offiziere des Militärs wie auch der größte Teil der politischen Elite rekrutieren sich traditionell aus dieser Gruppe, was jedoch mehr in politisch-historischen als religiösen Ursachen gründet: Familie Assad schuf sich mit der Privilegierung einer Minderheit treue Untertanen, die einen Sturz des

Regimes unmöglich machen sollten. Oder, in den Worten eines syrischen Alawiten: „Um Syrien zu beherrschen, brauchte Assad die Alawiten, aber nur solange sie ‚seine Alawiten‘ waren. Er konnte sie benutzen, aber nur dann, wenn ihr Dasein allein von ihm abhing; Assad erfand sich als Heiland einer verhassten Minderheit, als ihr Identitätsstifter, Ernährer und ‚raison d’être‘.“²² Viele Alawiten binden heute ihre Identität oder zumindest ihr Schicksal an die Assad-Herrschaft: „Wer heute in die Alawitenberge an der syrischen Küste fährt, mag sich auf den ersten Blick wundern: Die Dorfbewohner stehen im Krieg zwar auf Seiten des Regimes, für Bashar al-Assad hegen sie aber wenig Sympathie.“²³ Doch wie erlangte die Familie Assad in Syrien eine derartige Machtposition?



Bashar al-Assad
Foto: ullstein Bild/Fotograf: Ulrich Baumgarten

21 Das liegt nicht zuletzt an einer „Geheimhaltungsdoktrin“: Wer die religiösen Grundsätze nach außen verrät, solle nicht einmal würdig sein, „dass die Erde seinen Leichnam in sich trägt“, so heißt es in einer alawitischen Liturgie. Diese Verschwiegenheit habe jedoch auch dazu geführt, dass die Alawiten selbst wenig über ihren Glauben und dessen Traditionen wüssten, so der unter Pseudonym schreibende Alawit Habib Abu Zarr (wie Anm. 21), S. 20. Von der „Zwölfer-Schia“ – die Zahl steht für den Glauben an die Existenz von zwölf Märtyrern, die als „Imame“ bezeichnet werden – die insbesondere in Iran dominiert, werden Alawiten als *ghulat* bezeichnet: diejenigen, die in ihrer Vergöttlichung Alis alle Grenzen überschreiten. Die alawitische Glaubensrichtung ist Mitte des 9. Jahrhunderts im Irak entstanden, als Muhammad ibn Nusair an-Namiri (daher auch der für die Alawiten synonym verwendete Begriff *Nusairiyya*) die göttliche Natur des zehnten schiitischen Imams Ali al-Hadi verkündete und sich selbst zum Propheten ernannte. Daraus entstand eine mythische Lehre von der Entstehung der Welt, in der dem ersten schiitischen Imam, Ali ibn Abi Talib, Cousin und Schwiegersohn des Propheten Mohammad, göttlicher Charakter zugeschrieben wird. Die Alawiten werden daher oftmals als schiitische Sekte interpretiert; vgl. Anja Pistor-Hatam: „Alawiten“, in: Elger/Stolleis (wie Anm. 11), S. 31. Nichtsdestotrotz erkannte im Juli 1973 der Imam Musa as-Sadr als Vorsitzender des obersten schiitischen Rates in Libanon als erste schiitische Autorität die Alawiten als Muslime an. Dieser Schritt entsprang allerdings eher politisch-taktischem Kalkül als einer wohlüberlegten theologischen Betrachtung: Während as-Sadr seinen Einflussbereich nach Syrien ausdehnen wollte, benötigte der damalige syrische Präsident Hafiz al-Assad dringend geistliche Rückendeckung, da syrische Sunniten ein Verfassungsreferendum gefordert hatten. Darin sollte festgehalten werden, dass der syrische Präsident zwingend muslimischen Glaubens sein müsse. Das Dekret Nr. 123 des syrischen Staates, das die Alawiten bereits im Juli 1949 offiziell als „Schiiten der dschaafarischen Rechtsschule“ und damit als Muslime anerkannt hatte, war in der Öffentlichkeit kaum bekannt; vgl. Abu Zarr (wie Anm. 20), S. 21. Im Gegensatz dazu erkennt die in der sunnitischen Theologie tonangebende Kairoer *Al-Azhar-Universität* die Alawiten bis heute nicht als Teil des Islam an, sondern folgt im Gegenteil nach wie vor der Rechtsmeinung des Gelehrten Ibn Abidin aus dem 18. Jahrhundert, nach der jeder, der Alawiten, Ismailiten und Drusen zu den Muslimen zählt, selbst ein vom Glauben Abgefallener sei; vgl. Naseef Naeem: Zum Abschuss freigegeben, in: *zenith. Zeitschrift für den Orient* 4 (2013), S. 27.

Aufstieg der „Löwen“

Während des Zweiten Weltkriegs war Syrien von den Alliierten besetzt. Das französische Völkerbundmandat über Syrien wurde bis April 1946 aufrechterhalten, das Land danach in die Unabhängigkeit entlassen. Die junge syrische Republik beteiligte sich ohne formale Kriegserklärung am erfolglosen Angriff der arabischen Staaten auf den verhassten neuen Nachbarn Israel, der 1948 offiziell gegründet wurde. In die israelischen Geschichtsbücher ging dieser

22 Abu Zarr (wie Anm. 20), S. 21.

23 Ebd., S. 23.

Konflikt als „Unabhängigkeitskrieg“ ein, während er den Palästinensern als *an-Nakba* – „die Katastrophe“ – gilt, da im Zuge der Auseinandersetzung rund 750.000 Palästinenser aus ihrer Heimat flohen oder vertrieben wurden. Syrien schloss sich der arabischen Deutung der Ereignisse an, zumal der junge Staat nach dem separaten Waffenstillstandsabkommen im Juli 1949 in eine länger als zwei Jahrzehnte andauernde innenpolitische Krise stürzte.

Die Hoffnungen auf ein zusammenhängendes arabisches Staatsgebilde, als ideologische Bewegung „Panarabismus“ genannt, lebten in den Staaten des Nahen Ostens derweil weiter. In der Region machte sich damit vor allem der Ägypter Gamal Abdel Nasser einen Namen. In der Suez-Krise von 1956 bildeten Syrien und Ägypten ein gemeinsames Oberkommando und im Februar 1958 schlossen sich die beiden Länder zur „Vereinigten Arabischen Republik“ (VAR) zusammen. Da Ägypten sich in zentralen Politikfeldern allzu dominant positionierte, währte dieser Zusammenschluss nicht lange: In Syrien putschten im September desselben Jahres unzufriedene Offiziere und die VAR wurde wieder aufgelöst. Die syrische Republik jedoch blieb anfällig: Im Mai 1963 kam es abermals zu einem Staatsstreich und erstmals erlangte die in sich zerstrittene sozialistisch ausgerichtete Baʿth-Partei („Partei der Wiedererweckung“) die Macht in Syrien. Dies führte zwar zu einer innenpolitischen Stabilisierung, doch mit dem wirtschaftlichen Aufschwung war es vorbei:²⁴ Nach der Unabhängigkeit von Frankreich war es in den 1950er Jahren ökonomisch rasch bergauf gegangen, innerhalb von zwanzig Jahren hätte Syrien wohl zu einem stabilen und relativ wohlhabenden Schwellenland werden können. Doch unter der Baʿth-Regierung wurde eine ineffiziente Planwirtschaft installiert, die mit der Ausbeutung des Landes durch eine korrupte Elite einherging. *Wasta* – Beziehungen – wurde zur neuen Währung des syrischen Staates.

Aus den Machtkämpfen innerhalb der Baʿth-Partei ging – nach der Niederlage im „Sechs-Tage-Krieg“ gegen Israel im Juni 1967 und dem Verlust der Golanhöhen im Süden des Landes – im November 1970 der Alawit Hafiz al-Assad, dessen Nachname „der Löwe“ bedeutet – als Sieger hervor. Der Vater des heutigen syrischen Diktators Bashar ließ den vorherigen Präsidenten Salah Dschadid, unter dem er den Posten des Verteidigungsministers besetzt hatte, sowie etliche seiner Anhänger im Zuge der sogenannten „Korrekturbewegung“ verhaften. Mit

99,2 Prozent der Stimmen wurde der ehemalige Luftwaffenoffizier Assad im Jahr 1971 zum Präsidenten gewählt; einen Gegenkandidaten gab es nicht. Militärisch zeigte Assad sich erfolgreicher als seine Vorgänger: Im Jom-Kippur-Krieg 1973 gelang die Rückeroberung zumindest eines kleinen Teils des israelisch besetzten Golan, seit 1974 wurde der Waffenstillstand mit Israel eingehalten. 1976 marschierte Syrien in den Libanon ein und das Assad-Regime isolierte sich zunehmend international.²⁵ Nach innen erreichte es aber eine bemerkenswerte Stabilität: Der einzige ernstzunehmende Putschversuch im Jahr 1983, der von Hafiz al-Assads Bruder Rifaat angeführt wurde, endete mit der Flucht des Abtrünnigen ins Exil.

Der Diktator baute im Laufe seiner Regentschaft einen Sicherheitsapparat auf, der für seine Willkür berüchtigt war: Mehrere konkurrierende Geheimdienste und Banden machten aus Syrien einen totalen Überwachungsstaat. Das Vorgehen der Dienste dabei war brutal, grausame Folter bis zum Tod war keine Ausnahme in syrischen Gefängnissen. Immer wieder waren auch völlig unpolitische Syrerinnen und Syrer betroffen, es herrschte ein Klima der Angst. Assad Seniors rigoroses Vorgehen gegen tatsächliche politische Gegner im Inneren zeigte sich an seinem Umgang mit der islamistischen Opposition, namentlich mit den Muslimbrüdern. Diese, verantwortlich für mehrere Terroranschläge,²⁶ wurden im Staate Assads massiv verfolgt. Als die Muslimbrüder schließlich im Februar 1982 im mittelsyrischen Hama den Aufstand wagten, schickte Assad Panzer und Flugzeuge in die Stadt. Im Verlauf der Kämpfe wurden große Teile der Altstadt zerstört und neben etwa tausend Soldaten kamen tausende Zivilisten²⁷ ums Leben. Die Ereignisse, bekannt als „Massaker von Hama“, hatten eine Verhaftungswelle zur Folge, die die islamistische Opposition für lange Zeit im Keim erstickte. Doch es traf nicht nur Islamisten: Bereits 1980 war es im Gefängnis von Palmyra zu einem Blut-

.....

25 Dies geschah im Zuge des ersten libanesischen Bürgerkriegs, der das Land von Mitte der 1970er Jahre bis 1990 beherrschte. Im syrisch-libanesischen Vertrag vom Mai 1991 sicherte sich das Assad-Regime seinen Status als Ordnungs- und de facto Besatzungsmacht im Libanon. Als im Februar 2005 der syrienkritische Premierminister Rafiq al-Hariri bei einem Attentat ums Leben kam, hinter dem der syrische Geheimdienst vermutet wurde, verließen aufgrund anhaltender Proteste die letzten syrischen Armeeeinheiten das kleine Nachbarland im April desselben Jahres.

26 So etwa 1979 in einer Militärakademie, als 50 alawitische Kadetten ums Leben kamen.

27 Die genaue Zahl der zivilen Opfer ist bis heute umstritten; die Angaben reichen von 5.000 bis 20.000 Menschen. Vgl. Volker Perthes: Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen, München 2011, S. 120–137, hier S. 128.

24 Vgl. Kristin Helberg: Brennpunkt Syrien. Einblick in ein verschlossenes Land, Bonn 2012, S. 144f.

bad gekommen, als alawitische Einheiten nach einem Mordanschlag auf den Palast mehr als tausend sunnitische Gefangene töteten.²⁸ Das Gebaren der Diktatur wurde in der syrischen Bevölkerung auch als alawitisch-sunnitischer Vernichtungskrieg wahrgenommen. Tatsächlich hatte das Regime keinerlei Interesse daran, etwas an dieser Wahrnehmung zu ändern – band es doch die Alawiten noch enger an die Herrschaft. Das Haus Assad schürte damit den Hass der Mehrheit auf die Minderheit. Die Alawiten können daher nicht nur als Profiteure des Regimes gelten, sondern auch als seine „Geiseln“.²⁹ Doch nicht nur Alawiten, sondern beispielsweise auch Christen, die angesichts ihres Minderheitenstatus’ die säkulare Grundhaltung des Regimes schätzten, stützten die syrische Herrschaft.

„Die Vorstufe zur Hölle“

Das Regime schuf eine Vielfalt an syrischen Lebensrealitäten, die es heute oftmals so schwer macht, die „Wahrheit“ aus Narrativen von Syrerinnen und Syrern herauszufiltern, die verschiedener nicht sein könnten: „Das syrische System konnte für manche Menschen ein erfülltes Leben bereithalten, für andere aber nichts weniger als die Vorstufe zur Hölle: Die einen sangen in Kirchenchören, turnten in Sportvereinen, küssten ihre erste Liebe unter Kirschbäumen und im Schatten malerischer Burgen. Die anderen verbrachten ihre halbe Jugend im Militärgefängnis von Tadmor, weil ihr Bruder oder Vater bei den Muslimbrüdern war“³⁰, beschreibt Nahost-Experte Daniel Gerlach diese Schizophrenie syrischer Lebenswirklichkeit. Präsident Hafiz al-Assad hatte einerseits auf blutige Weise seine Macht gestärkt, sich andererseits die Loyalität wichtiger Teile der Bevölkerung gesichert. Seine Herrschaft blieb bis zu seinem Tod unangefochten; die Familie an der Macht zu halten, erwies sich jedoch als komplizierter als ursprünglich erhofft.

Hafiz al-Assads ältester Sohn Basil, ein charismatischer Soldat, der sein Nachfolger werden sollte, kam 1994 bei einem Autounfall in Damaskus ums Leben.³¹ Auch zwei andere Söhne kamen nicht infrage: Maher, der jüngste, hatte seinem Schwager bei einem Streit in den Bauch geschossen und war deshalb öffentlich nicht tragbar, und

Majd, als Zweitältester eigentlich am Zug, kämpfte bereits sein ganzes Leben mit psychischen Problemen. Als der Präsident im Juni 2000 starb, war so der Zweitjüngste an der Reihe: Bashar al-Assad. Um seine Herrschaft zu ermöglichen, musste eigens die syrische Verfassung geändert werden: Das Mindestalter des Staatsoberhauptes wurde von 40 auf 34 Jahre gesenkt und Bashar al-Assad wurde mit einem offiziellen Wahlergebnis von rund 97 Prozent zum Präsidenten gewählt.

Der neue Präsident galt im Vergleich zu seinem Vater als liberal; weder Politiker noch Militär, hatte er in Damaskus und London Medizin studiert und sich im *Western Eye Hospital* zum Augenarzt ausbilden lassen. In dieser Zeit lernte er auch seine spätere Ehefrau Asma Fauaz al-Akhras kennen, eine gebürtige Britin und Finanzanalystin, die einer wohlhabenden syrisch-sunnitischen Familie entstammt. Bashar al-Assad hatte zudem bereits 1989 mit seinem Bruder Basil die *Syrian Computer Society* zur Förderung der IT-Branche gegründet; er galt als technisch begabt. Als Präsident konzentrierte er sich vor diesem Hintergrund auf eine Modernisierung des Landes, insbesondere auch in wirtschaftlicher Hinsicht: Die Planwirtschaft aus Vaters Zeiten wich zügig marktwirtschaftlichen Prinzipien. Der neue Assad ermöglichte ausländische Investitionen, ein privates Bankwesen und die Etablierung der Börse; er stärkte die Privatwirtschaft, den Handel und die Kommunikation mit dem Ausland.³² Die Reformen zeigten auf dem Papier bald Erfolge: Trotz zur Neige gehender Ölvorräte und der unter einer anhaltenden Dürre leidenden Landwirtschaft wuchs die syrische Wirtschaftskraft deutlich und das Pro-Kopf-Einkommen stieg an. Auch sunnitische Unternehmer profitierten von der neu aufgestellten Wirtschaft und standen dem Regime loyaler als in der Vergangenheit gegenüber. Gleichzeitig ging mit der positiven wirtschaftlichen Entwicklung jedoch ein massiver Anstieg der sozialen Ungleichheit im Land einher: Es entwickelte sich zwar vorsichtig eine aufsteigende Mittelschicht, doch privilegierte Einzelpersonen profitierten am stärksten von der neuen ökonomischen Offenheit. Gleichzeitig fiel es der ärmeren Bevölkerung, insbesondere in den ländlichen Regionen, angesichts steigender Preise immer schwerer, ihre Familien ausreichend zu ernähren.³³ Als Inbegriff der korrupten Vetternwirt-

28 Abu Zarr (wie Anm. 20), S. 24.

29 So etwa die Deutung von Abu Zarr (wie Anm. 20), S. 21.

30 Daniel Gerlach: Herrschaft über Syrien. Macht und Manipulation unter Assad, Bonn 2015, S. 10.

31 Vgl. hier und im Folgenden ein Kurzporträt des syrischen Diktators Bashar al-Assad von Julia Jaki: Das große Missverständnis, in: Daniel Gerlach/Christian H. Meier (Hg.): Der Nahe Osten in hundert Köpfen. Biografische Skizzen zu Zeitgeschichte und Gegenwart, Bonn 2012, S. 72 f.

32 Vgl. hier und im Folgenden: Perthes (wie Anm. 27), S. 124.

33 Was dies konkret für die Betroffenen bedeutete, beschreibt die ehemalige ARD-Korrespondentin Kristin Helberg, die lange Jahre in Syrien lebte, in dem Kapitel „Gewinner und Verlierer: Syriens sozialistische Planwirtschaft wird zur (un)sozialen Marktwirtschaft“, in: Helberg (wie Anm. 24), S. 144–167.



Demonstration für Assad, Damaskus 2011
Foto: picture alliance/Fotograf: Bassem Tellawi

schaft und der sozialen Ungerechtigkeit galt seither vielen Bashar al-Assads Cousin Rami Makhoul, der im Jahr 2011 einer Schätzung der *Financial Times* zufolge durch ein komplexes System an Beteiligungen sechzig Prozent der syrischen Wirtschaft kontrollierte.³⁴

Neben der Hoffnung auf wirtschaftliches Wachstum begann Bashar al-Assads Regentschaft mit einem weiteren großen Versprechen: Im „Damaszener Frühling“ sollten demokratische Reformen für mehr Mitsprache und Freiheitsrechte der Syrerinnen und Syrer sorgen. Assad predigte in seiner Antrittsrede demokratisches Denken, den Wert konstruktiver Kritik und Rechtsstaatlichkeit. Der neue Kurs in Damaskus schien sich auch sogleich bemerkbar zu machen: Noch im Jahr seiner Wahl wurden 600 politische Gefangene freigelassen, das berüchtigte Foltergefängnis Mezze geschlossen, nichtstaatliche Presse zugelassen und erstmals die Benutzung des Internets erlaubt. Hoffnungsfroh blickten die Bürger in diesen Tagen in die Zukunft: Die Zivilgesellschaft blühte auf und gründete im ganzen Land politische Diskussionszirkel.

Das innenpolitische Tauwetter jedoch hielt nicht lange an: Bereits zu Beginn des Jahres 2001 wurden die Diskussionsrunden geschlossen, im Herbst erneut bekannte Regierungsgegner inhaftiert. Und als im Frühjahr 2004 die Menschen aus den kurdisch geprägten Städten Qamischli, Amuda und Afrin auf die Straße gingen, um zu demonstrieren, wurden hunderte syrische Kurden, darunter auch Kinder, verhaftet und getötet. Bis heute ist umstritten, ob Präsident Bashar al-Assad selbst für diesen radikalen Kurswechsel verantwortlich war. Fest steht: In Syrien ist der Präsident kein absolutistischer Monarch, er teilt seine Macht mit einem kleinen inneren Zirkel einer vorwiegend alawitisch besetzten Elite. Darunter: Bruder Maher, Kommandant der Präsidentengarde, und der Cousin und Oligarch Rami Makhoul. Die Frage nach der Haltung des Präsidenten zur Jahrtausendwende einmal beiseite gelassen – diese Gruppe an Hardlinern hätte weitreichende politische Reformen in Syrien nicht geduldet, standen doch neben der politischen Macht auch finanzielle Interessen auf dem Spiel.

Das syrische Regime schien die Antwort des Volkes auf den längst begrabenen „Damaszener Frühling“ schließlich 2011 im sogenannten „Arabischen Frühling“ zu erhalten. Als Ursache für die syrischen Demonstrationen wird neben struktureller Unzufriedenheit und dem tunesischen

34 Lina Saigol: Assad Cousin Accused of Favouring Family, in: *Financial Times* vom 21.04.2011; online: <http://www.ft.com/cms/s/0/e29a73f8-6b78-11e0-a53e-00144feab49a.html#axzz408cV7zQ0> [Stand: 14.02.2016].

Vorbild von amerikanischen Wissenschaftlern auch eine extreme Dürre vermutet,³⁵ die Ernteausfälle und den Verlust großer Teile des Nutzviehbestands im Nordosten Syriens, der als Kornkammer des Landes gilt, verursachte. Viele Menschen sahen sich gezwungen, die Landwirtschaft aufzugeben und in die Städte zu ziehen, um ihre Familien weiterhin ernähren zu können. Der Getreidepreis stieg mehr als ein Viertel an; in den Vororten der Städte Daraa, Homs und Hama kam es zu einer heftigen Konkurrenz um Jobs, Wohnungen, Nahrung, Wasser und Energie, die die allgemeine Unzufriedenheit der Menschen verstärkte. Einen konkreten Anlass der Proteste aber gab es – wie in Tunesien die Selbstverbrennung des Obsthändlers Mohammed Bouazizi – auch in Syrien: In Daraa im Südwesten Syriens waren im März 2011 15 Schulkinder verhaftet und gefoltert worden, nachdem sie – inspiriert von den tunesischen und ägyptischen Protesten – „Das Volk will den Sturz des Regimes“ an eine Mauer gepinselt hatten.³⁶ Nachdem die Eltern die Freilassung ihrer Kinder forderten, ließen die Behörden sie wissen: „Macht neue“. Die Reaktion des Regimes schien vielen Menschen Ausdruck dessen zu sein, was sie tagtäglich erlebten: die Arroganz der Mächtigen und die Verachtung ihrer eigenen Rechte. Friedlich gingen sie auf die Straße, riefen erstmals nach politischer Veränderung. Bereits bei der ersten größeren Demonstration gab es Tote, da Sicherheitskräfte in die Menge schossen. Die syrische Revolution hatte ihre ersten „Märtyrer“ und die Aufstände breiteten sich auf weitere Städte aus. Wie in anderen arabischen Ländern wurden neben der Forderung nach einem Regimewechsel Missstände wie Korruption, Arbeitslosigkeit und Einkommensungleichheiten angeprangert. Beliebtes Hassobjekt der Proteste wurde namentlich Bashar al-Assads Cousin Rami Makhlouf; stellvertretend für die korrupte Elite wurde er als „Dieb“ beschimpft.

„Der größte humanitäre Notfall unserer Zeit“

Das syrische Regime zeigte sich zunächst weitgehend unbeeindruckt von den Vorgängen in der Region. Ende Januar 2011 gab ein selbstbewusster Bashar al-Assad dem

Wall Street Journal ein Interview, in dem er meinte, das syrische Volk sei anders als etwa in Ägypten im Dialog mit dem Regime; notwendige Reformen habe man hier längst eingeleitet: „Man muss sehr nah an den Überzeugungen des Volkes sein.“³⁷ Sicher fühlte man sich in Damaskus insbesondere wegen des rigiden Herrschaftssystems und der vermuteten Angst der Bevölkerung vor radikalen Umbrüchen.³⁸ „Wie zuvor in Kairo und Tunis unterschätzte man auch in Damaskus die Tiefe der Missachtung, die dem Regime von einem großen Teil der Bevölkerung entgegen-schlug, und die Bereitschaft von Teilen der jungen Generation, notfalls das eigene Leben für ihr Verständnis von Würde, Freiheit und Gerechtigkeit einzusetzen“, schreibt dazu Nahost-Experte Volker Perthes. Bashar al-Assads Antworten suchen, seit er seinen großen Irrtum erkannte, selbst unter den häufig brutalen Reaktionen der angeschlagenen arabischen Regime in anderen Ländern der Region³⁹ ihresgleichen: Sie hießen und heißen Massaker, Folter, Fassbomben, Giftgas. Der UN-Flüchtlingskommissar Antonio Guterres bezeichnete Syrien bereits im August 2014 als „größten humanitären Notfall unserer Zeit“.⁴⁰

Exil-Syrerinnen und -Syrer blickten fassungslos auf ihre Heimat, als sie sahen, wie das Regime seit Beginn der Demonstrationen ihre einstigen Nachbarn, ihre Familien und Freunde terrorisierte. Der Münchner Mohammad Kahlawi ist einer von ihnen. „Wir sind an einem Punkt angekommen, an dem wir nicht mehr die Anzahl der Opfer zählen müssen, sondern die der Massaker“, stellte er schon im Januar 2014 bitter fest.⁴¹ Seit 17 Jahren lebt der Musiker und Aktionskünstler in der bayerischen Landeshauptstadt. Er sagt Sätze wie „Habe die Ehre“ und „Die Stadt ist mir eine zweite Heimat geworden“. Seit Beginn der Proteste in seiner ersten Heimat ist Kahlawi durch ganz Deutschland gereist, um auf das Leid der Menschen in Syrien aufmerksam zu machen. Er rief die Initiative *HutaafElhurriyyeh* („Ruf nach Freiheit“) ins Leben, wirkte bei Theaterstücken mit, organisierte zahlreiche Demonstrationen. Kahlawi reiste in die Flüchtlingslager an der

35 Zwischen 2006 und 2010 war der sogenannte „fruchtbare Halbmond“ an den Flüssen Euphrat und Tigris von einer heftigen Dürre bedroht worden, was sich in der Türkei, dem Irak und in Syrien bemerkbar machte. Vgl. die Ergebnisse der Wissenschaftler Colin P. Kelley/Shahrazad Mohtadi/Mark A. Cane/Richard Seager/Yochanan Kushnir: Climate Change in the Fertile Crescent and Implications of the Recent Syrian drought, in: PNAS 11 (2015); online: <http://www.pnas.org/content/112/11/3241.full.pdf?sid=1fc2cd17-ad51-4d5f-966f-69c5915a5547> [Stand: 13.02.2016].

36 Zum Verlauf der syrischen Proteste im ersten Revolutionsjahr vgl. Perthes (wie Anm. 27).

37 Interview With Syrian President Bashar al-Assad, in: The Wall Street Journal, 31.01.2011; online: <http://www.wsj.com/articles/SB10001424052748703833204576114712441122894> [Stand: 13.02.2016].

38 Vgl. Perthes (wie Anm. 27), S. 122.

39 Unvergessen sind etwa die Bilder vom Kairoer Tahrir-Platz, als Diktator Hosni Mubarak mit Peitschen und Macheten bewaffnete Männer auf Pferden und Kamelen auf die friedlichen Demonstranten losließ.

40 UNHCR: Syrien: Flüchtlingszahl erreicht drei Millionen, 29.08.2016; online: <http://www.unhcr.de/home/artikel/1ecb68618fc8a0060f96495e311022f0/syrien-fluechtlingszahl-erreicht-drei-millionen.html> [Stand: 14.02.2016].

41 Kristina Milz: Die Freiheit ist eine Krone, in: taz vom 16.01.2014, S. 5.



Mohammad Kahlawi im Juni 2012 bei einer Aktion am Münchner Odeonsplatz
Foto: Kristina Milz

türkischen Grenze, um dabei zu helfen, seine Landsleute mit dem Allernötigsten zu versorgen. An der schrecklichen Entwicklung in seinem Land ändert dies alles nichts. „Die Freiheit ist eine Krone auf dem Kopf der Freien, die nur von Unfreien gesehen wird“, sagt er.

Die Liste der Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Syrien ist lang. Sie werden von allen Kriegsparteien begangen, doch in besonderem Maße vom Assad-Regime.⁴² Eine bis vor kurzem vergleichsweise wenig bekannte Waffe des Regimes erfuhr in den vergangenen Monaten zunehmend auch international Aufmerksamkeit: Im Januar 2014 erreichten erstmals mehr als 28.000 Fotos die Öffentlichkeit, auf denen in syrischen Regierungsgefängnissen zu Tode gefolterte oder verhungerte Menschen zu sehen sind. Die Bilder wurden aus Syrien herausgeschmug-

42 Nicht nur die *Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte*, deren Berichte sich bisher durchaus als glaubwürdig erwiesen haben, sondern auch internationale Menschenrechtsorganisationen wie *Amnesty International* und *Human Rights Watch* und die Vereinten Nationen berichten regelmäßig über das Ausmaß der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

gelt und haben sich als authentisch erwiesen: Zahlreiche Opfer konnten mithilfe von Freunden und Verwandten identifiziert werden. Viele hatten monate-, mitunter jahrelang versucht, ihre Angehörigen zu finden. Sie waren plötzlich verschwunden, niemand hatte jemals von ihrer Inhaftierung erfahren.⁴³ Adnan A., der junge Syrer aus der Münchner WG, weiß, was das im Einzelfall bedeutet: Sein Vater ist einer der Verschwundenen.

Adnan A.'s Vater ging an einem Tag im Oktober 2012 zur Arbeit und kam nicht mehr zurück. Keiner in der Familie hatte sich jemals politisch engagiert, an den Demonstrationen hatten sie aus Furcht vor dem Regime nicht teilgenommen. Seit dem Massaker von Hama von 1982 wurde in der Familie nicht einmal mehr im Privaten über Politik gesprochen: „Die Wände haben Ohren“, hieß es stets. Die Angst vor Assads Geheimdiensten war groß und machte vorsichtig. Das änderte nichts daran, dass der Familienvater spurlos verschwand und bis heute nicht wieder aufgetaucht ist. Frau und Kinder sind von dessen Tod überzeugt. Einen Beweis dafür haben sie nicht. Einen Cousin, der ebenfalls spurlos verschwand, haben sie jedenfalls als Leiche auf einem Foto entdeckt, das aus dem Gefängnis geschmuggelt wurde.

Als sich Adnan A.'s Bruder Ahmad bei der Polizei nach dem Verbleib seines Vaters erkundigen wollte, verbanden ihm die Polizisten kurzerhand die Augen und steckten ihn ins Gefängnis. Dort wurde er gefoltert. Immer wieder Schläge, kein Essen, kein Wasser, kein Licht. In seiner Zelle waren mehr als 200 Menschen zusammengepfertcht; zum Schlafen wechselten sie sich aus Platzmangel im Drei-Stunden-Rhythmus ab. Die drei Monate Haft seien dem heute 27-Jährigen wie dreißig Jahre vorgekommen, sagt sein Bruder. Ahmad A. selbst spricht nicht über diese Zeit. Es ist zu schmerzhaft. Auch er ist mittlerweile in Deutschland. Psychologische Hilfe will er nicht in Anspruch nehmen: Da sind doch die anderen, die, die noch in Syrien sind. Ihnen gehe es viel schlechter. Und da ist sein Vater, den er für tot hält: Wenn dieser in einem ebensolchen Gefängnis war wie er selbst, hat er es wohl kaum lange überlebt. Der Vater war schon lange

43 Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* hat aus den Bildern und den Geschichten, die sie erzählen, einen 86-seitigen Bericht über die syrische Massenfolter mit Todesfolge zusammengestellt; ARTE zeigte eine Dokumentation; das Magazin der deutschen Wochenzeitung *DIE ZEIT* brachte „Die Verschwundenen von Syrien“ auf den Titel. *Human Rights Watch: If the Dead Could Speak. Mass Deaths and Torture in Syria's Detention Facilities*, Dezember 2015; online: <https://www.hrw.org/report/2015/12/16/if-dead-could-speak/mass-deaths-and-torture-syrias-detention-facilities> [Stand: 14.02.2016]; „Vermisst! Syriens geheime Kriegswaffe“, ein Film von Sophie Niveller-Cardinale und Etienne Huver, Frankreich 2015; Annabel Wahba und Anna Kemper: Im Schatten des Krieges, in: *ZEIT Magazin* 51 vom 17.12.2015, S. 18–33.

krank, als er verschwand, benötigte täglich Medikamente. Ahmad A. weiß bis heute nicht, warum er selbst wieder freikam. Genauso plötzlich, wie er hinter den Gefängnismauern verschwand, stand er drei Monate später wieder davor. Die Willkür des syrischen Regimes soll wohl eine demoralisierende Maßnahme für ein „aufsässiges“ Volk sein.



Im November 2012 gedachten Syrerinnen und Syrer in München den Toten der Revolution. Auf dem Bild ist der 13-jährige Hamza al-Khatib zu sehen, dessen Leiche – übersät mit heftigen Folterspuren – seiner Familie nach einmonatiger Haft im Mai 2011 vom Regime übergeben wurde.
Foto: Kristina Milz

Zersplitterte Opposition

Als besonders perfide muss auch die erfolgreiche Methode des Regimes bezeichnet werden, ein Klima des Misstrauens im Land zu säen. Nahost-Experte Daniel Gerlach zeigt überzeugend auf, wie die konfessionellen Spannungen in Syrien von Bashar al-Assad – wie bereits zuvor von dessen Vater – systematisch geschürt wurden, um sich gewaltsam Loyalität zu sichern.⁴⁴ Viele Syrer wehren sich deshalb noch heute gegen die Verwendung des Begriffs „Bürgerkrieg“ als Beschreibung der Situation in ihrem Land. Für sie ist es ein Euphemismus für eine Methode, die es dem Regime ermöglichte, die Macht unter allen Umständen zumindest

in Teilen des Landes zu erhalten. Dabei hatte insbesondere die junge, besser gebildete Generation längst angefangen, syrischen Patriotismus zu leben. Vielen war ihre konfessionelle Zugehörigkeit zwar stets bewusst, doch in erster Linie definierten sie sich als Syrer.⁴⁵ Bashar al-Assad riss mit seiner Taktik alte Gräben wieder auf, sprach von Terrorismus und warnte vor sunnitischem Fundamentalismus: Eine sich selbst erfüllende Prophezeiung – heute stehen sich die Konfessionen im syrischen Krieg oftmals unerbittlich gegenüber.

Die syrische Revolution schaffte es zudem nicht, sich zu einer zumindest in wenigen Grundsätzen einigen Opposition zusammenzufinden.⁴⁶ Das Regime verhaftete tausende Aktivisten; gleichzeitig ließ es aus ihren Gefängnissen Islamisten frei, die die Proteste unterwanderten. Nachdem die Demonstrationen zunächst von Seiten der Protestierenden friedlich verliefen, wurden die Rufe nach Selbstverteidigung und Bewaffnung angesichts des blutigen Vorgehens des syrischen Regimes immer lauter; Teile der Demonstranten begannen sich zu bewaffnen und die Protestbewegung spaltete sich zunehmend. Auch etliche Angehörige der Armee weigerten sich, sich an der brutalen Niederschlagung der Proteste zu beteiligen und auf friedliche Demonstranten zu schießen. Die aus der Regierungsarmee desertierten Soldaten fanden sich schließlich zur *Freien Syrischen Armee (FSA)* zusammen. Westliche Regierungen forderten einen Rücktritt Assads, die *Arabische Liga* und die *Vereinten Nationen* versuchten sich an einem Friedensplan – vergeblich, denn das Regime hielt sich nicht an die Vereinbarungen: Weder wurde ein Waffenstillstand eingehalten, noch wurden Panzer und Artillerie aus Wohngebieten abgezogen. Immer mehr internationale Dschihadisten reisten über die Türkei nach Syrien ein. Als Damaskus im Sommer 2012 schließlich zunehmend die Kontrolle über das Land verlor, setzte die Regierung die Luftwaffe gegen das protestierende Volk ein, die ersten Fassbomben⁴⁷ fielen. Im Jahr darauf überschritt das syrische Regime eine von US-Präsident Barack Obama definierte „rote Linie“ und setzte in einer Damaszener Hochburg des Protestes erstmals Giftgas ein, wobei hunderte Menschen ums Leben kamen. Nach Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem syrischen Verbündeten Russland wurde Assad zwar gezwungen, sein

45 Vgl. diese Einschätzung auch bei Perthes (wie Anm. 27), S. 129.

46 Vgl. Heiko Wimmen: Syrien am Rande des Abgrunds, in: Arabische Zeitenwende. Aufstand und Revolution in der arabischen Welt, S. 178–184, hier S. 181 f.

47 Als Fassbomben werden mit Metallschrott und Dynamit gefüllte Fässer bezeichnet, deren Explosionen verheerende Wirkung haben, was viele zivile Opfer zur Folge hat. Die Regierung warf sie aus Helikoptern ab.

44 Gerlach (wie Anm. 30).

Chemiewaffenprogramm außer Landes bringen und zerstören zu lassen;⁴⁸ die angedrohten Bombardierungen durch die USA aber blieben aus. Unter Vermittlung Irans gelang schließlich eine Übereinkunft zwischen Assad und der syrischen Opposition: Im Gegenzug zum Abzug der oppositionellen Milizen aus Homs erhielten deren Kämpfer freies Geleit in den Norden Syriens, wo sie im Anschluss bis in den Nordwesten große Gebietsgewinne verzeichnen konnten.

Von Beginn an wurde die Entwicklung des Syrien-Konfliktes auch von außerhalb bestimmt: Die Golfstaaten bewaffneten die Assad-Gegner, Iran unterstützte die verbündete syrische Regierung auch mit der Entsendung von libanesischen *Hisbollah*-Kämpfern, internationale Dschihadisten entdeckten ein neues Betätigungsfeld und konnten von der türkischen Regierung weitgehend ungehindert über deren Grenze nach Syrien gelangen. Dies führte schließlich zur Etablierung eines Akteurs, den Experten zu Beginn der Proteste nicht auf der Rechnung hatten: des selbsternannten „Islamischen Staats“⁴⁹ – in weiten Teilen der arabischen Welt nur *Daish* genannt⁵⁰ –, der im Sommer 2014 im Irak und in Teilen Syriens ein Kalifat⁵¹ ausrief. Die Schreckensmeldungen über den neuen Akteur im Nahen Osten in der globalen Berichterstattung überschlugen sich: Der IS schockierte mit öffentlichkeitswirksam inszenierten Enthauptungen vor laufender Kamera, Hinrichtungen westlicher Journalisten, Versklavung von Frauen und Kindern, Massaker an „ungläubigen“ Zivilisten, Zerstörung von Kulturdenkmälern. Das brutale Vorgehen der Fundamentalisten gegen die Jesiden im Norden Syriens verhalf einer anderen Kriegspartei zu globalem

Ansehen: Der syrische Ableger der kurdischen Arbeiterpartei PKK, die „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG), die die betroffenen Städte erbittert verteidigten, konnten sich im Nordosten des Landes erfolgreich gegen den IS zur Wehr setzen – und kontrollieren inzwischen ein großes Gebiet.

Der Krieg der Anderen

Inspiziert von den Untaten der selbsternannten Gotteskrieger des IS zogen insbesondere Fundamentalisten aus anderen nahöstlichen Staaten und aus Europa in die Region. Während sich in dem weiterhin vom syrischen Regime kontrollierten Landesteil Bashar al-Assad nach einer „Volksabstimmung“ zum neuen Präsidenten erklärte, begann eine internationale Koalition unter amerikanischer Führung Luftschläge gegen den IS durchzuführen; das ebenfalls nach wie vor mordende Assad-Regime wurde dabei nicht bekämpft. Schließlich schaltete sich auch Russland ein – und unterstützte das Regime mit Luftangriffen, vornehmlich gegen die syrische Opposition in Teilen des Landes, in denen der IS nicht kämpfte. Im Februar 2016 machte Aleppo Schlagzeilen – eine Hochburg der Opposition, die durch russische Unterstützung von Assad-Truppen eingekesselt wurde. Erneut waren zehntausende Menschen zur Flucht gezwungen. Mittlerweile häufen sich auch die Berichte über russische Bodentruppen an der Seite Assads.⁵²

Die Fronten innerhalb des Landes verschieben sich täglich; unzählige Milizen bekämpfen sich gegenseitig auch innerhalb der jeweiligen Einflussbereiche. Im Internetzeitalter kann man die Machtverschiebungen tagesaktuell verfolgen.⁵³ Deshalb sind viele Syrerinnen und Syrer bereits mehrfach innerhalb des Landes geflohen: Regionen, in denen die Menschen längerfristig halbwegs sicher leben können, gibt es kaum mehr. Der ehemalige syrische Staat ist grob in fünf Machtbereiche zerfallen: Neben den Kurden im Nordosten und dem IS im Osten des Landes herrscht im zentralen Westen und an der Küste die Assad-Regierung mit Hilfe ihrer Unterstützer. Die Gebiete der syrischen Opposition liegen unzusammenhängend im Nordwesten und im Süden des Landes. Diese ist zutiefst fragmentiert: Sowohl die säkular ausgerichtete *Freie Syrische Armee* als auch die syrische Exilopposition sind mittlerweile aufgrund mangelnder internationaler Unterstützung marginalisiert.

48 Die Chemiewaffeninspektoren der Vereinten Nationen gehen nach wie vor davon aus, dass das syrische Regime einen Teil seiner Senfgas-Vorräte heimlich behalten hat.

49 Über den IS sind in Deutschland zwei lehrreiche Bücher erschienen: Guido Steinberg: *Kalifat des Schreckens. IS und die Bedrohung durch den islamistischen Terror*, München 2015; Behnam T. Said: *Islamischer Staat. IS-Miliz, al-Qaida und die deutschen Brigade*, München 2015.

50 Dabei handelt es sich um ein Akronym des arabischen Namens des IS, *Al-Dawla al-Islamiyya fi-l-Iraq wa-l-Sham* („Islamischer Staat im Irak und Großsyrien“). Das daraus gebildete Wort hat eine eindeutig negative Konnotation, da dessen sogenannte Wurzel (meist drei Buchstaben, die mit einer bestimmten Bedeutung versehen sind, auf der die arabische Wortbildung basiert) mit dem Verb „auf etwas herumtrampeln“ assoziiert wird. Die Verwendung des Begriffs steht in den Gebieten des IS daher sogar unter Strafe. Vgl. Marie Schreier und Benjamin Weiß: „Der Arabische Frühling war ein epochales Ereignis“. Interview mit Daniel Gerlach, in: bpb Magazin (Oktober 2015), S. 22 ff., hier S. 23.

51 *Kalifat* wurde historisch die Institution des weltlich-religiösen Herrschers in der muslimischen Welt genannt. Kalif bedeutet „Stellvertreter“. Der Begriff geht zurück auf die Zeit nach dem Tod des Propheten Mohammad, dessen erste vier Nachfolger, also die Anführer des muslimischen Gemeinwesens, als „rechtsgeleitete Kalifen“ bezeichnet wurden. Christian Szyska: *Kalifat*, in: Elger/Stolleis (wie Anm. 11), S. 166 f.

52 Dies ergab etwa eine Auswertung von Video-Aufnahmen der SPIEGEL-Redaktion. Vgl. Syrienkrieg: Russische Bodentruppen unterstützen Assad-Offensive, in: Spiegel Online vom 12.02.2016, vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-russische-bodentruppen-unterstuetzen-assad-offensive-a-1077054.html> [Stand: 14.02.2016].

53 Vgl. https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Syrian_civil_war.png.

Derzeit am erfolgreichsten geriert sich die *Dschaish al-Fatah* („Armee der Eroberung“) im Nordwesten, der verschiedene Gruppierungen angehören, darunter auch die radikalislamistische *Al-Nusra-Front*, ein Ableger der Terrororganisation Al-Qaida sowie die salafistische Gruppierung *Ahrar ash-Sham*. Im Gegensatz zu säkular orientierten Kräften profitieren diese immens von internationalen Geldgebern.

Womit aber lässt sich das massive Eingreifen internationaler Akteure in den syrischen Krieg erklären? Auf dem Rücken Syriens wird heute ein Krieg der Interessen ausgetragen, die weit über das Land oder die nahöstliche Region hinausgehen. Iran, Irak, Libanon und Russland unterstützen das syrische Regime. Während Russland aus geostrategischen Überlegungen heraus einen der letzten verbliebenen Partner gegen die amerikanische Dominanz im Nahen Osten sowie seinen einzigen maritimen Stützpunkt Tartus in der Region behalten will, ist die Regionalmacht Iran mit seiner zwiespältigen Haltung zu den arabischen Protestbewegungen an einer Verhinderung von Nachahmungseffekten im eigenen Lande interessiert: Gegen den Sturz von Diktatoren wie Gaddafi in Libyen und Mubarak in Ägypten hat man in Teheran durchaus nichts einzuwenden, dagegen kann Iran an einer Destabilisierung des verbündeten Assad-Regimes nicht interessiert sein – zumal über Syrien in der Vergangenheit problemlos die vom Iran abhängigen *Hizbollah*-Milizen im Libanon militärisch und logistisch versorgt werden konnten. In diesem Zusammenhang ist oftmals von einem „schii-tischen Halbmond“ die Rede, um den Einfluss des Iran im Nahen Osten zu charakterisieren, der über den Irak, das verbündete Assad-Regime in Syrien bis zum Libanon

reicht. In dieser Interpretation wird das alawitische Assad-Regime widerspruchsfrei der Schia zugerechnet und eine quasi natürliche Verbundenheit über die Religion behauptet. Dies ist jedoch wie bereits erwähnt ein großes Missverständnis: Der Glaube der Alawiten widerspricht dem der Ayatollahs in entscheidenden Punkten. Und das erklärtermaßen säkulare Assad-Regime ist weit davon entfernt, die Vorstellungen des iranischen „Gottesstaates“ zu teilen. Die Verbindung mit dem Iran ist ein politisches Zweckbündnis, nicht Ausdruck religiöser Nähe.⁵⁴

Das Kind mit der Kalaschnikow

Im Gegensatz zu den treuen Unterstützern der Assad-Regierung konnte sich bisher keine effektive Koalition gegen den syrischen Diktator etablieren. Im Jahr 2012 gründeten sich die „Freunde Syriens“: Mehr als 60 Staaten sprachen sich für eine Unterstützung der Assad-Gegner aus. Doch um diese nie schlagkräftige Allianz ist es ruhig geworden, insbesondere seit sich unter amerikanischer Führung 2014 eine neue Koalition bildete, die sich explizit die Vernichtung des IS zum Ziel gesetzt hat. Viele der verbündeten Staaten bezeichnen sich zwar als Gegner Assads, doch die Bekämpfung der Dschihadisten des IS steht zweifelsfrei im Vordergrund. Dies gilt insbesondere für die Vereinigten Staaten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die in Syrien eine neue demokratische und prowestliche Regierung befürworten und syrische Oppositionelle ohne Verbindung zum radikalen Islamismus mit leichten Waffen ausstatten, sich aber seit Beginn des Krieges in Syrien wohl auch aufgrund der Einsatzmüdigkeit der eigenen Bevölkerung nicht zu einem entschiedenen Vorgehen gegen Assad durchringen konnten. Der Koalition gehören jedoch auch die Golfstaaten an, die einen Sturz Assads als oberste Priorität sehen und islamistische, ihnen nahestehende Kräfte in Syrien an der Macht sehen wollen, weshalb immer wieder finanzielle und waffentechnische Unterstützung vom Golf an islamistische Gruppierungen festzustellen war. Dabei wurden im Laufe der Zeit auch Gruppen unterstützt, die heute für den IS kämpfen. Auch das Verhalten Ankaras gegenüber dem IS ist mittlerweile indifferent: Der Sturz des verhassten Nachbarn Assad stand lange an oberster Stelle der türkischen Außenpolitik, weshalb man das Einsickern islamistischer Kämpfer nach Syrien jahrelang gewähren ließ – in der Hoffnung,



Besuch des syrischen Präsidenten beim russischen Präsidenten Wladimir Putin, Kreml, 20. Oktober 2015
Foto: picture alliance/Fotograf: Alexei Druzhinin

54 Anders als der Titel suggeriert, kommen die Islamwissenschaftler Albrecht Fuess und Christoph Werner in einem Gastbeitrag zu einer lesenswerten und differenzierten Betrachtung des Paradigmas eines „schii-tisch-sunnitischen Konflikts“ im Nahen Osten: Tausendundeine Nacht, in: FAZ vom 18.01.2016; online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/muslime-tausendundeine-nacht-14019331.html> [Stand: 14.02.2016].



Zerstörter Häuserzug in Damaskus, 26. Dezember 2015
Foto: ullstein bild/Fotograf: Valeriy Melnikov/Sputnik

diese würden das syrische Regime und die Kurden bekämpfen, mit deren Unabhängigkeitsbestrebungen die Türkei bekanntermaßen selbst beschäftigt ist. In der Tat war eher festzustellen, dass Assad und der IS sich lange stillschweigend duldeten – während sich jeder erst einmal um andere Gegner „kümmerte“. Gegen die Kurden jedoch blieb der IS nur mäßig erfolgreich. Das Kalkül Ankaras ging auch insbesondere deshalb nicht auf, weil sich die Aktivitäten des IS bald auch im eigenen Land bemerkbar machten: Er bekannte sich zu mehreren Terroranschlägen in der Türkei.

Für die internationalen Medien wurde es zunehmend schwerer, verlässlich über die Lage in Syrien zu berichten: Das Assad-Regime ließ westliche Journalisten schon bald nicht mehr einreisen, mit zunehmender Eskalation des Krieges stieg die Gefahr für unabhängige Berichterstatter. Heute wagen sich nur noch die wenigsten ins Krisengebiet. Der 25-jährige Kölner Germanistik-Student Hubertus Koch hat es getan. Anfang des Jahres 2014 begleitete er den Exilsyrer Mahmoud Dahi in ein Flüchtlingslager knapp hinter der türkischen Grenze. Heraus kam ein unkonventioneller Dokumentarfilm namens „Süchtig nach Jihad. Der Film eines kleinen Jungen“.⁵⁵

55 Den Film kann man auf der Online-Plattform YouTube ansehen: <https://www.youtube.com/watch?list=PLpr-NGsAGodH-qLTImlUYS7vIk7Tx8Etvsip-8fJ29X4> [Stand: 14.02.2016]. Eine stark geschnittene Version lief auch in der ARD-Sendung Weltspiegel: <http://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/weltspiegel/videos/syrien-ein-schwarzes-loch-110.html> [Stand: 14.02.2016].

Mit dem Untertitel meint der Student sich selbst, doch ein anderer kleiner Junge aus dem Film bleibt im Gedächtnis: Der 11-Jährige mit Zigarette im Mund entschert ein AK-47-Sturmgewehr und sagt „Ich will Bashar Assads Schwester ficken und ihn verprügeln!“ Im Film wird er als „kleinster Junge der Freien Armee“ bezeichnet. Seine Eltern seien im Krieg ums Leben gekommen, die Kämpfer der Freien Syrischen Armee hätten ihn vor zwei Jahren entdeckt und aufgenommen. Jetzt kämpfe er gegen den

IS. Im März 2013 warnte UNICEF vor einer „verlorenen Generation“ in Syrien.⁵⁶

Syrien ist ohne jeden Zweifel eine Tragödie, die ihresgleichen sucht. Das Land stirbt. Und auch Deutschland spürt die Auswirkungen. Die *Refugees Welcome*-Rufe sind hierzulande mittlerweile leiser geworden. Die sexuellen Übergriffe der Silvesternacht in Köln haben viele verunsichert. Asylbewerber waren unter den Tätern, wohl auch ein Syrer. Die Straftaten werden in deutschen Talkshows wahlweise mit der arabischen Kultur oder der islamischen Religion erklärt.⁵⁷ Dass im Zuge solcher Argumentation die Gefahr droht, dass Asylbewerber unter Generalverdacht gestellt werden, geht dabei allzu oft unter. Er gilt auch immer häufiger den Syrern. Wie wehren sie sich dagegen? Die einen verteilen am Kölner Hauptbahnhof Blumen an Frauen, um sich von etwas zu distanzieren, für das sie keinerlei Verantwortung tragen. Andere haben eine *Facebook*-Gruppe gegründet. Sie heißt: „Syrer danken Deutschland.“ ▲

56 United Nations Children's Fund (UNICEF): Syria's Children: A Lost Generation? Crisis Report March 2011-March 2013, Amman 2013; online: https://www.unicef.ch/sites/default/files/attachments/unicef_pb_syria_2yearreport_2013.pdf [Stand: 14.02.2016].

57 Die Diskussion über problematische Geschlechterverhältnisse in Nahost, notwendige Differenzierungen hinsichtlich verschiedener Länder und Milieus sowie das „Wesen“ des Islam und muslimisch geprägter Gesellschaften muss an anderer Stelle geführt werden.

Von der Perestroika zur Katastroika

Michail Gorbatschow und der Zerfall des Sowjetimperiums (Teil 1)

von Klaus Gestwa



Michail Gorbatschow, November 1990
Foto: ullstein bild – Ulrich Baumgarten

Nachdem der russische Präsident Wladimir Putin den Zerfall des Sowjetimperiums 2004 als „gesamtnationale Tragödie von gewaltigen Ausmaßen“ bezeichnet hatte, griff er im April 2005 zu einem historischen Superlativ und erklärte den Zusammenbruch der sozialistischen Supermacht zur „größten geopolitischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts“.¹ Schon damals gab Putins viel zitierte Aussage Anlass zu wilden Spekulationen. Vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im März 2014 wird sie aktuell nicht mehr nur als Ausdruck einer verklärenden Sowjetnostalgie und imperialer Phantom-schmerzen, sondern darüber hinaus als verkappte politische Handlungsmaxime interpretiert, um die Länder des postsowjetischen Raums wieder eng an Moskau zu binden.²

Besorgnis bereitet vor allem, dass die Vertreter des im postkommunistischen Russland nach 1991 populär gewordenen Begriffs der „Geopolitik“ den Staat als einen in ständigem territorialem Wachstum befindlichen Organismus verstehen und aus seinen jeweiligen geographischen Gegebenheiten nicht selten sogar eine besondere historische Mission ableiten. Wer von Geopolitik spricht, vermittelt daher mithin den Eindruck, bei Politik gehe es weniger um Lösung von Problemen, sondern vielmehr um das Besiegen von Feinden. Die Welt erscheint dann als globale Kampf-arena. Die internationalen Beziehungen werden in dieser Perspektive als eine stete Konfrontation expansiver Machtblöcke und als Nullsummenspiel gedacht, bei der eine Seite nur auf Kosten der anderen Seite gewinnen könne.³

Mit ihrer Topographie der Einflusszonen verleitet die geopolitische Denkweise dazu, den Zusammenbruch der Sowjetunion damit zu erklären, dass der Westen im Kalten Krieg den Sieg davon getragen habe. In Washington wird nur zu gern dieser Art des Triumphalismus gehuldigt und betont, die USA hätten unter Reagan ihren weltpolitischen Gegner mittels einer neuen Rüstungsspirale letztlich in den Bankrott getrieben.⁴ Diese siegestrunkene US-

Sicht findet in Moskau auf spezifische Weise Resonanz, weil sie nicht wenige Russen an eine „Dolchstoßlegende“ glauben lässt: Verschwörer und Volksfeinde hätten demnach das Sowjetimperium im Auftrag des CIA willentlich destabilisiert und zertrümmert.⁵

„Totengräber des Imperiums“, „Held des Rückzugs“ oder Zauderer?

Besonders der letzte sowjetische Partei- und Staatschef, Michail Gorbatschow, zieht im heutigen Russland – als „Vaterlandsverräter“ und „Totengräber des Imperiums“ verunglimpft – weiter den Zorn auf sich.⁶ Seine Friedensinitiativen, für die er 1990 den Friedensnobelpreis erhielt, gelten nicht als große historische Leistung, sondern lediglich als Ausweis politischer Schwäche. Gorbatschow wäre keineswegs ein „Held des Rückzugs“ (Hans Magnus Enzensberger) gewesen; vielmehr hätte er die auf strategische Interessen fixierte Realpolitik seinen hohen Moralansprüchen untergeordnet und auf dem Altar des Weltfriedens vorschnell den Supermachtstatus der Sowjetunion geopfert, um seine idealistische Mission des „Neuen Denkens“ nicht zu gefährden.⁷ Im April 2014 bedrängten daher erneut mehrere Abgeordnete der russischen Staatsduma den Generalstaatsanwalt Juri Tschalka, eine Klage gegen Gorbatschow vorzubereiten, um ihm als „Totengräber“ der Sowjetunion endlich den Prozess machen und die angeblich wahren Hintergründe des Zerfalls des Sowjetimperiums aufdecken zu können.⁸

Dieses *blame game*, das die postkommunistische Öffentlichkeit und Politik gern spielt, hat auch die historische Forschung in letzter Zeit beeinflusst. Mehrere meinungsstarke Forscher wie Stephen Kotkin, Vladislav Zubok, Archie Brown und Jörg Baberowski betonen neuerdings, dass Gorbatschow von der Richtigkeit seiner Politik so überzeugt gewesen sei, dass er die Gesetze der Macht sträflich ver-

1 Zit. n. Susanne Schattenberg: Das Ende der Sowjetunion in der Historiographie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 61 (2011) H. 49–50, S. 9–15, hier S. 9.

2 Martin Malek: Visionen einer imperialen Zukunft Russlands: Ein „neuer Unionsstaat“, eine „Russländische Union“ oder eine „Eurasische Union“?, in: ders./Anna Schor-Tschudnowskaja (Hg.): Der Zerfall der Sowjetunion. Ursachen, Begleiterscheinungen, Hintergründe, Baden-Baden 2013, S. 465–490.

3 Zaur Gasimov: Idee und Institution. „Russkij mir“ zwischen kultureller Mission und Geopolitik, in: Osteuropa 62 (2012), H. 5, S. 69–80.

4 Vgl. zur „Reagan Victory School“ bes. Peter Schweizer: Reagan's War. The Epic Story of His Forty-Year Struggle and Final Triumph over Communism, New York 2002; Paul Kengor: The Crusader. Ronald Reagan and the Fall of Communism, New York 2006; John Lewis Gaddis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007.

5 Martin Malek, Von der Reform zum Zerfall – Anmerkungen zu den Ursachen des Endes der UdSSR, in: ders./Anna Schor-Tschudnowskaja (Hg.), Der Zerfall der Sowjetunion. Ursachen – Begleiterscheinungen – Hintergründe, Baden-Baden 2013, S. 27–68, hier S. 52–57.

6 Bei einer vom Moskauer Lewada-Zentrum in Russland durchgeführten Meinungsumfrage landete Gorbatschow 2013 mit miserablen Zustimmungswerten auf der Beliebtheitsskala der russischen Staatschefs auf dem letzten Platz. Vgl. http://www.aktuell.ru/russland/politik/putin_und_breschnew_bei_russen_populaer_gorbi_unbeliebt_4543.html [Stand: 20.02.2016].

7 Zur kritischen Sicht auf Gorbatschows Außenpolitik vgl. bes. Vladislav Zubok: A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev, Chapel Hill 2007, S. 303–335.

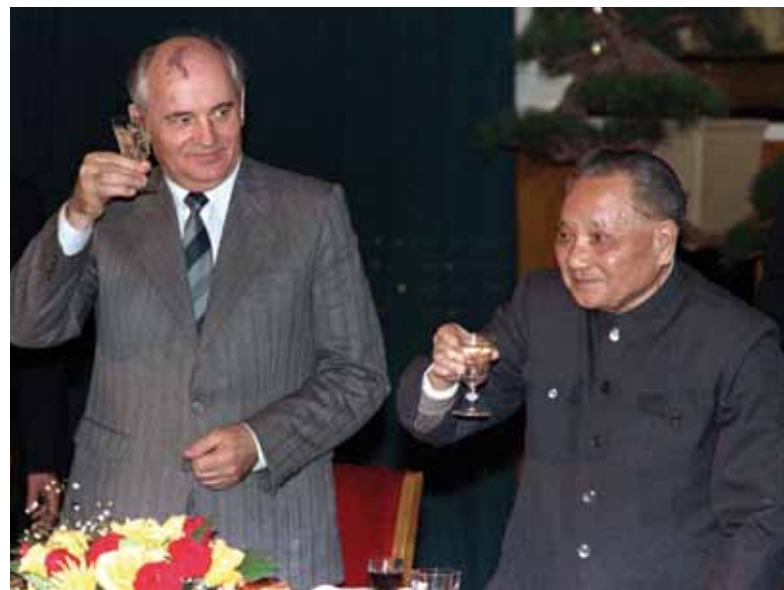
8 Vgl. http://de.sputniknews.com/german.ruvr.ru/news/2014_04_10/Gorbatschow-soll-fur-Zusammenbruch-der-UdSSR-vor-Gericht-8875/ [Stand: 20.02.2016].

nachlässigt habe.⁹ Als Gorbatschow im März 1985 als neuer Generalsekretär der KPdSU die Macht im Kreml übernommen hätte, sei die Sowjetunion zwar in einer schwierigen, aber keineswegs dramatischen Lage gewesen. Ein Großteil der Bevölkerung hätte sich das Leben im „real existierenden Sozialismus“ so eingerichtet, dass sie keinerlei Krisensituation empfunden hätte. Auch unter Gorbatschow hätte die Sowjetunion, gestützt auf ihre mächtigen Sicherheits-, Repressions- und Militärapparaten, weiter ein autoritär-bevormundender Parteistaat mit einer wenig effizienten, aber halbwegs funktionierenden Kommandowirtschaft bleiben können. Allein Gorbatschow und sein Team hätten ungelöste Erschöpfungsprobleme und entwicklungshemmenden Ordnungsdefekte erkannt, deshalb den riskanten Weg fundamentaler Reformen gewählt und damit letztlich ungewollt politischen „Selbstmord“ begangen.

Statt sich um das operative Geschäft eines Staatsmannes zu kümmern, um ordnungszersetzenden Kräften entgegenzutreten, Konflikte beizulegen und das Heft des Handelns in den Händen zu behalten, habe Gorbatschow in entscheidenden Momenten immer wieder gezaudert und sich viel zu sehr seinen schönen Visionen hingegeben.¹⁰ Das „Neue Denken“ sei zum Selbstzweck verkommen und habe immer mehr die Funktion gehabt, Gorbatschows fehlende politische Strategie für den von ihm verkündeten politischen Aufbruch zu kaschieren. Erst die sicherlich gut gemeinte, aber verfehlte Reformpolitik Gorbatschows habe darum die Finalitätskrise und damit den Zerfall des Sowjetimperiums heraufbeschworen.

Der „chinesische Weg“ als Alternative?

Durch den weitgehenden Verzicht auf Gewaltmittel (oder deren zu späten Einsatz) und die öffentliche Kritik an den Missständen sei der zuvor allmächtige Parteistaat derart



Michail Gorbatschow mit Deng Xiaoping bei einem Empfang in der „Großen Halle des Volkes“ in Peking am 06.05.1989
Foto: ullstein bild – Reuters

geschwächt worden, dass dieser – anders als in China – nicht in der Lage gewesen sei, die Volkswirtschaft durch die graduelle und vorsichtige Einführung markt- und privatwirtschaftlicher Formen zu transformieren und so erfolgreich in die globalen Kreisläufe zu integrieren. Der „chinesische Weg“ einer ökonomischen Modernisierung bei fortgesetzter autoritärer Kontrolle von oben hätte – so spekulierte zuletzt besonders Jörg Baberowski – den Bestand des Sowjetimperiums als Weltmacht oder zumindest in reduzierter Form als Großmacht durchaus gewährleisten können.¹¹

Dieser kritische Blick auf das (angebliche) machtpolitische Versagen Gorbatschows führt zurück in das turbulente Jahr 1989. Im Juni hatte die Parteiführung in Peking die mehr Freiheiten einfordernden Studenten mit Panzern vom Platz des Himmlischen Friedens (dem Tian'anmen-Platz) vertrieben, um mit einem Massaker, bei dem mehr als 1.000 Menschen starben, den Allmachtsanspruch der Partei erneut durchzusetzen.¹² Moskau kritisierte dieses Vorgehen vehement. Die Genossen in Peking hätten auf brutale Weise neue Argumente geliefert, um den Sozialismus beschuldigen zu können, „inhuman und antidemokratisch zu sein“. Der Kreml mutmaßte sogar, die „unerfreulichen“ Ereignisse in Peking stellten eine schwere

9 Vgl. zum Folgenden bes. Zubok (wie Anm. 7); Stephen Kotkin: *Armageddon Averted. The Soviet Collapse, 1970–2000*, Oxford 2001; ders.: *Uncivil Society. 1989 and the Implosion of the Communist Establishment*, New York 2010; Archie Brown: *Aufstieg und Fall des Kommunismus*, Berlin 2009, S. 649f u. 796; ders.: *Seven Years That Changed The World. Perestroika in Perspective*, Oxford 2009; Jörg Baberowski: *Kritik als Krise oder warum die Sowjetunion trotzdem unterging*, in: Thomas Mergel (Hg.): *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, Frankfurt/Main, 2012, S. 177–196.

10 Vgl. dazu bes. Zubok (wie Anm. 7), S. 309–319 u. 330–335. Diese Deutung findet sich in unterschiedlicher Konnotation auch schon in den Memoiren sowohl von Gorbatschows Gefolgsleuten als auch von seinen Kritikern. Vgl. z.B. Georgi Schachnasarow: *Preis der Freiheit. Eine Bilanz von Gorbatschows Berater*, Bonn 1996; Alexander Jakowlew: *Die Abgründe meines Jahrhunderts. Eine Autobiographie*, Leipzig 2003; Jegor Ligatschow: *Wer verriet die Sowjetunion*, Berlin 2012; Nikolaj Ryschkow: *Mein Chef Gorbatschow. Die wahre Geschichte eines Untergangs*, Berlin 2013.

11 Baberowski (wie Anm. 9), S. 191.

12 Nina Bandelj (Hg.): *Socialism Vanquished, Socialism Challenged, Eastern Europe and China, 1989–2009*, Oxford 2012; Louisa Lim: *The People's Republic of Amnesia. Tiananmen Revisited*, New York 2014.

„Belastungsprobe für die Ideale der Perestrojka und das Vertrauen zu ihr“ dar. Andere sozialistische Länder könnten womöglich auf die Idee kommen, die „entschlossene Durchführung der wirtschaftlichen und politischen Reformen“ auszusetzen und stattdessen versucht sein, ebenfalls auf kurzsichtige Weise per Gewalteinsatz die bestehenden Machtverhältnisse zu stabilisieren.¹³

Vor dem Hintergrund der blutigen Ausschreitungen auf dem Platz des Himmlischen Friedens avancierte Gorbatschow mit seinem Bekenntnis zum „Dialog mit dem Volk auf demokratischer Basis“ zum Gewährsmann dafür, dass die Reformprozesse im östlichen Europa nicht auf

blutige Weise aus dem Ruder liefen. Mit dem Wohlwollen des Kremls setzten sich in Polen und Ungarn, in der Tschechoslowakei und der DDR die reformorientierten Regierungs- und Parteikreise mit der gesprächsbereiten Opposition an einen „runden Tisch“, um auf friedlichem Weg das gescheiterte sozialistische Gesellschaftsexperiment zu beenden.

Vom „Sozialismus der Bajonette“ zum „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“

Gorbatschows rigide Ablehnung des „chinesischen Wegs“ erklärt sich aus den Erfahrungen seiner Generation heraus. Der besonders im Vergleich zu seinen greisen Vorgängern jung und dynamisch erscheinende Generalsekretär, der im März 1985 im Alter von 54 Jahren in den Kreml einzog, war ein „exemplarisches Produkt des Sowjetsystems“ und gläubiger Repräsentant eines idealistischen Sozialismus.¹⁴ Geboren um das Jahr 1930 herum, gehörten Gorbatschow und seine wichtigsten Mitstreiter zu den „Kindern des 20. Parteitags“ und damit zu derjenigen Generation, die in der Phase des Tauwetters und der Entstalinisierung nach 1956 einerseits erstmals die Verbrechen des Stalinismus thematisierte, sich andererseits aber auch von der mitreißenden Romantik des Übergangs zum Kommunismus anstecken ließ, mit der Chruschtschow die Zukunft und die Menschen für die Sowjetunion gewinnen wollte. Zugleich hatten die „Kinder des 20. Parteitags“ die Kehrseite der Entstalinisierung erleben müssen, als 1956 und später noch einmal 1968 sowjetische Panzer in Ungarn und der Tschechoslowakei den Traum von einem reformierten Sozialismus mit menschlichem Antlitz zerschossen.¹⁵ Eduard Schewardnadse (1928–2014), der als Außenminister Gorbatschows „Neues Denken“ in eine auf Abrüstung, Versöhnung und Zusammenarbeit zielende internationale Politik umsetzte, schrieb, dass seine Generation „den ‚Komplex des Jahres 1956‘ – den Komplex der Ablehnung von Gewalt als Methode und Prinzip der Politik“ mit sich herum trug.¹⁶

Im Juli 1986 – 30 Jahre nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Ungarn – erklärte darum Gorbatschow auf einer Politbürositzung, dass er zu keinerlei militäri-



Mai 1989: Kundgebung für mehr Freiheit in Peking: Studenten führen im Demonstrationszug Transparente mit der Aufschrift ‚Glasnost und Perestrojka‘ mit sich.

Foto: ullstein bild – dpa

13 Zur kritischen Moskauer Bewertung der Ereignisse in Peking vgl. die Berichte der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU Ende Juni 1989, die in deutscher Übersetzung abgedruckt sind in: Stefan Karner u.a. (Hg.): Der Kreml und die Wende 1989, Wien 2014, S. 377–380 u. 384–387.

14 Kotkin (wie Anm. 9), S. 57.

15 Zur Biographie Gorbatschows und dem politischen Erfahrungshintergrund seiner Generation vgl. Archie Brown: Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Großmacht, Frankfurt 2000, S. 57–100; György Dalos: Gorbatschow. Mensch und Macht, München 2011, S. 23–54.

16 Eduard Schewardnadse: Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 69.

schen Maßnahmen gegenüber den „Brüderländern“ mehr greifen würde. „Wie es war, darf es nicht weitergehen.“¹⁷ Damit machte er schon zu Beginn seiner Amtszeit klar, dass der Verzicht auf den Einsatz von Gewalt sein politisches Denken und Handeln prägen würde. Der Sozialismus dürfe – so erklärte Gorbatschow seinen Beratern im Juli 1988 – „nicht länger als Macht erscheinen, die sich auf Bajonette stützt und aggressive Absichten hat.“¹⁸ Deshalb gelte es, sich wieder auf die wahren Lehren Lenins und dessen angebliche Visionen eines demokratischen Sozialismus zu besinnen. Für Gorbatschow war der Sozialismus kein starres Modell, sondern „ein lebendiges Werk“ in einem beständigen „Selbstperfektionierungsprozess, der nie zum Stillstand kommen wird.“¹⁹ Nicht Repression und Unterdrückung, sondern die ehrliche „Sorge um den Menschen“ und die soziale Gerechtigkeit müssten fortan als das „Kernstück des Sozialismus“ herausgestellt werden.²⁰

Von der Stagnation zur Perestroika

Als Gorbatschow im März 1985 an die Schalthebel der Macht im Kreml kam, rechnete er schon bald mit der Politik des „Durchwurstelns“ der zuvor regierenden Breschnew-Generation ab. Mit heftigen Worten prangerte er „die Welt des vorgetäuschten Wohlstands“²¹ an, beklagte „Glaubwürdigkeitsverluste, Lohbudelei und Kriecherei“²² und verkündete lautstark: „So kann man nicht weiterleben.“²³ Seinen Vorgängern warf Gorbatschow unverblümt vor, sie hätten die transformative Dynamik der Zeit verpasst und so die Sowjetunion „abseits jenes großen Stroms der Modernisierung und gesellschaftlichen Erneuerung“ gestellt.²⁴ Seit den späten 1970er Jahren „nahmen darum die Probleme in der Entwicklung des Landes schneller zu, als dass sie gelöst wurden“. Durch diesen Stagnationskurs geriet „die Gesellschaft als Ganzes immer mehr außer Kontrolle [...] Unser Land driftete in eine Krise ab.“²⁵

17 Der Auszug aus Gesprächsnotizen der Politbürositzung ist abgedruckt in: Karner (wie Anm. 13), S. 122.

18 Ebd., S. 179.

19 So Gorbatschow in einer Rede im Februar 1985, zit. n. Karner (wie Anm. 13), S. 78.

20 Michail Gorbatschow: Glasnost. Das neue Denken, Berlin 1989, S. 26 u. 28.

21 Michail Gorbatschow: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1989, S. 24.

22 Ebd., S. 23.

23 Michail Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 256.

24 Ebd., S. 214 ff.

25 Gorbatschow (wie Anm. 21), S. 25 f.

Ähnliche, sich verschärfende Probleme und „Bremsmechanismen“ seien auch in anderen sozialistischen Ländern erkennbar. Das lasse – so Gorbatschow – darauf schließen, dass die Krisenfaktoren „im wirtschaftlichen und politischen Modell des Sozialismus selbst wurzeln, wie es sich bei uns formierte.“²⁶

Trotz dieser selbstdiagnostizierten „Deformationen“ und „Paradoxien“ legte Gorbatschow 1987 in seinem Weltbestseller „Perestroika. Die zweite russische Revolution“ ein erneutes Glaubenskenntnis ab, dass der Sozialismus nicht nur der Sowjetunion, sondern der gesamten Welt Fortschritt und Frieden bringen könne, wenn sein gesellschaftliches Gestaltungspotential durch eine von der „Sorge um den Menschen“ getragenen Politik zur vollen Entfaltung gebracht werden könnte. Gorbatschow beschwor nicht mehr die ideologischen Gegensätze zur westlichen Gesellschaftsordnung, sondern betonte vielmehr die gemeinsamen humanistischen Werte und damit die Nähe derjenigen Systeme, die zuvor im Kalten Krieg immer in Konkurrenz und Konflikt miteinander gesetzt worden waren.

Mit geradezu überschießender Motivation zielte Gorbatschows Perestroika – was übersetzt „Umbau“ bedeutet – auf eine grundsätzliche Neuorientierung des politischen Denkens und Handelns, um sowohl im Äußeren als auch im Inneren den Weg der Verständigung und Versöhnung zu gehen und so die Welt für alle sicherer zu machen.²⁷ Ähnlich wie Franklin D. Roosevelt in den 1930er Jahren mit seiner Politik des New Deal „den amerikanischen Kapitalismus rettete“, wollte Gorbatschow als sozialistischer „Gesinnungstäter“ einen neuen Aufbruch ins Zeitalter des Kommunismus wagen.²⁸

Seine hoffnungsvollen Appelle an die gemeinsamen humanistischen Werten und den Weltfriedens machten den Aufbruch verheißenden Generalsekretär spätestens 1988 zum „Darling“ der Weltöffentlichkeit. Gorbatschow bezog aus dieser internationalen Popularität politische Stärke und Selbstbewusstsein. Als „letzter Leninist“²⁹ im Kreml irritierte ihn aber, dass im Westen der „sozialistische Charakter unserer Perestroika“ oft völlig verkannt werde. Es ginge keinesfalls darum, den Sozialismus abzuschaffen, sondern seine Schwächen zu beseitigen, um ihm

26 Karner (wie Anm. 13), S. 224.

27 Zu Perestroika als „konzeptionellem Überbegriff“, seiner Unschärfe und Mehrdeutigkeit vgl. Brown (wie Anm. 15), S. 209–212.

28 Karner (wie Anm. 13), S. 242 f.

29 Dmitri Wolkogonow: Die sieben Führer, Frankfurt/Main 2001, S. 432.

„eine neue Qualität zu verleihen“ und damit den erfolgreichen Weg ins 21. Jahrhundert zu bahnen.³⁰

Während die Altherrenriege im Kreml bis 1985 längst ihre politische Weitsicht verloren und ihre Politik ganz auf die Bedürfnisse des Augenblicks konzentriert hatte, wollte Gorbatschow das nachholen, was seine Vorgänger versäumt hatten, um durch große gesellschaftliche Kraftanstrengungen den Sozialismus endlich zu einer effizienten Gesellschaftsordnung weiter zu entwickeln, der die Zukunft gehören würde. Die Perestroika war darum nicht als kurzfristige Kampagne geplant, um aktuelle Probleme anzugehen. Pathetisch inszeniert als Fortsetzung der Oktoberrevolution, zielte sie auf die längst überfällige Modernisierung der Sowjetmoderne.

Mit seiner aufrüttelnden Bedrohungsdiagnose vermittelte Gorbatschow sowohl politischen Handlungszwang als auch akuten Zeitdruck. Er machte deutlich, dass die Sowjetunion zwar noch einige Zeit in der Krise verbleiben könne, in die sie das gerontokratische Regime seiner Vorgänger hineingeführt habe. Über kurz oder lang seien aber neue Weichenstellungen erforderlich, um endlich einen Weg aus der Sackgasse zurück auf die Hauptstraße des gesellschaftlichen Fortschritts zu finden. Die Sowjetunion habe zu lang auf geborgte Zeit und Kredit gelebt. Mit Gorbatschow kehrten darum das Visionäre, der politische Wagemut und auch die Ungeduld wieder in den Kreml zurück. Der Aufbruch in die Zukunft dulde in den Augen der neuen Machthaber keinen weiteren Aufschub mehr. Jede neue Verzögerung verschlechtere nur die Erfolgsaussichten.

Voller Überzeugung, die herbeigesehnte Trendwende einleiten zu können, entschied Gorbatschow, den Weg ständig weiter voranschreitender und immer wagemutiger Reformen zu beschreiten. Diese Entscheidung hätte er aber keinesfalls treffen können, wenn er innerhalb des sowjetischen Systems nicht zahlreiche Gleichgesinnte gehabt hätte, die mit dem Zustand der Sowjetunion gleichfalls zutiefst unzufrieden gewesen waren. So hatte Gorbatschow die Machtfülle des Generalsekretärs anfänglich gezielt dazu genutzt, um bis März 1987 endlich den politischen Generationswechsel in den Apparaten zu vollziehen und mit einer Verjüngung der Kader seine Mitstreiter in die entscheidenden Positionen zu bringen.

30 Karner (wie Anm. 13), S. 174 u. 242 f. Auch in seinem neuesten Buch weist Gorbatschow nachdrücklich darauf hin, dass sich „diejenigen irren, die in mir einen radikalen Liberalen sehen, der sich von den sozialistischen Idealen losgesagt hat.“ Er sei weiterhin der Überzeugung, „dass man in der heutigen Welt ohne sozialistische Werte keine Politik betreiben kann.“ Vgl. Michail Gorbatschow: Das neue Russland. Der Umbruch und das System Putin, Köln 2015, S. 206 u. 507.

Einen derartigen Elitenaustausch hatte es in der Sowjetgeschichte zuvor nur in den 1930er Jahren gegeben.³¹

Gorbatschows Aufbruchskurs traf anfänglich – wie Meinungsumfragen zeigten – auf breite Unterstützung in der sowjetischen Gesellschaft.³² Die Zeit schien reif, mit einem Optimismus und Tatendrang verkörpernden Generalsekretär einen Neuanfang zu wagen. Die zahlreichen Sympathisanten der Perestroika hofften inständig darauf, dass ein frischer politischer Wind die Trägheit und Apathie aus den Apparaten und Köpfen wehen würde.³³ Zu der Hymne der Perestroika, die sich gerade in der sowjetischen Jugend großer Popularität erfreute, avancierte das 1986 vom charismatischen Songwriter und Sänger der Leningrader Rockband *Kino*, Viktor Tsoj, geschriebene Lied „Wandel“ (*Peremen*). Mit seinem vorwärtstreibenden Rhythmus und emotionalen Liedzeilen gab es dem ungedulden Zeitgeist eine Stimme und übersetzte Gorbatschows oftmals hochideologisierte Politrrhetorik in eingängige, aber auch eigensinnige Rockmusik.³⁴

So hoffnungsvoll der Anfang war, der mitreißende Schwung der hehren Visionen und der hochgesteckten Reformambitionen der Perestroika versandete schon bald im Dickicht politischer Widrigkeiten und zunehmender Alltagsnöte. Schon bald verloren Gorbatschow und sein Reformteam den Zugriff auf das zentrale ökonomische Problemfeld. Deshalb kam es zu zahlreichen nichtintendierten Kettenreaktionen und kaum mehr steuerbaren Selbstläufen, die immer mehr Sprengkräfte freisetzten und den Niedergang schließlich in einen Zusammenbruch übergehen ließen.

Ökonomische Talfahrt und verpasster Strukturwandel

Die größte Reformbaustelle der Perestroika war zweifellos die Wirtschaft, auf die Gorbatschows politischer Kampfbegriff der Stagnation in besonderer Weise zutraf. Zwar drohte noch kein ökonomischer Kollaps; während der Zeit des 11. Fünfjahresplans von 1981 bis 1985 hatten die

31 Dietmar Neutatz: Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert, München 2013, S. 503.

32 Brown (wie Anm. 15), S. 28 f.: Juri Lewada: Die Sowjetmenschen 1989–1991. Soziogramm eines Zerfalls, München 1993, S. 231.

33 Zu diesen Erwartungen vgl. z.B. die vielbeachtete Aufsatzsammlung, mit der sich zahlreiche einflussreiche sowjetische Intellektuelle auf die Seite der Perestroika schlugen: Juri Afanassjew (Hg.): Es gibt keine Alternative zu Perestroika. Glasnost, Demokratie, Sozialismus, Nördlingen 1988.

34 Dirk Holtbrügge: „Wir singen, was wir wollen – und nicht, was erlaubt ist“. St. Petersburg als Wiege und Zentrum der russischen Rockmusik, in: Stefan Creuzberger u.a. (Hg.): St. Petersburg – Leningrad – St. Petersburg. Eine Stadt in Spiegel der Zeit, Stuttgart 2000, S. 235–243.



„Fass ohne Boden“ – Die sowjetische Landwirtschaft konnte die Bevölkerung trotz hoher Subventionen nur unzureichend versorgen.
Foto: ullstein bild – SPUTNIK

Wachstumsraten aber ein vorläufiges „historisches Tief in der Geschichte der Sowjetunion“ erreicht.³⁵ Der sklerotische Zustand der Sowjetordnung offenbarte sich in der Wirtschaft in den immer bedrohlicher werdenden Verschleißerscheinungen, Modernisierungsrückständen und Erschöpfungsproblemen. Die 1970er Jahre markierten einen Epochenbruch. Das Jahrhundert der Schwerindustrie, das den Weg in die Moderne gebahnt und Europa zu einem waffenstarken Kontinent gemacht hatte, neigte sich seinem Ende zu. Neue Basisinnovationen wie die Mikroelektronik, die Laser- und Satellitentechnik, die Informations- und Biotechnologie veränderten nicht nur Produktions- und Lebensweisen; sie forcierten im Zusammenhang mit neuen Finanzdienstleistungen auch globale Wirtschaftskreisläufe. Mit dem Übergang zur postindustriellen Gesellschaft wurden während der 1970er Jahre die entscheidenden Weichen für den Aufstieg der digitalen und globalen Moderne des 21. Jahrhunderts gestellt.³⁶

Der beginnende Technologisierungs- und Globalisierungsschub hielt die Moskauer Partei- und Staatsführer aber nicht dazu an, von ihrem „ökonomischen Kernglau-

ben“ abzulassen. Sie setzten weiter auf das Wirtschaftsmodell der rauchenden Schloten und schufen deshalb Anfang der 1980er Jahre die „beste Wirtschaft der Welt nach den Maßstäben der 1890er Jahre“.³⁷ Mit dem endgültigen Abschluss ihres Reifungsprozesses verpasste die Sowjetökonomie den Anschluss an den Strukturwandel der Industriemoderne und büßte damit an internationaler Wettbewerbsfähigkeit ein.³⁸

Das zeigte sich an der Struktur des sowjetischen Außenhandels. Während die Sowjetwirtschaft immer weniger Maschinen, Fahrzeuge und Industrieanlagen exportieren konnte, stieg der Anteil der Energieträger und Brennstoffe am sowjetischen Gesamtexport bis 1985 schließlich auf knapp 54 Prozent an. Die dadurch erzielten Gewinne mussten ausgegeben werden, um zum einen die dringend benötigten modernen Maschinen, Technologien und anderweitige hochwertige Verbrauchsgüter im Ausland zu erwerben, zum anderen immer größere Mengen an Getreide, Fleisch und anderen Nahrungsmitteln zu importieren. Die sowjetische Landwirtschaft erhielt in den 1970er und 1980er Jahren zwar zunehmend mehr Subventionen; sie war aber dennoch nicht in der Lage, die Versorgung des Landes zu

35 Gerd Simon/Nadja Simon: *Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums*, München 1993, S. 17.

36 Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008. Zu den sozialistischen Ländern vgl. Marie-Janine Calic/Dietmar Neutatz/Julia Obertreis (Hg.): *The Crisis of Socialist Modernity. The Soviet Union and Yugoslavia in the 1970s*, Göttingen 2011.

37 Eric J. Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1998, S. 312.

38 Eine gute zeitgenössische Analyse, die bis heute nicht an Bedeutung verloren hat, bietet Klaus Segbers: *Der sowjetische Systemwandel*, Frankfurt/Main 1989.

gewährleisten. Der ineffiziente Agrarsektor entwickelte sich immer mehr zu einem Fass ohne Boden und damit zur Achillesferse der Sowjetwirtschaft.³⁹

Ansichts der evidenten Strukturschwächen der Sowjetwirtschaft bezeichnete Helmut Schmidt, damals bundesdeutscher Kanzler, die Sowjetunion schon 1978 als „Obervolta mit Raketen“. Damit unterstrich Schmidt, dass sich die sozialistische Supermacht mit ihrem gigantischen militärisch-industriellen Komplex und den hohen Aufwendungen für den fortgesetzten Rüstungswettlauf zunehmend in den Modus der Überanstrengung begeben hatte.⁴⁰ Der Moskauer Partei- und Staatsführung gingen zwar wiederholt Alarmberichte zu, in denen Experten die schleichende Ermüdung der Sowjetwirtschaft in eindringlicher Klarheit thematisierten und entschiedene Veränderungen einforderten.⁴¹ Die greisen Kremlbosse zogen es aber vor, die drängenden Probleme der Zeit unter den Teppich zu kehren, statt sie durch entschiedene Maßnahmen anzugehen. Sie bereiteten dem sowjetischen *business as usual* kein Ende, sodass weiter Ressourcen fahrlässig verschwendet und Entwicklungschancen leichtsinnig verspielt wurden.

Als Gorbatschow in den Kreml einzog, war die Wirtschaftsbilanz seiner Vorgänger längst ins Negative gekippt. Die Sowjetunion hatte ihren technik- und wirtschaftsgeschichtlichen Scheitelpunkt überschritten. Auch die Stimmung im Land hatte sich seit Ende der 1970er Jahre angesichts länger werdender Schlangen und sich leerender Regale in den Geschäften verschlechtert. Der ausschließlich rohstofforientierte Außenhandel fungierte als Notnagel, an dem das Schicksal der Sowjetunion hing. Das schuf wirtschaftliche Verwundbarkeiten, die mit dem Amtsantritt Gorbatschow immer spürbarer wurden.⁴² Gegenüber dem enormen Preisanstieg bis zu Beginn der 1980er Jahre sank der Ölpreis nach 1985 auf nur noch ein Drittel der vorherigen Höchstmarke. Zugleich halbierte sich der Gaspreis in der Zeit von 1985 bis 1990.⁴³

39 Linda J. Cook: *The Soviet Social Contract and Why It Failed. Welfare Policy and Workers' Politics from Brezhnev to Yeltsin*, London 1993, S. 58–67.

40 Edwin Bacon/Mark Sandle: *Brezhnev Reconsidered*, in: (Hg.), *Brezhnev Reconsidered*, Houndmills/Basingstoke 2002, S. 203–217, hier S. 211 f.

41 Michael Ellman/Vladimir Kontorovich: *The Collapse of the Soviet System and the Memoir Literature*, in: *Europe-Asia Studies* 49 (1997), S. 259–279, hier S. 260.

42 Klaus Gestwa: *Von der Stagnation zur Perestrojka. Der Wandel der Bedrohungskommunikation und das Ende der Sowjetunion*, in: Boris Belge/Martin Deuerlein (Hg.): *Goldenes Zeitalter der Stagnation? Perspektiven auf die sowjetische Ordnung der Breznev-Ära*, Tübingen 2014, S. 253–311, S. 261–282.

43 Yegor Gaidar: *Russia. A Long View*, Cambridge/Mass. 2012, S. 193 f.

Die für Moskau sehr ungünstige Entwicklung der Außenhandelsverhältnisse erschwerte es aufgrund sinkender Deviseneinnahmen, den ins Stocken geratenen ökonomischen Wachstumsmotor wieder in Schwung zu bringen. Die Sowjetunion musste sich im Westen immer mehr verschulden.⁴⁴ Als wichtige Faktoren der Strukturgeschichte der internationalen Beziehungen erklärten diese ökonomischen Schwächen und Abhängigkeiten, warum Gorbatschow mit seinen Friedensinitiativen auf die zügige Beendigung des Kalten Kriegs drängte. Es ging darum, die Konversion der hypertrophen Rüstungsindustrie endlich anzugehen. Zudem sollte die bereitwillige Entlassung der ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten aus dem Moskauer Machtorbit die imperiale Überdehnung (*imperial overstretch*) beenden. Dem Kreml fehlten einfach die Mittel, um die anderen sozialistischen Länder weiter ökonomisch zu unterstützen, die sich wegen ihrer rasant steigenden Auslandsverschuldung schon damals an der Grenze zur Zahlungsunfähigkeit befanden.⁴⁵ Der sowjetische Historiker und Dissident Michail Heller verglich Gorbatschow darum mit einem Ballonfahrer, „der, als er entdeckte, dass der Ballon sank, alles über Bord warf, was er in seinem Korb finden konnte.“⁴⁶

Uskorenje und der Super-GAU in Tschernobyl, 1985–1986

Die von den reduzierten Hilfsmaßnahmen und Rüstungslasten ausgehenden positiven Effekte erreichten die sowjetische Volkswirtschaft jedoch erst mit Verspätung. Deshalb kam die Regierung bei ihrem Bemühen, die lähmende Wachstumshemmung zu überwinden, nicht umhin, den ökonomischen Bereich mit Reformen durch- und wachzurütteln. Zu Beginn seiner Amtszeit setzte Gorbatschow seine Hoffnungen zuerst ganz auf ein strukturkonservatives Programm. Unter dem wohlklingenden Slogan *Uskorenje* (Beschleunigung) zielte es darauf, mit neuen Investitionen den technologischen Fortschritt wieder anzukurbeln und noch verfügbare Entwicklungspotentiale innerhalb der administrativen Kommandowirtschaft freizusetzen, um so die sowjetische Industrie wieder konkurrenzfähig zu machen. Trotz aller Mittelkonzentration und Anstrengungen konnte der technologische Rückstand nicht merklich verkürzt werden. In der zukunftssträchtigen Computer-

44 Zwischen 1984 und 1991 verdreifachten sich die sowjetischen Auslandschulden auf schließlich über 80 Mrd. US-Dollar. Vgl. ebd., S. 196.

45 Vgl. Memorandum an Michail Gorbatschow im Oktober 1988 in Karner (wie Anm. 13), S. 222–225.

46 Zubok (wie Anm. 7), S. 334.



Atomkraftwerk Tschernobyl: Ansicht des zerstörten Reaktors 4. Der Reaktorkern explodierte am 26. April 1986.
Foto: ullstein bild – Reuters

technik lag die Sowjetunion weiterhin zwei Rechnergenerationen hinter dem Westen zurück. Der Super-GAU im ukrainischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 wurde dann zum Offenbarungseid einer maroden Wirtschaft, die sich ganz dem Glauben an die segensbringende Kraft moderner Technologie hingegeben hatte. Der Physiker Wladimir Tschernousenko, ein verlässlicher Chronist der Ereignisse in Tschernobyl, schrieb damals:

„Das Feuer von Tschernobyl hat Licht in die dunklen Ecken unseres Systems gebracht, jene Winkel und Orte, die zu übersehen wir so lange bestrebt waren, über die wir schamhaft den Mantel des Schweigens gebreitet haben.“⁴⁷ Auf dem großen Benefiz-Konzert, das bekannte sowjetische Musiker im Juni 1986 veranstalteten, hieß es dazu ernüchternd, das technikbesessene 20. Jahrhundert habe mit der nuklearen Katastrophe offensichtlich „seinen Verstand verloren.“⁴⁸ Mit dem Ende der naiven Technikgläubigkeit scheiterte der erste wirtschaftliche Reformversuch.

47 Wladimir M. Tschernousenko: Tschernobyl. Die Wahrheit, Reinbek bei Hamburg 1992, S. 72.

48 Johannes Grotzky: Schachmatt. Die letzten Jahre der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow, Norderstedt 2012, S. 119.

Gorbatschow und seine Berater beklagten sich tief frustriert darüber, dass große Investitionssummen für technische Innovationen ausgegeben worden waren, der ökonomische Wachstumsmotor aber auch dadurch nicht wieder in Schwung kam. Damit war klar, dass es für eine Trendwende eines grundlegenden Strukturwandels bedurfte.⁴⁹

Die fortschreitende Zerrüttung des Wirtschafts- und Finanzsystems, 1987–1989

Die 1987 beginnende ökonomische Perestroika lavierte fortan zwischen den Zielen, durch die Einführung neuer marktwirtschaftlicher Mechanismen das bestehende Wirtschaftssystem entweder nur zu reparieren oder es durch die Radikalisierung der Reform ganz zu überwinden. Bei seinem Kurs des „*trial-and-error*“⁵⁰ setzte Gorbatschow zunächst weiter auf einzelne Reparaturmaßnahmen, um die zentralisierte Kommandowirtschaft durch die Zulassung von mehr Wettbewerb und Eigeninitiative zu flexi-

49 Philip Hanson: The Rise and Fall of the Soviet Economy. An Economic History of the USSR from 1945, London 2003, S. 181–187.

50 Ebd., S. 192.

bilisieren. Im Rahmen der Umstellung auf die sogenannte wirtschaftliche Rechnungsführung und Selbstfinanzierung erhielten die Staatsbetriebe deutlich mehr Eigenverantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten zugewiesen. Sie durften Arbeiter entlassen und konnten mit anderen Unternehmen (sogar mit ausländischen Firmen) direkte Geschäftskontakte knüpfen. Die zentral festgelegten Planvorgaben mussten zwar weiter beachten werden; es blieb aber immer mehr den Unternehmensleitungen überlassen, wie sie diese erreichten. So sollten zwischen den Staatsbetrieben quasi-marktwirtschaftlichen Beziehungen entstehen, um Nachfrage und Angebot besser zueinander in Bezug setzen zu können.⁵¹

Die neuen Wirtschaftsgesetze erlaubten auch neue privatwirtschaftliche Aktivitäten. Schon Ende 1987 gab es bereits 300.000 sogenannter Kooperativen in Form von Restaurants, Handwerker- und Transportbetrieben, Läden aller Art, Baugenossenschaften, öffentlichen Toiletten und Badehäusern. Im Rahmen sogenannter *Joint Ventures* konnten sogar ausländische Firmen in der Sowjetunion unternehmerisch tätig werden. Viele Interessierte hielten sich aber mit Investitionen zurück, weil sie nur 49 Prozent an diesen Partnerbetrieben besitzen durften.⁵² Als abschreckend erwies sich vor allem auch das Übermaß an Bürokratie und Korruption. Zudem entstanden mit dem privaten Unternehmertum kriminelle Schutzgeldbanden, die mit ihrem brutalen Treiben Angst verbreiteten.⁵³

Mit den wirtschaftspolitischen Lockerungen bemühte sich das zweite wirtschaftspolitische Reformprogramm Gorbatschows um die Verbindung von Plan- und Marktwirtschaft. Es schwächte jedoch die bestehenden administrativen Planungs- und Steuerungsmechanismen, ohne sie schon konsequent durch die Regelungsinstrumente des Markts zu ersetzen. Zutreffend beschrieb die US-amerikanische Zeitschrift *Wallstreet Journal* die Sowjetunion des Jahres 1988 als „zentrale Planwirtschaft mit ausgeknocktem Zentrum“.⁵⁴ Einzelne Sowjetrepubliken konzentrier-

ten Produktionen und Warenkreisläufe fortan verstärkt auf ihr eigenes Territorium und fuhren – entgegen bestehender Pläne und Verträge – ihre Geschäftsbeziehungen zu Betrieben in anderen Regionen zurück. Dieses regionale Autarkiestreben leitete einen ökonomischen Desintegrationsprozess ein.⁵⁵

Als große Wachstumshemmnisse erwiesen sich ferner die schlechte Arbeitsmotivation und Arbeitsdisziplin der Beschäftigten. Lethargie und Apathie prägten seit den 1970er Jahren den Zeitgeist und zementierten damit den ökonomischen Abschwung. Mit ihrer fortgesetzten Bevormundung degradierte die zentralisierte Kommandowirtschaft engagierte Fachleute und qualifizierte Arbeiter zu bloßen Befehlsempfängern.⁵⁶ Die damit heraufbeschworene Entfremdung und Sinnentleerung der Arbeit führten zu einer starken Zunahme eskapistischer Haltungen, insbesondere zu einem ausufernden Alkoholismus, der sich zur Geißel der Gesellschaft entwickelte und die erhebliche Verschlechterung der Produktivität und Qualität der Arbeit zur Folge hatte. Gorbatschow verschärfte daher den Kampf gegen die Trunksucht, indem er die Produktion und den Verkauf von Alkoholika weiter einschränkte. Der neue Generalsekretär wandelte sich darum im sowjetischen Volksmund bald zum „Mineralsekretär“.⁵⁷

Zudem wurden Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin stärker bestraft und die Delinquenten für ihr Fehlverhalten öffentlich an den Pranger gestellt. Doch diese repressiven Maßnahmen lösten nicht die Probleme, sondern bekämpften nur die Symptome. Auch die damit verbundenen unentwegten Appelle an die Leistungsbereitschaft bewirkten keine grundlegende Verhaltensänderung der Beschäftigten. Angesichts der beständig wachsenden Fehlzeiten und der immer längeren Arbeitspausen formulierte die sowjetische Propaganda mit unfreiwilliger Ironie: „Im Sozialismus ist der für den Kapitalismus typische Widerstand zwischen Arbeit und Freizeit aufgehoben.“⁵⁸

In Zustand tiefer Zerrüttung befand sich auch das Geld- und Finanzsystem. Angesichts der eklatanten Qualitäts- und Sortimentsmängel des sowjetischen Warenangebots hatte der ungestillte Konsumhunger zur Folge, dass eine wachsende Rubelsumme in den Familien gehortet wurde. Dazu kam, dass der Alkoholkonsum bislang dazu

51 Helmut Altrichter: Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München 2009, S. 105 ff.

52 Zu den Kooperativen und Joint Ventures vgl. Hanson (wie Anm. 49), S. 200–209.

53 Wolf Oschlies: Alle anderthalb Stunden ein Mord. Sowjetische Kapitulation in Raten vor der Kriminalität, in: Sowjetunion 1990/91, hg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München/Wien 1991, S. 117–126; Mária Huber: Moskau, 11. März 1985. Die Auflösung des sowjetischen Imperiums, München 2002, S. 86–97.

54 Zit. n. Hans-Hermann Höhmann: Der ökonomische Systemwechsel, in: Eduard Schewardnadse/Andrej Gurkov/Wolfgang Eichwede (Hg.): Revolution in Moskau. Der Putsch und das Ende der Sowjetunion, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 207–224, hier S. 214.

55 Ebd., S. 213.

56 Die Studie von Nowosibirsk, in: Osteuropa-Archiv 34 (1984) H.1, A1–25.

57 Brown (wie Anm. 15), S. 237–240; Jegor Ligatschow: Wer verriet die Sowjetunion, Berlin 2012, S. 261–270.

58 Tony Judt: Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München/Wien 2006, S. 665.

beigetragen hatte, den enormen Kaufkraftüberhang in der Bevölkerung zumindest zu einem Teil abzuschöpfen. Die Alkoholsteuern leisteten einen erheblichen Beitrag zum sowjetischen Staatshaushalt. Die drastische Einschränkung der Alkoholproduktion stürzte darum nicht nur die sowjetischen Trinker, sondern auch das Moskauer Finanzministerium in eine akute Liquiditätskrise. Das staatliche Haushaltsdefizit wuchs enorm an. Statt zu unpopulären Maßnahmen wie der Kürzungen von Sozialleistungen und Löhnen, zu Steuer- und Preiserhöhungen zu greifen, ließ die Regierung einfach mehr Geld drucken. Der Bargeldumlauf nahm infolgedessen beträchtlich zu; das gab der Inflation starken Auftrieb. Der Rubel geriet zudem durch die stark wachsenden Auslandskredite unter immer größeren Druck, weil diese hohe Schuldenlast durch die Leistungskraft der sowjetischen Volkswirtschaft kaum mehr abgedeckt war. Aus Angst, mit schmerzhaften Einschnitten den gesellschaftlichen Rückhalt für die Perestroika zu verlieren, konnten sich Staat und Partei nicht zu einer koordinierten Finanz- und Währungspolitik durchringen. Sie ließen die staatlichen Steuerungsinstrumente ungenutzt und verloren damit bald jeglichen Zugriff auf die Wirtschaftskreisläufe.⁵⁹

Vom maroden zum bankrotten Sozialismus, 1989–1991
Angesichts der sich zuspitzenden „Krimstagflation“ (der galoppierenden Inflation und Kriminalität bei fortgesetzter Stagnation) musste im Laufe des Jahres 1989 auch das zweite wirtschaftspolitische Reformvorhaben Gorbatschow abgebrochen werden. Bei der fieberhaften Suche nach einem neuen Konzept ging es nun nicht mehr so sehr um einen Systemwandel der zentralisierten Kommandowirtschaft, sondern um einen grundsätzlichen Systemwechsel hin zur Marktwirtschaft. Dafür arbeiteten sowjetische Expertenkommissionen eine Vielzahl von unterschiedlichen Übergangsmodellen aus.⁶⁰ Zuerst setzten Gorbatschow und sein Ministerpräsident Nikolaj Ryschkow (*1929) auf einen graduellen Transformationsprozess innerhalb von fünf Jahren. Als aber die paralysierenden Effekte der schrittweise angelegten Reformpolitik immer evidenter wurden, meinten im Verlauf des Jahres 1990 immer mehr Fachleute, dass sich die marode sowjetische Volkswirtschaft nur mit gerafften, schockartigen Wandlungsprozessen in Form konsequenter Privatisie-

rungs- und Deregulierungsstrategien wiederbeleben lasse. Es gelte, sich mit schmerzhaften Kraftanstrengungen vom bremsenden Alten zu trennen, um so endlich einen wirklichen Neustart beginnen zu können.⁶¹

Dieses radikale „Programm der 500 Tage“ fand anfänglich Gorbatschows Unterstützung. Im Herbst und Winter 1990 vollzog der sowjetische Präsident aber eine abrupte Kehrtwende. Er ersetzte Ende 1990 den frustrierten Ministerpräsident Ryschkow durch den Parteikonservativen Valentin Pawlow (1937–2003), der wieder stärker Bezug auf überlieferte Sozialismusmodelle und traditionsgeprägte Ordnungsmuster nahm. Durch diesen Zick-Zack-Kurs verlor die Wirtschaftsreform erheblich an Schwung und ließ jede Transformationsstrategie zur Makulatur werden. Die von Pawlow ergriffenen Maßnahmen erwiesen sich lediglich als unkoordinierter Aktionismus, der keine krisenüberwindende Stabilisierung einzuleiten vermochte.⁶²

Der sowjetische Ökonom Grigori Jawlinski, der als neoliberaler Wirtschaftsreformer maßgeblich am „Programm der 500 Tage“ mitgeschrieben hatte, erklärte später in einem Interview, Gorbatschow hätte keinerlei Ahnung von der Wirtschaft gehabt. „Er wollte ein bisschen Marktwirtschaft. Aber so funktioniert das nicht. Ebenso wenig wie ‚ein bisschen schwanger‘ funktioniert.“⁶³

Schon 1990 war die sowjetische Mangelökonomie in eine tiefe Versorgungskrise gestürzt. Immer mehr Waren – darunter nun wichtige Nahrungsmittel – verschwanden aus den Geschäften. Nur humanitäre Hilfslieferungen aus dem Westen verhinderten oftmals noch das Schlimmste.⁶⁴ Als im Sommer 1991 die letzten Devisenreserven aufgebraucht worden waren und die Sowjetunion damit unmittelbar vor dem Staatsbankrott stand, ging die Talfahrt in einen Absturz über. Im Juli 1991 bat Gorbatschow flehentlich um weitere Milliardenkredite, die ihm der Westen aber verweigerte, weil er kein schlüssiges Wirtschaftskonzept vorlegen konnte. Gorbatschows politische Freunde im In- und Ausland erschranken damals über das Wehklagen eines verzweiferten Mannes, dem die Kontrolle über sein

.....

61 Zum Aufstieg der Schocktherapie und des Neoliberalismus vgl. Philipp Ther: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014.

62 Brown (wie Anm. 15), S. 248–258.

63 Vgl. Ignaz Lozo: Der Putsch gegen Gorbatschow und das Ende der Sowjetunion, Köln 2014, S. 33.

64 Im Sommer 1990 gründete sich z.B. in Deutschland die zivilgesellschaftliche Initiative „Helft Russland“, der die Bundesbürger bis Jahresende rund 800 Mio. Mark für humanitäre Zwecke spendeten. Das war die bis dahin größte Spendenaktion der bundesdeutschen Geschichte. Vgl. Lozo (wie Anm. 63), S. 32 u. 425, Anm. 21.

59 Alec Nove: An Economic History of the U.S.S.R., 1917–1991, London 1992, S. 418f.

60 Zum Wettstreit der Reformmodelle und zum Zick-Zack-Kurs Gorbatschows vgl. Hanson (wie Anm. 49), S. 218–235.



Die SED-Führung um Gorbatschow und Ryžkov 1991. Ratlosigkeit angesichts der wirtschaftlichen Notlage. Die Sowjetunion steht 1991 vor dem Staatsbankrott.
Foto: ullstein bild – SPUTNIK

Land sichtbar entglitten war und der den Überblick und den Anschluss an die Entwicklungen der Zeit längst verloren hatte.⁶⁵ Mit der sich immer weiter zuspitzenden Wirtschaftsmisere schlug die ökonomische Perestroika in eine Katastroika⁶⁶ um.⁶⁷ Sie bürdete den Nachfolgern Gorbatschows nicht nur eine schwere ökonomische Erbmasse auf; der wirtschaftliche Kollaps mutete den Sowjetbürgern vor allem auch viele Entbehrungen und große Not zu.⁶⁸

.....

65 Lozo (wie Anm. 63), S. 36.

66 Der Begriff Katastroika ist erstmals von einem sowjetischen Dissident in Umlauf gebracht worden. Vgl. Alexander Sinowjew: *Katastroika: Gorbatschows potjemkinsche Dörfer*, Frankfurt 1988. Danach wurde es in der Sowjetunion zum geflügelten Wort. In der Forschung wird es wiederholt für die Zeit nach 1989 verwendet. Vgl. Philip Hanson: *From Stagnation to Catastroika. Commentaries on the Soviet Economy, 1983–1991*, New York 1992; Klaus Gestwa: *Katastroika und Super-GAU. Die Nuklearmoderne in Zeiten von Tschernobyl und Fukushima*, in: Katharina Kucher, Gregor Thum und Sören Urbansky (Hg.): *Stille Revolutionen. Die Neuformierung der Welt seit 1989*, Frankfurt/Main 2013, S. 57–72.

67 Klaus Gestwa: *Sicherheit in der Sowjetunion 1988/89. Perestrojka als missglückter Tanz auf dem zivilisatorischen Vulkan*, in: Matthias Stadelmann/Lilia Antipow (Hg.): *Schlüsseljahre. Zentrale Konstellationen der mittel- und osteuropäischen Geschichte. Festschrift für Helmut Altrichter zum 65. Geburtstag*, Stuttgart 2011, S. 449–467.

68 Neutatz (wie Anm. 31), S. 521–526.

Im historischen Rückblick zeigt sich, dass Gorbatschow und sein Team die zuvor aufgeschobenen ökonomischen Anpassungs- und Modernisierungsprobleme zwar durchaus zutreffend diagnostiziert hatten, sie es jedoch nicht vermochten, ein kohärentes Wirtschaftsprogramm zu erarbeiten und es auch konsequent umzusetzen. Ihre in Angriff genommenen Reformpakete blieben stets Stückwerk. Wirtschaftshistoriker sprechen von einem „konfusen“ und „chaotischen Prozess“.⁶⁹ Statt Lösungen auf den Weg zu bringen, schufen die inkonsequenten Maßnahmen oftmals nur weitere Probleme und forcierten damit den Abwärtstrend.⁷⁰ Während der sechsjährigen Regierungszeit Gorbatschows entwickelte sich der von der Breschnew-Generation hinterlassene ökonomisch marode Sozialismus darum zu einem bankrotten Sozialismus. ■

.....

69 Vgl. z.B. Hanson (wie Anm. 49), S. 194 f.

70 Manfred Hildermeier: *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*. München 1998, S. 1042.

Władysław Bartoszewski, der Brückenbauer

Ein persönlicher Rückblick auf das Lebenswerk eines großen Polen

von Nina Kozłowski



Władysław Bartoszewski auf einem Porträt aus dem Jahr 2007

Foto: Forum/Süddeutsche Zeitung Photo

In seinen autobiografischen Betrachtungen gab Władysław Bartoszewski dem Kapitel, in dem er seine Inhaftierung nach Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 und die Festsetzung zusammen mit zahlreichen anderen Oppositionellen im Internierungslager Jaworze bei Drawsko beschreibt, den Titel „Es lohnt sich anständig zu sein“.¹ Mit einem spitzbübischen Lächeln fügte er dem häufig noch hinzu: „Es lohnt sich, ehrlich zu sein, obwohl es sich nicht immer auszahlt. Es zahlt sich aus unehrlich zu sein, aber es lohnt sich nicht.“ Dies ist gewissermaßen die Quintessenz eines langen, erfahrungsreichen Lebens.

Jugendzeit

Władysław Bartoszewski wurde am 19. Februar 1922 in Warschau geboren. Er wuchs in einer recht typischen Warschauer Mittelschichtsfamilie auf – sein Vater war Bankangestellter, seine Mutter besuchte nach dem Abitur die Handelsschule und arbeitete später als Buchhalterin.

Bartoszewski legte seine Abiturprüfung im Mai 1939 an einer katholischen Privatschule ab. Die ihn damals prägenden Erfahrungen und seine Zukunftsvorstellungen fasste er 1987 in seiner Vorlesung anlässlich des Geschwister-Scholl-Gedenktages an der Ludwig-Maximilians-Universität München in folgende Worte: „Ich gehöre der Generation an, deren Jugend in die Zeit des Zweiten Weltkrieges fiel, also derselben Generation, der auch Hans und Sophie Scholl, Alexander Schmorell, Christoph Probst, Willi Graf und die meisten anderen jungen Leute angehörten, die mit der Studentengruppe der „Weißen Rose“ verbunden waren. Meine Lehrer aber, die damals mein Denken und meine Weltsicht mitzugestalten versuchten und die sicherlich meine spätere Handlungsweise beeinflussten, gehörten zu der Generation von Professor Kurt Huber. Ich interessierte mich für Literatur und Geschichte. Meine Kollegen und ich lasen wahrscheinlich die gleichen Standardwerke der europäischen Literatur, die die Geschwister Scholl, Alexander Schmorell, Christoph Probst und Willi Graf tief beeindruckt studierten. Wir glaubten an die Zukunft Europas und zweifelten nicht an der Richtigkeit christlicher Ideale. Wir lebten in der schlichten Überzeugung, dass wir durch unser Studium, durch Selbstbildung, Fleiß und Ehrgeiz bei der Gestaltung einer besseren Zukunft für unser Volk und unseren Staat

Polen würden mitwirken können, wobei wir aber Europa nicht aus dem Blick verlieren wollten. Wir sahen darin nämlich keinen Widerspruch.“²

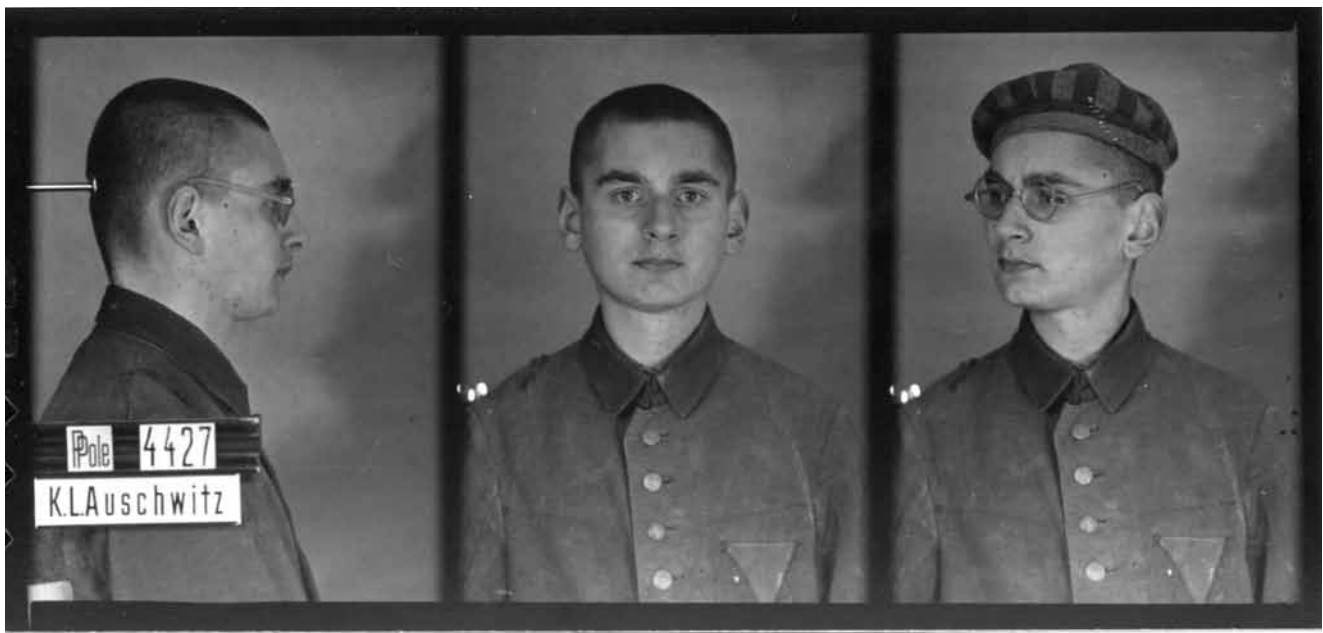
Der 1. September 1939 veränderte alles. Es herrschte Krieg. Alle Zukunftspläne waren hinfällig. Für den militärischen Dienst war Bartoszewski noch zu jung und aufgrund seiner starken Kurzsichtigkeit auch nicht wirklich geeignet. Er wollte sich jedoch nützlich machen und betätigte sich als Sanitätshelfer bei der zivilen Verteidigung Warschaus. Später fand er eine Anstellung beim Roten Kreuz. Bei einer SS-Razzia, die sich gegen polnische Intellektuelle in Warschau richtete, wurde Bartoszewski am 19. September 1940 verhaftet und am 22. September in einer Gruppe von 1705 Gefangenen in das Konzentrationslager Auschwitz verbracht. Es handelte sich um den sogenannten „Zweiten Warschauer Transport“. Die Häftlinge erhielten die Nummern 3.821 bis 4.959 und 4.961 bis 5.526. Auf Bartoszewski fiel die Nummer 4.427.³ Beim Morgenappell wandte sich Lagerführer Karl Fritzsch an „den Zugang“, wie die neu eingelieferten Häftlinge im Lagerjargon hießen. Er sagte: „Schaut dort, der Kamin. Schaut, das ist das Krematorium. Ihr geht alle ins Krematorium. 3.000 Grad heiß. Der Kamin ist der einzige Weg ins Freie.“⁴ Diese Szene verfolgte Bartoszewski jahrelang und erschreckte ihn so, dass er – nach eigener Aussage – selbst im Traum noch bleich geworden sei.

1 Władysław Bartoszewski: Herbst der Hoffnungen. Es lohnt sich anständig zu sein, hg. v. Reinhold Lehmann, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 1983, S. 9–17.

2 Władysław Bartoszewski: Kein Frieden ohne Freiheit. Betrachtungen eines Zeitzeugen am Ende des Jahrhunderts, hg. v. Nina Kozłowski, Baden-Baden 2000, S. 137.

3 Władysław Bartoszewski: Mein Auschwitz, übers. v. Sandra Ewers u. Agnieszka Grzybkowska, Paderborn 2015, S. 11–27.

4 Ebd., S. 28.



Registrierungsaufnahmen Władysław Bartoszewskis im Konzentrationslager Auschwitz
Foto: Archivsammlung des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau in Auschwitz/Oświęcim

Mitte Dezember kam Bartoszewski völlig geschwächt mit hohem Fieber, einer Lungenentzündung, diversen Furunkeln und Ekzemen sowie Erfrierungen in den „Krankensbau“, das Lagerkrankenhaus. Die Aufnahme erfolgte durch Ärzte, die selbst Häftlinge waren. Einer dieser Ärzte, Dr. Edward Nowak, entschied, dass er bleiben durfte. Zwei Pfleger, die ebenfalls aus Warschau kamen, Witold Kazimierzak und Stanisław Tyliński, kümmerten sich um ihn. Erst sehr viel später verstand Bartoszewski die Beweggründe, die Dr. Nowak veranlasst hatten ihm eine Chance zu geben – er war jung, er sollte gerettet werden, um Zeuge zu sein.⁵ Dr. Nowak gehörte dem geheimen Widerstandsnetz im Konzentrationslager Auschwitz an, das insbesondere im Lagerkrankenhaus tätig war.⁶ Später wurde er in das Konzentrationslager Majdanek verlegt, wo er am 24. Dezember 1942 an Typhus starb.⁷ Dr. Nowaks Überlegungen sollten schon bald aufgehen – am 8. April 1941 wurde Bartoszewski zusammen mit neun anderen Häftlingen, drei aus Warschau und sechs aus Oberschlesien, entlassen. Bartoszewski hatte großes Glück, denn Entlassungen aus dem Konzentrationslager waren selten und willkürlich.⁸

5 Ebd. Bartoszewski (wie Anm. 3), S. 58.

6 Józef Garliński: *Oświęcim walczący* (Kämpfendes Auschwitz), London 1974, S. 45–63.

7 Ebd., S. 280.

8 Bartoszewski (wie Anm. 1), S. 56; Eugen Kogon, *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*, München¹⁰ 1979, S. 281–285.

Sein Gesundheitszustand war sehr schlecht. Hilfe kam von Dr. Wacław Bernhardt, einem von einem Mithäftling empfohlenen Arzt, der es verstand die notwendigen Medikamente zu beschaffen, was im besetzten Warschau nicht einfach war. Mit der Hilfe einer benachbarten Krankenschwester, die ihn pflegte, gelang es Bartoszewski nach mehreren Wochen, wieder einigermaßen auf die Beine zu kommen.

Zeugnis ablegen

In dieser langen Zeit der Rekonvaleszenz besuchte ihn Hanna Czaki regelmäßig. Sie war Pfadfinderin und – was Bartoszewski damals nicht wusste, aber ahnte – tief eingebunden in die Widerstandsbewegung. Hanna kümmerte sich um alltägliche Dinge. Aber sie sprachen auch darüber, was an den verschiedenen Kriegsfrenten und im Generalgouvernement geschah. Da sie sich seit langem kannten, begann Bartoszewski ihr vertrauensvoll über das Erlebte zu erzählen – seine Eltern wollte er damit nicht belasten. Hanna notierte alles. Er selbst konnte nicht schreiben, weil beide Hände verbunden waren. Hanna leitete seinen Bericht an die entsprechenden Stellen im polnischen Widerstand. Im August 1942 erschien im polnischen Untergrund eine Broschüre unter dem Titel *„Oświęcim. Pamiętnik więźnia“* (Auschwitz. Erinnerungen eines Häftlings). Sie beruhte zum großen Teil auf Bartoszewskis Bericht, wenngleich nicht ausschließlich, denn es flossen auch Aussagen anderer Zeugen ein. Um die Informations-

quellen zu schützen hatte der Text die Form einer literarischen Reportage. Am Ende stirbt die Hauptfigur, der Erzähler. Es handelte sich um die erste Untergrundpublikation über das Konzentrationslager Auschwitz.⁹ Damit begann auch Bartoszewskis Tätigkeit als Chronist, die er als Verpflichtung gegenüber denjenigen verstand, die Krieg, Verfolgung und Lagerhaft nicht überlebt hatten.



Porträt aus dem Jahr 1944
Foto: Forum/Süddeutsche Zeitung Photo

Es brauchte seine Zeit, bis sich Bartoszewski nicht nur gesundheitlich erholte, sondern auch zu sich fand. Hilfreich war dabei die Aufnahme eines Polonistikstudiums im Untergrund im Herbst 1941. Dies war nur konspirativ möglich, denn nach dem Willen der nationalsozialistischen Besatzer wurden alle weiterführenden Schulen und Universitäten geschlossen, weil jungen Polen keine Bildung zukommen sollte. Deshalb wurde im Unter-

grund ein geheimes Unterrichtswesen aufgebaut, an dem sich viele Lehrer, Dozenten und Professoren beteiligten. Bartoszewski drängte es zur aktiven Mitarbeit im Widerstand. Die Untergrundorganisationen waren sehr vorsichtig gegenüber entlassenen oder sogar geflüchteten Häftlingen. Es galt auszuschließen, dass diese unter Beobachtung der Gestapo standen oder gar selbst Informanten waren und somit eine potentielle Gefahr für Mitstreiter darstellten. Deshalb erfolgte die Aufnahme in eine Widerstandsgruppe erst nach einer gewissen Karenzzeit, in der der Anwärter genauestens überprüft wurde. Bartoszewski wurde im August 1942 in die Heimatarmee¹⁰ aufgenommen. Unter anderem wurde er im Informationsbüro der Hauptkommandantur der Heimatarmee eingesetzt, wo es zu seinen Aufgaben gehörte, Material über Terrorakte zu sammeln und zu analysieren. Dabei ging es ihm vor allem darum, die Opfer vor dem Vergessen zu bewahren.¹¹ Er leugnete später nicht, dass das Erlebte in ihm manchmal eine tiefe Abneigung gegenüber allen Deutschen hervorrief. Erst die Begegnung mit der Schriftstellerin Zofia Kossak und Pater Jan Zieja führten zu einer Überprüfung dieses Standpunktes. Die Predigttexte des Bischofs von Münster, Clemens August Graf Galen, die in den polnischen Untergrund durchsickerten, machten nachdenklich. In den bereits erwähnten konspirativen Seminaren und Studentenzirkeln wurde darüber diskutiert, „was für eine Krankheit der Hass war, mit dem die Menschen durch den von Hitler begonnenen Krieg infiziert wurden. Ich wiederhole: Wir glaubten daran, dass die Deutschen verlieren, und das erfüllte uns mit Befriedigung. Aber langsam begannen wir zu begreifen, dass damit keine kollektive Abneigung gegenüber einem anderen Volk einhergehen darf.“¹² Es sind diese Fragen und Gedanken, die viele Menschen in solchen extremen Lebenssituationen umgetrieben haben. Adam Kozłowiecki, S.J. erwähnt in seinen auf Geheiß der Ordensoberen nach dem Krieg verfassten Erinnerungen folgende Szene aus dem Konzentrationslager Dachau: Einer seiner Mithäftlinge fluchte und schwor blutige Rache. Kozłowiecki versuchte ihn erfolglos zu besänftigen. Schließlich fragte er: „Findest du, dass die SS-Männer Schweine sind?“ Wütend antwortete dieser: „Natürlich!“ Darauf ich: „Da sind wir uns einig, aber wenn auch du dasselbe tun wirst, wie sie, dann wirst du auch

9 Bartoszewski (wie Anm. 3), S. 81 f., 114–164.

10 Die Heimatarmee war die militärisch organisierte, der polnischen Exilregierung in London unterstellte Widerstandsbewegung im besetzten Polen.

11 Bartoszewski (wie Anm. 3), S. 86–89.

12 Ebd., S. 95.

ein Schwein sein und die Welt wird wohl besser aussehen, wenn es auf ihr ein Schwein gibt und nicht zwei.‘ Jener zuckte nur mit den Schultern und sagte: ‚Mit dir kann man nicht reden.‘“¹³

Uns eint vergossenes Blut

Angesichts des wachsenden Terrors der ersten Kriegsmo-nate, dem alle im besetzten Polen ausgesetzt waren, ließen sich die wahren Absichten der Nationalsozialisten gegen-über den Juden nicht sogleich in ihrem vollem Ausmaß erkennen. Die Lage spitzte sich zu, als im Laufe der Jahre 1940–1941 in zahlreichen Städten sogenannte „geschlos-sene jüdische Wohnbezirke“, also Ghettos geschaffen wur-den, in denen katastrophale Lebensbedingungen herrschten. In der Verordnung des Generalgouverneurs Hans Frank vom 15. Oktober 1941 heißt es in §4b: „Juden, die den ihnen zugewiesenen Wohnbezirk unbefugt verlas-sen, werden mit dem Tode bestraft. Die gleiche Strafe trifft Personen, die solchen Juden wissentlich Unterschlupf ge-währen.“¹⁴ Eine Vorschrift, die übrigens nur im besetz-ten Polen galt, und auch rigoros durchgeführt wurde.



Das nach dem Aufstand von den Deutschen völlig zerstörte Warschauer Ghetto, 1943

Foto: ap/dpa/picture alliance/Süddeutsche Zeitung photo

13 Adam Kardinal Kozłowiecki: *Ucisk i strapienie (Unterdrückung und Gram)*, Krakau 32008, S. 544 f. Kardinal Kozłowiecki verbrachte über fünf Jahre in Haft, zunächst im Gefängnis, dann in Auschwitz und schließlich in Da-chau. Nach dem Krieg setzte er sich für eine Aussöhnung mit Deutschland ein und nahm 1960 an der Einweihung der Todesangst-Christi-Kapelle auf dem Gelände des ehemaligen KL Dachau teil.

14 Zit. nach Władysław Bartoszewski: *Aus der Geschichte lernen?*, München 1986, S. 220.

Im Sommer 1942 begannen die Besatzungsbehörden die berüchtigten Beschlüsse der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 über die „Endlösung der Judenfrage“ planmäßig in die Tat umzusetzen und die Bewohner der Ghettos zwangsweise in die Vernichtungslager zu evakuie-ren. Diese dramatischen Ereignisse konnten auf der „ari-schen“, der polnischen Seite der Ghettomauer nicht unbe-achtet bleiben. Die katholische Widerstandsorganisation „Front der Wiedergeburt Polens“ gab Anfang August 1942 in Warschau ein Flugblatt mit dem Titel „Protest“ heraus. Darin heißt es: „Die Welt schaut auf dieses Verbre-chen, das schrecklicher ist, als alles, was die Geschichte bis-her kannte, und schweigt. [...] Die dahingemordeten Juden sind umgeben von Menschen, die allesamt wie Pilatus ihre Hände in Unschuld waschen. Dieses Schweigen kann nicht länger geduldet werden. Auf welche Beweggründe auch immer es sich berufen mag – es ist niederträchtig. Angesichts eines Verbrechens darf man nicht gleichgültig bleiben. Wer angesichts eines Morde schweigt, wird zum Helfershelfer der Mörder. Wer nicht verurteilt, der lässt geschehen.“¹⁵ Mit diesem Flugblatt, das Bartoszewski tief bewegte, begann das „jüdische Kapitel“ in seinem Leben und die enge Zusammenarbeit mit Zofia Kossak, die dieses Flugblatt – natürlich unter Pseudonym – verfasst hatte.¹⁶

Bei der Fülle der Probleme reichte individuelle Hilfe nicht mehr aus, zumal im besetzten Polen allgemein Man-gel herrschte und auf die Hilfe für Juden die Todesstrafe stand. Zofia Kossak und ihre Mitstreiter sahen die Not-wendigkeit einer Koordinierung der Hilfsmaßnahmen und einer Unterstützung durch die polnische Exilregie-rung in London, um dem Vorhaben organisatorische und beständige Formen zu verleihen. 1942 glaubte niemand mehr an ein baldiges Ende des Krieges und so war es klar, dass es sich um eine längerfristige Aktion handeln musste, die das ganze Gebiet des Generalgouvernements umfassen sollte. Am 27. September 1942 kam es zur Gründung des Hilfsrats für Juden unter dem Kryptononym „Żegota“. Über die sich auftürmenden Probleme, vor denen der Hilfsrat stand, sagt Bartoszewski: „Ich war an dieser Hilfe beteiligt, und daher weiß ich, von welchen Überlegungen wir uns in der Alltagsarbeit leiten ließen. Wir versammeln uns in einem Zimmer und diskutieren, was in konkreten Fällen zu tun ist. Und wir haben kein Rezept, denn bisher hat keiner je im Leben so etwas gemacht. Es gibt keine Lehr-bücher und keine Fachleute für das Verbergen von Men-

15 Zit. nach ebd., S. 223 f.

16 Bartoszewski (wie Anm. 1), S. 71.

schen unter den Bedingungen des Völkermords. Es gab keine Heilmittel oder Ratschläge, keinerlei Sicherheitsgrundsätze außer dem nüchternen Verstand.“¹⁷

Die zu bewältigenden Aufgaben waren ungeheuer groß. Für die Flüchtlinge aus den Ghettos musste eine sichere Unterkunft gefunden werden, sie mussten mit Lebensmitteln und eventuell mit Medikamenten versorgt werden. Außerdem brauchten sie eine neue, „arische“ Identität und entsprechende falsche Papiere. Unter den Bedingungen von Krieg und Besatzung ein schwieriges Unterfangen. Dennoch war es ein Versuch – trotz aller damit verbundener Gefahren – angesichts der unfassbaren Tragödie der Juden nicht tatenlos zu bleiben. Im Vorwort zu „Wer ein Leben rettet, rettet die ganze Welt“ schreibt Bartoszewski: „Eine der schlimmsten Gefahren für das Zusammenleben der Menschen sind die Gleichgültigkeit und der Opportunismus. Sie sind oft böser als das Böse. In ihnen liegen die Wurzeln des Bösen. Das gilt sowohl für den Privatbereich als auch für die Politik. Vielleicht ist viel mehr politisch im Leben, als wir ahnen. Vielleicht ist die Gleichgültigkeit der Grund dafür, warum durch zu starke Anpassungsfähigkeit so viel Leiden in der Welt ist. Auf der Welt ist der Mensch das Wichtigste. Wir sind erst auf dem Weg, das zu begreifen.“¹⁸

Achtung der Menschenwürde als Grundvoraussetzung für den Frieden

Nach Meinung von Marek Edelman, einem der führenden Köpfe der jüdischen Kampforganisation und einem der wenigen Überlebenden des Aufstands im Warschauer Ghetto (19.04.–16.05.1943), haben seine Mitstreiter, die in diesem ungleichen Kampf ihr Leben ließen, die Menschenwürde verteidigt. Die Pflicht derjenigen aber, die überlebt haben, ist es, das Andenken an jene zu bewahren und das Wissen über das Geschehene an die folgenden Generationen weiterzugeben.¹⁹

Bartoszewski ist dieser Pflicht mit vollem Einsatz nachgegangen, was sich auch später in seinem umfangreichen

Werk niederschlug. In der Heimatarmee war er neben der Hilfe für Juden und für polnische Häftlinge im Informationsbüro tätig und sammelte Material über alle Vorkommnisse, schrieb Berichte, die an die polnische Exilregierung in London gingen und arbeitete mit in der Redaktion des größten Untergrundblattes der Heimatarmee, des *Biuletyn Informacyjny* (Informationsbulletin). Während der 63 Tage des Warschauer Aufstands (01.08.–02.10.1944) war er im Stadtzentrum in einer Rundfunkstation des Oberkommandos der Heimatarmee tätig. Es handelte sich um einen internen Sender für die Übermittlung von Nachrichten zwischen den einzelnen Stadtteilen. Informiert wurde über alles, was in der Stadt geschah, in welchen Straßen z.B. ein Durchkommen möglich war – wichtige Informationen, um Opfer zu vermeiden. Nach der Niederwerfung des Aufstands gelang es Bartoszewski durch eine List einer Verhaftung zu entgehen und er schlug sich nach Krakau durch, wo er seine Arbeit in der Heimatarmee fortführte. Nach Warschau kehrte er Mitte Februar 1945 zurück – in eine völlig zerstörte Stadt. Die Wohnung mitsamt einer umfangreichen Bibliothek niedergebrannt, die Familie zerstreut. Er versuchte in der neuen, durch die Beschlüsse von Jalta festgelegten Wirklichkeit Fuß zu fassen.



Denkmal für die Armia Krajowa (Heimatarmee) in Warschau
Foto: ullstein bild – CARO/Andreas Bastian

17 Der Hilfsrat für Juden „Żegota“ 1942–1945. Auswahl von Dokumenten, hg. v. Andrzej Krzysztof Kunert, eingeleitet durch ein Interview von Andrzej Friszke mit Władysław Bartoszewski, Warschau 2002, S. 25; vgl. auch Władysław Bartoszewski: Uns eint vergossenes Blut. Juden und Polen in der Zeit der „Endlösung“, Frankfurt/Main 1987.

18 Władysław Bartoszewski: Wer ein Leben rettet, rettet die ganze Welt. Die Erfahrung meines Lebens, hg. v. Reinhold Lehmann, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 1986, S. 10.

19 Władysław Bartoszewski/Marek Edelman: I była dzielnica żydowska w Warszawie (Und es gab einen jüdischen Wohnbezirk in Warschau), Warszawa 2010, S. 46f.

Eine Zeitlang wirkte er in der Hauptkommission für die Untersuchung nationalsozialistischer Verbrechen und als freier Journalist, hauptsächlich für die oppositionelle Polnische Bauernpartei. Dies und die Zugehörigkeit zur Heimatarmee waren nicht nach dem Geschmack der neuen kommunistischen Machthaber in Warschau. Am 15. November 1946 wurde Bartoszewski verhaftet, angeblich wegen Spionage. Es kam jedoch zu keinem Prozess und am 10. April 1948 wurde er entlassen. Am 14. Dezember 1949 erfolgte eine erneute Verhaftung. Erst im Mai 1952 kam es zum Prozess und der Verurteilung zu acht Jahren Haft wegen Spionage für eine ungenannte Macht. Am 16. August 1954 wurde er aus gesundheitlichen Gründen entlassen – nach Stalins Tod waren erste Vorboten eines „Taufwetter“ zu spüren. Im März 1955 wurde er als unschuldig anerkannt. Im Herbst 1970 setzten erneut Repressalien ein und Bartoszewski wurde mit mehrjährigem Publikationsverbot belegt. Nach Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 wurde er wiederum verhaftet und bis zum 28. April 1982 interniert. Nach der Entlassung aus der Internierung schrieb er an seinen deutschen Freund Reinhold Lehmann: „Selbstverständlich bin ich derselbe, ich habe nichts unterschrieben und nichts zugesagt. In der weiteren Aktivität werde ich mein Leben nur nach meinem Gewissen und meinem Verstand richten.“²⁰ Dies darf wohl als seine Lebensmaxime angesehen werden.

Seit 1957 wirkte er als ständiger Mitarbeiter der katholischen Wochenschrift *Tygodnik Powszechny* (Allgemeine Wochenzeitung), schrieb Bücher, war im polnischen PEN-Club als langjähriger Generalsekretär und später auch als Präsident aktiv, hielt als Gastprofessor Vorlesungen an der katholischen Universität Lublin, war Mitglied der Solidarność und hatte zwischen 1983 und 1990 verschiedene Gastprofessuren an den Universitäten München, Eichstätt und Augsburg inne, um nur die wichtigsten Tätigkeitsfelder zu nennen.

Ganz neue Möglichkeiten eröffneten sich für Bartoszewski nach dem Umbruch des Jahres 1989. Im September 1990 wurde er Botschafter der Republik Polen in Wien und blieb dies bis März 1995. Von März 1995 bis Dezember 1995 und erneut von Juni 2000 bis Oktober 2001 bekleidete er das Amt des polnischen Außenministers. Von November 2007 bis zu seinem Tod am 24. April 2015 war er als Staatssekretär und Bevollmächtigter des Premierministers in Angelegenheiten des internationalen Dialogs insbesondere für Kontakte zu Deutschland und Israel zuständig.



Władysław Bartoszewski mit seiner Frau Zofia bei einem privaten Besuch des Münchner Tierparks Hellabrunn, August 1984
Foto: Letycja Kozłowski

Bei einem solchen Lebenslauf und solchen Erfahrungen ist es nicht verwunderlich, dass Menschenwürde, Freiheit und Frieden einen besonderen Stellenwert einnehmen. Dies bedeutet jedoch nicht Frieden und Freiheit um jeden Preis. Wäre Bartoszewski im stalinistischen Gefängnis auf das ihm nahe gelegte Angebot einer Zusammenarbeit eingegangen, hätte er sich manche Ungemach erspart und kurzfristige Vorteile erlangt, aber auf Kosten anderer, die er hätte verraten müssen. Kann es Frieden und Freiheit auf Kosten anderer geben? Wo bliebe dann die Würde des Menschen?



Władysław Bartoszewski begleitet als Außenminister der Republik Polen Bundeskanzler Helmut Kohl mit Gattin bei einem Besuch der KZ-Gedenkstätte Auschwitz, 1995.
Foto: ullstein bild/Reuters

.....
20 Nachwort v. Reinhold Lehmann, in: Bartoszewski/Edelman (wie Anm.19), S. 133.



Bundespräsident Richard von Weizsäcker gratuliert Władysław Bartoszewski zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, Frankfurt am Main, Oktober 1986
Foto: ullstein bild – dpa

Als Bartoszewski 1986 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt, sagte er in seiner Dankesrede: „Nie wurde in Europa so viel wie heute vom Frieden gesprochen, von der Notwendigkeit des Friedens, von der Verteidigung des Friedens, von der Friedensliebe. Manchmal drängt sich die Angst auf, dass in der Flut der Äußerungen und Deklarationen, Beschwörungen und Parolen zu diesem Thema der wahre – also der tiefere – Sinn des eigentlichen Begriffes verloren geht. Es entsteht geradezu der Verdacht, dass es in vielen Fällen mehr um eigene Ruhe und Bequemlichkeit geht, als um den Frieden, und dass der Begriff des Friedens ein Gegenstand der Manipulation geworden ist. Wir bedienen uns seiner immer häufiger, aber wir denken immer seltener über die Bedingungen nach, die zu erfüllen sind, um Frieden zu einem gemeinsamen Begriff für die gesamte zivilisierte Menschheit zu machen. Dabei hat doch einer der größten deutschen Geister des 20. Jahrhunderts, Karl

Jaspers, hier in der Paulskirche in seiner Friedenspreisrede drei Grundsätze formuliert, deren Tiefe und Einfachheit im Lichte heutiger Erfahrungen noch deutlicher sind als 1958: „Erstens: Kein äußerer Friede ist ohne den inneren Frieden der Menschen zu halten. Zweitens: Friede ist allein durch Freiheit. Drittens: Freiheit ist allein durch Wahrheit.“²¹

Die Erfahrung zweier Diktaturen, die das 20. Jahrhundert prägten, lehrt, dass jede Form von Hass nur neuen Hass erzeugt und damit neue Aggressionen und Unfrieden. An sich eine Binsenweisheit, und dennoch ein Problem, das uns weiterhin beschäftigt. Es gehört Mut dazu, um sich aus dieser Spirale zu befreien, Mut, das Verbindende zu suchen und aufeinander zuzugehen. Insofern gehört zum Frieden auch Mut.

.....

21 Bartoszewski (wie Anm. 2), S. 115f.

Deutsch–polnischer Dialog

Um das Verbindende zu finden muss man sich kennen, mehr voneinander wissen, sich nicht von Vorurteilen leiten lassen. Bald nach seiner Entlassung aus dem stalinistischen Gefängnis im August 1954 stieß Bartoszewski auf weitere Informationen über die Geschwister Scholl, die „Weiße Rose“ und Bischof Graf Galen. Dies führte zu Reflexionen über den zerstörerischen Einfluss von Totalitarismen auf das Schicksal des Einzelnen. Bartoszewski überlegte, dass Hans Scholl, nicht viel älter als er, während seines Wehrmachtdienstes in Polen in Warschau gewesen und sie sich auf der Straße begegnet sein könnten. Trotz einer – wie wir heute wissen – ähnlichen geistigen Einstellung wäre es nicht möglich gewesen ins Gespräch zu kommen. Zwischen beiden klaffte ein Abgrund. Ein Abgrund, der stets Begleitelement einer Diktatur und eines Totalitarismus ist. Menschen werden zu Schachfiguren, die ihrer Individualität beraubt werden sollen.²² Solche Überlegungen bestärkten in Bartoszewski die Auffassung, dass Dialog ungeheuer wichtig sei. Ähnliche Einstellungen fand er in der Redaktion des *Tygodnik Powszechny*, der er seit 1957 angehörte.

Während des sogenannten „Taufwitters“ 1956 kam es auch in Polen zu einer gewissen politischen Lockerung. Es entstanden die „Clubs der Katholischen Intelligenz“ und nach dreijähriger Zwangspause durfte die katholisch-liberale *Tygodnik Powszechny* wieder erscheinen. Hier sammelten sich Menschen, die eine Alternative und eine intellektuelle Nische suchten gegen das staatlich diktierte Denkmodell. Von daher zeichnete sich die Gruppe um *Tygodnik Powszechny* durch große Offenheit aus. Verständlicherweise war die Redaktion deshalb Anlaufstelle für vorsichtige informelle Gespräche mit Deutschen. Die ersten Kontakte bestanden mit Vertretern der „Aktion Sühnezeichen“. Es folgten Begegnungen mit Mitgliedern der Deutschen Sektion von „Pax Christi“ und des Maximilian-Kolbe-Werkes. Um die deutschen Gäste kümmerte sich meistens Bartoszewski und konnte so nicht nur diverse Kontakte knüpfen, sondern auch Einblick gewinnen in die herrschende Stimmungslage in Deutschland. Die sechziger Jahre sind eine Zeit des Anstoßes reger Aktivitäten in den deutsch-polnischen Beziehungen, insbesondere durch die Denkschrift der EKD vom 1. Oktober 1965 und den Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe vom 18. November und 5. Dezember 1965 am Ende des II. Vatikanischen Konzils. Da aber das Reisen ins westliche

Ausland für Bürger der Volkrepublik Polen nur erschwert möglich war, konnte Bartoszewski erst im Mai 1965 Deutschland zum ersten Mal besuchen. Er reiste auf Einladung der Zeitschrift „Dokumente“ an, die sich hauptsächlich mit deutsch-französischen Themen im europäischen Kontext beschäftigte – also eine für die polnischen Passbehörden genügend unverfängliche Einladung, sodass die Reise genehmigt wurde. In den Jahren 1969, 1975 und 1976 folgten weitere Reisen nach Deutschland und in den achtziger Jahren mehrere längere Aufenthalte als Gastprofessor an bayerischen Hochschulen. Bartoszewski nutzte diese Reisen zu intensiven Gesprächen und vielen Begegnungen, hielt Vorträge und nahm an Diskussionen, auch mit Schülerinnen und Schülern, teil. Dabei war ihm stets der Gedankenaustausch wichtig, um einander näher zu kommen. Seine Beschäftigung mit der neuesten Geschichte war nicht Selbstzweck, sondern auf die Zukunft ausgerichtet. Die Kenntnis der Geschichte soll uns vor Rückfällen in Hass und Barbarei bewahren, soll uns deutlich machen, wie brüchig und gefährdet die moderne Zivilisation ist, in der Freiheit und friedliches Zusammenleben der Menschen nicht selbstverständlich sind, sondern stets aufs Neue erarbeitet werden müssen. Dieser auf die Zukunft hin gerichtete Blick ist vielleicht der Grund, weshalb ihm die Arbeit mit Studenten in Lublin und vor allem auch in Bayern so viel Freude bereitete.

Diesen historisch geschulten Blick auf die Zukunft konnte Bartoszewski in ganz anderer Form zur Anwendung bringen, als er nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Polen 1989 politische Ämter übernahm.

Ein wichtiger Moment war, als Bartoszewski als Außenminister der Republik Polen in Bonn am 28. April 1995 während der Sondersitzung von Bundestag und Bundesrat anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes eine vielbeachtete Rede hielt. Er bezog sich dabei auf die zehn Jahre zurückliegende, wegweisende Rede Richard von Weizsäckers vom 7. Mai 1985. In seinem historischen Exkurs ging Bartoszewski auch auf das schmerzliche Thema des Heimatverlustes ein. Er sagte: „Während des Krieges und nach seiner Beendigung mussten Millionen von Menschen ihre Heimat verlassen. Für viele Polen waren dies Gebiete jenseits des Bug und für viele Deutsche östlich von Oder und Neiße. [...] Ich möchte es offen aussprechen, wir beklagen das individuelle Schicksal und die Leiden von unschuldigen Deutschen, die von den Kriegsfolgen betroffen wurden und ihre Heimat verloren haben.“²³

22 Władysław Bartoszewski: O Niemcach i Polakach. Wspomnienia. Prognozy. Nadzieje (Über Deutsche und Polen. Erinnerungen. Prognosen. Hoffnungen), hg. v. Rafał Rogulski u. Jan Rydel, Kraków 2010, S. 36 f.

23 Bartoszewski (wie Anm. 2), S. 163 f.

In seinen weiteren Ausführungen erklärt Bartoszewski: „Die gemeinsame Geschichte von Polen und Deutschen ist eine schwierige Geschichte. Wir müssen möglichst schnell jene Zeit aufholen, die durch Misstrauen, Verachtung, Feindschaft und Krieg verlorengegangen ist. [...] Die Erfahrungen meines Lebens, die Erfahrungen eines Brückenbauers geben mir gewiss das Recht dazu, hier und heute folgenden Appell zu formulieren: für ein rasches Handeln und Nutzen der riesigen Chance, die sich beiden Völkern für die Annäherung, die Harmonisierung der politischen Interessen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil bietet.“²⁴ Dies ist gewissermaßen ein Vermächtnis. Es liegt an uns, dieses mit Leben zu füllen.



Eines der letzten öffentlichen Bilder Władysław Bartoszewskis bei einer Geburtstagsfeier in Warschau, Februar 2015
Foto: Włodzimierz Krygier

Ehrungen

Für sein rastloses Engagement erhielt Bartoszewski zahlreiche Preise, Auszeichnungen und Orden. 1963 pflanzte er im Namen des Hilfsrats für Juden, *Żegota*, zusammen mit Maria Kann in der „Allee der Gerechten“ in Yad Vashem einen Baum und erhielt die Medaille „Gerechter unter den Völkern der Welt“. Im Juli 1991 wurde ihm die Ehrenbürgerschaft Israels zuerkannt. Von den wichtigsten deutschen Ehrungen seien genannt: der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1986; das Große Kreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (1991); der Romano-Guardini-Preis (1995); das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (1997); der Bayerische Verdienstorden (2015).

Bartoszewskis autobiografischen Betrachtungen „Herbst der Hoffnungen“ ist als Motto ein Zitat aus Antoine de Saint-Exupérys „Stadt der Wüste“ vorangestellt:

„Ich sage dir: Es gibt keine göttliche Amnestie, die dir das Werden erspart! Du möchtest sein: Du wirst nur in Gott sein: Er wird dich in seine Scheune einbringen, nachdem du langsam durch deine Handlungen geworden und geknetet sein wirst; denn der Mensch braucht lang zum Geborenwerden.“²⁵ 🌄

24 Ebd., S.167 f.

25 Bartoszewski (wie Anm. 1), S. 7.

Europäische Erinnerungspolitik

Bestandsaufnahme und Perspektiven

von Markus J. Prutsch ¹



Die mythologische Grundlage für den Namen des Kontinents, namentlich die Sage von Zeus und Europa, wurde vielfach künstlerisch thematisiert, hier in einer Variante von François Boucher aus dem Jahr 1747; Louvre, Paris.

Foto: Picture alliance/Heritage-Images

¹ Europäisches Parlament, Generaldirektion für Interne Politikbereiche. Die hier vertretenen Auffassungen geben ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder und entsprechen nicht notwendigerweise der offiziellen Position des Europäischen Parlaments.

Die Frage nach einer „europäischen Identität“ stellt sich heute angesichts der multiplen Krisen, denen sich der Kontinent und vor allem die Europäische Union (EU) gegenübersehen, in besonderer Dringlichkeit. Ein potentiell wirkungsmächtiges Element politischer Identitätsstiftung ist ein gemeinsames „historisches Gedächtnis“, worunter eine – wie auch immer im Einzelnen geartete – Form der kollektiven Erinnerung an die Vergangenheit verstanden werden kann.² Indem es dazu beiträgt, die Vergangenheit festzuhalten, zu ordnen und „verstehbar“ zu machen, dient historisches Gedächtnis der Sinnstiftung und Gemeinschaftsbildung, insbesondere im Falle rascher Wandlungsprozesse in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur.

Zugleich aber erweist sich das Konzept eines „historischen Gedächtnisses“ als diffizil. Zwei Herausforderungen ergeben sich bereits unmittelbar aus dem Begriff selbst: erstens die Notwendigkeit eine grundlegend individuelle Fähigkeit, nämlich das Erinnern, zu kollektivieren; zweitens die Überbrückung der Kluft zwischen Geschichte als Wissenschaft, die sich darauf beruft, auf dem Prinzip der Objektivität und der Verarbeitung von Fakten zu beruhen, und dem Erinnern als von Natur aus subjektivem Vorgang.³ Jeder Form von „historischem Gedächtnis“ wohnt deshalb auch immer eine subjektive Komponente inne, da die Wahl der Art und Weise, wie man sich der Vergangenheit erinnert, notwendigerweise mit Werturteilen einhergeht. Dementsprechend ergibt sich eine dezidiert funktionale Rolle von historischem Gedächtnis, auch und insbesondere im politischen Kontext.

Die Thematisierung von Geschichte und die Erinnerung daran ist ein weit verbreitetes Phänomen der Politik, und in gewisser Weise unabdingbar für jedwedes politisches System, zumal die Verortung der Gegenwart nicht zuletzt durch Bezug auf die Vergangenheit erfolgt. Ein immanentes Risiko besteht indes darin, dass Erinnerung zum Spielball ideologischer Auseinandersetzung, gegebenenfalls auch zum Instrument einer absichtlichen Missdeutung oder Fälschung von Geschichte, gemacht wird. Umso mehr gilt dies, als Geschichtspolitik ihrem Wesen nach immer auch mehr oder minder explizit auf Legitimierung – oder umgekehrt Infragestellung – eines Status

Quo ausgerichtet ist: „Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft. Wer die Gegenwart beherrscht, beherrscht die Vergangenheit.“⁴

Dieses Diktum aus George Orwells „1984“ bringt das vielfach historisch genutzte Potential einer Politisierung und Instrumentalisierung von Geschichte treffend auf den Punkt, und es verweist zugleich auf die große Verantwortung der Herrschenden nicht nur für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft, sondern auch den gewissenhaften Umgang mit der Vergangenheit.

Dies gilt ebenfalls für die europäische politische Ebene, auf der sich kollektives historisches Erinnern besonderen Rahmenbedingungen und Herausforderungen gegenüberstellt. Diese sollen im Folgenden in knapper Form thematisiert werden, indem

- 1) zunächst ein Abriss der besonderen Herausforderungen bei der Schaffung eines gesamteuropäischen historischen Gedächtnisses und eine Darstellung aktueller politischer Initiativen der Europäischen Union erfolgt;
- 2) danach bestehende Dilemmata europäischer Politik in diesem Feld Thematisierung finden;
- 3) schließlich darauf aufbauend der Versuch unternommen wird, Entwicklungsperspektiven zukünftiger europäischer Erinnerungspolitik zu skizzieren.⁵

Europäisches historisches Erinnern:

Herausforderungen und politische Initiativen

„Ist ein europäisches kollektives Gedächtnis möglich?“ lautete der Titel eines kurzen Zeitschriftenartikels aus dem Jahr 1993,⁶ und diese damals gestellte Frage erscheint heute angesichts der allenthalben auszumachenden Desintegrations- und Renationalisierungstendenzen innerhalb der Europäischen Union aktueller denn je. Debatten über kollektive Formen des Erinnerns an die Vergangenheit sind im aktuellen wissenschaftlichen, öffentlichen und politischen Diskurs weit verbreitet. Zugleich stellt sich auf dem europäischen Kontinent mit seiner vielfältigen und in mancherlei Hinsicht problematischen Geschichte ein gemeinsames historisches Gedächtnis als besonders komplex dar – einerseits angesichts des schieren Pluralismus bestehender historisch-kultureller Erfahrungen, die auf europäischer Ebene zusam-

4 George Orwell: 1984, Frankfurt/Main 1982, S. 34.

5 Die nachstehenden Darlegungen folgen im Wesentlichen den – dort etwas detaillierteren – Ausführungen in Markus J. Prutsch: Europäisches Historisches Gedächtnis: Politik, Herausforderungen und Perspektiven, Brüssel 2015.

6 Gérard Namer: „Une mémoire collective européenne est-elle possible?“, in: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie/Revue suisse de sociologie/Swiss Journal of Sociology 19 (1993), S. 25–32.

2 Sofern nicht anders spezifiziert, werden im Rahmen dieses Aufsatzes „Gedächtnis“ und „Erinnerung“ weitgehend synonym verwendet.

3 Pierre Nora hat diese Kluft einmal wie folgt charakterisiert: „Gedächtnis trennt, Geschichte eint.“ Pierre Nora: „Nachwort“, in: Deutsche Erinnerungsorte. Band III, hg. von Etienne Francois und Hagen Schulze, München 2001, S. 681–686, Zitat S. 686.



Als schwierig erweist sich bis heute der Umgang mit Europas kolonialer Vergangenheit, hier eine Darstellung, die spanische Conquistadoren unter Führung von Hernando Cortes (1485–1547) beim Angriff auf Eingeborene in Mexiko zeigt.

Foto: ullstein bild/Heritage Images/Ann Ronan Picture

mengeführt werden wollen, andererseits aufgrund dessen, dass sich kollektives historisches Gedächtnis traditionell in enger Wechselwirkung mit individuellen Staats- oder Nationsbildungsprozessen entwickelt hat und nicht ohne Weiteres auf eine supranationale Ebene gehoben werden kann. Drei für das Nahverhältnis von Nation beziehungsweise Nationalstaat und kollektivem historischem Gedächtnis charakteristische und eine Universalisierung erschwerende Elemente lassen sich nennen:

- I. Es besteht insofern eine unmittelbare Verbindung zwischen historischem Gedächtnis und der jeweiligen Nation(sbildung), als bestimmte Ereignisse der Vergangenheit als Initialzündung oder zentrale Orientierungspunkte der nationalen Entwicklung angesehen werden, oder bestimmte negative oder traumatische Erfahrungen der Vergangenheit als Kontrast zur Gegenwart und zu ihrer Rechtfertigung dienen.
- II. Historisches Gedächtnis ist auf spezifische Ereignisse in der Vergangenheit, weniger „Geschichte“ in ihrer vollumfänglichen Komplexität und Vielschichtigkeit fokussiert, wodurch die Zugänglichkeit für ein breiteres Publikum erst ermöglicht, zugleich aber die Komplexität von nationaler Geschichte nachhaltig reduziert und diese essentialisiert wird.

- III. Damit zusammenhängend tendiert historisches Gedächtnis dazu, die eigene Geschichte zu überhöhen und einer Mythenbildung Vorschub zu leisten, mittels derer die Vergangenheit einer Nation zu einem quasi-sakralen Objekt wird.

Bereits auf nationaler Ebene gestaltet sich historische Gedächtnisbildung aufgrund des fortdauernden Bestehens vielfältiger kultureller, sozialer oder bildungsbezogener gesellschaftlicher Differenzen, die oft nur durch die Rhetorik von „Gemeinschaft“ und der „einen Nation“ verdeckt werden, als keine einfache Aufgabe. In einem supranationalen Kontext wie dem europäischen erweist sich die Wahrnehmung der Vergangenheit umso heterogener, und die Schwierigkeiten eines kollektiven Gedächtnisses oder auch nur der Bestimmung gemeinsamer historischer Wendepunkte vervielfältigen sich.

Angesichts dessen bieten sich grundsätzlich drei Alternativen für eine europäische Erinnerungspolitik an:

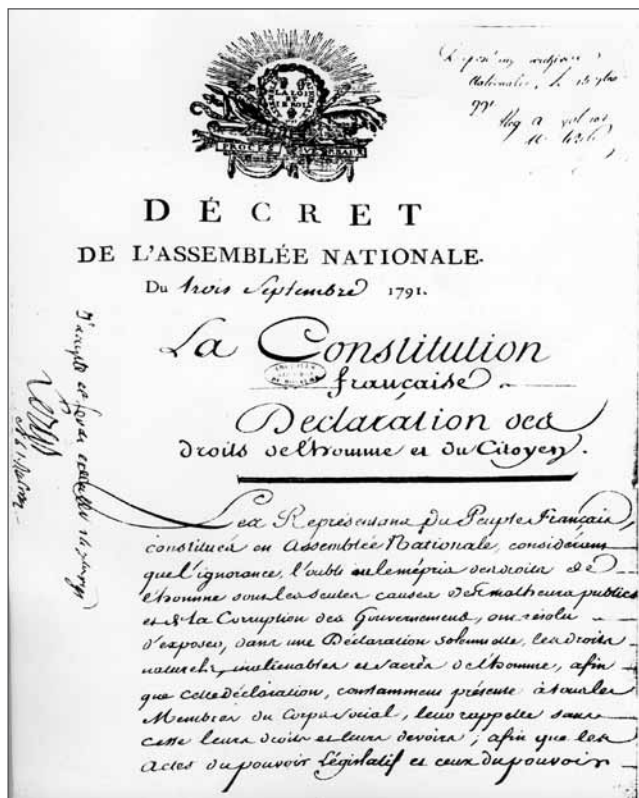
- I. Anerkennung der Verschiedenheit und Parallelität nationaler Gedächtniskulturen gemäß dem Motto der Europäischen Union, „In Vielfalt geeint“, ohne weitergehende Ambition einer originär europäischen Erinnerungskultur;

- II. Beförderung eines gemeinsamen europäischen Gedächtnisses basierend auf weit gefassten Topoi wie zum Beispiel „Demokratie“ oder „Freiheit“ und einem tendenziell unverbindlichen Charakter;
- III. Forcierung eines kollektiven europäischen Gedächtnisses auf der Grundlage klar definierter historischer Wegmarken und entsprechender Verbindlichkeit.

Letzteres steht im Mittelpunkt jüngerer politischer Initiativen in Europa. Versuche, bestehende nationale kollektive Identitäten und Erinnerungen durch eine transnationale Komponente zu ergänzen, um dem europäischen Projekt zusätzliche Legitimität zu verleihen, wurden seitens der politischen Eliten seit den Anfängen der europäischen Integration unternommen. Doch während europäisches „(Kultur-)Erbe“ im weitesten Sinne,⁷ der Zweite Weltkrieg

als Initialzündung der europäischen Integration⁸ und die Errungenschaften der Integration selbst als traditionelle Referenzpunkte dienten, hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten ein konkreter Fokus herausgebildet, der die spezifische Erinnerung an den Holocaust einerseits, die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts – insbesondere Nationalsozialismus und Stalinismus – andererseits in den Mittelpunkt gedächtnispolitischer Bemühungen stellt.

Ihren Ausdruck finden diese gedächtnispolitischen Bemühungen in verschiedenen bewusstseinsbildenden Initiativen seit den 1990er Jahren, vor allem durch das Europäische Parlament. So gab das Europäische Parlament nach vorangegangenen Entschlüssen über Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus⁹ und im Gefolge der Erklärung des Internationalen Forums von Stockholm über den Holocaust (26.–28. Januar 2000)¹⁰ im Juli 2000 etwa eine Erklärung zur Erinnerung an den



Titelseite des Dekrets der französischen Nationalversammlung mit der Erklärung der Menschenrechte, 3. September 1791

Abbildung: ullstein bild

7 Siehe beispielsweise das „Dokument über die europäische Identität“, das am 14. Dezember 1973 auf dem Gipfel von Kopenhagen von den europäischen Staats- und Regierungschefs angenommen wurde. In: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Dezember 1973, Nr. 12, S. 118–122. Zu jüngeren europäischen Maßnahmen in diese Richtung zählt das „Europäische Kulturerbe-Siegel“, und auch die Initiative „Kulturhauptstadt Europas“ nimmt die Idee eines bestehenden gemeinsamen, wenn auch verschiedenartigen europäischen Erbes auf.

8 Siehe hierzu etwa die Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950. Die Erklärung selbst folgte auf eine lange zurückreichende Denktradition, die für eine europäische (Kon-)Föderation zur Überwindung von Nationalismus argumentierte. Vgl. auch Winston Churchills vielzitierte Forderung nach Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“ in einer Rede an der Universität Zürich am 19. September 1946.

9 Siehe insbesondere: „Entschließung des Europäischen Parlaments zu Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, 27. Oktober 1994“, in: Amtsblatt der Europäischen Union C 323 vom 21.11.1994, S. 154 ff.; „Entschließung des Europäischen Parlaments zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, 27. April 1995“, in: Amtsblatt der Europäischen Union C 126 vom 22.05.1995, S. 75 ff.; „Entschließung des Europäischen Parlaments zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, 27. Oktober 1995“, in: Amtsblatt der Europäischen Union C 308 vom 20.11.1995, S. 140–142; „Entschließung des Europäischen Parlaments zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und zum Europäischen Jahr gegen Rassismus, 30. Januar 1997“, in: Amtsblatt der Europäischen Union C 55 vom 24.02.1997, S. 17–22; „Entschließung des Europäischen Parlaments zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Europäischen Union, 29. Dezember 2000“, in: Amtsblatt der Europäischen Union C 377 vom 29.12.2000, S. 366–375.

10 Während des Stockholmer Internationalen Holocaust-Forums (Stockholm International Forum on the Holocaust) wurde eine gemeinsame Erklärung angenommen, die als Gründungsdokument der Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research (ITF) – seit Januar 2013 International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) – als intergouvernementaler Organisation diente. Die Erklärung betonte die Wichtigkeit, „die schreckliche Wahrheit über den Holocaust gegenüber denjenigen, die ihn verleugnen“, zu bewahren (Artikel 3) und die Erinnerung an den Holocaust als einen „Prüfstein unseres Verständnisses der Fähigkeit des Menschen zu guten und bösen Taten“ (Artikel 2) wachzuhalten. Die Erklärung forderte mehr Unterricht und Bildung in Sachen Holocaust (Artikel 5), und brachte die Verpflichtung ihrer Unterzeichner zum Ausdruck, den „Opfern des Holocaust zu gedenken und jene zu ehren, die sich gegen ihn gestellt haben“, sowie „in unseren Ländern geeignete Formen der Erinnerung an den Holocaust, einschließlich eines jährlichen Tags der Erinnerung an den Holocaust, zu unterstützen“ (Artikel 6). Die Erklärung ist auf der Website der IHRA zu finden: <http://www.holocaustremembrance.com/about-us/stockholm-declaration>.



Der Wiener Kongress (1814/15) gilt als wichtige „Station“ in der Geschichte des Kontinents, spielt in der Erinnerungspolitik auf europäischer Ebene aber nur eine sehr untergeordnete Rolle. Das Bild zeigt Kaiser Franz I. von Österreich, Zar Alexander I. von Russland, den preußischen König Friedrich Wilhelm III., sowie Lord Castlereagh und Talleyrand als englische und französische Delegationsführer, umringt von ihren Stäben.

Foto: ullstein bild – Imago

Holocaust heraus,¹¹ in der letzterer als einzigartiges historisches Ereignis erklärt wurde, das „die Grundfesten der Zivilisation fundamental erschüttert hat und nie aus dem kollektiven Gedächtnis gelöscht werden darf“.¹²

In der EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zum Gedenken an den Holocaust sowie zu Antisemitismus und Rassismus von 2005¹³ wurde erneut auf die einzigartige Bedeutung des Holocaust hingewiesen. Es fand Betonung, „dass die von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrations- und Vernichtungslager

zu den abscheulichsten und schmerzlichsten Seiten der Geschichte unseres Kontinents gehören“, und „dass die in Auschwitz begangenen Verbrechen im Gedächtnis künftiger Generationen weiterleben müssen, als Warnung vor einem solchen Völkermord, der seine Wurzeln in der Verachtung anderer Menschen, in Hass, Antisemitismus, Rassismus und Totalitarismus hat“.¹⁴ Das Europäische Parlament forderte daher den Rat, die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, „insbesondere bei jungen Menschen das Bewusstsein für die Geschichte und die Lehren aus dem Holocaust“ zu schärfen. Vorgeschlagen wurde unter anderem, dass „die Aufklärung über den Holocaust und die Unionsbürgerschaft als Pflichtthemen in die Lehrpläne der Schulen in der gesamten Europäischen Union aufgenommen werden“, dass „gewährleistet wird,

11 „Erklärung des Europäischen Parlaments zum Wachhalten der Erinnerung an den Holocaust, 7. Juli 2000“, in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 121 vom 24.04.2001, S. 503 f.

12 Ebd., Erwägung A.

13 „EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zum Gedenken an den Holocaust sowie zu Antisemitismus und Rassismus, 27. Januar 2005“, in: Amtsblatt der Europäischen Union C 253 E vom 13.10.2005, S. 37 ff.

14 Ebd., Erwägung B.

dass die Behandlung des Zweiten Weltkriegs im Schulunterricht in den 25 EU-Ländern mit äußerster historischer Genauigkeit erfolgt“, und dass „der 27. Januar [...] zum Europäischen Holocaustgedenktag erklärt wird“. ¹⁵ Letzteres wurde auf internationaler Ebene durch die Resolution 60/7 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 1. November 2005 verwirklicht, mit der ein besonderer Gedenktag für die Opfer des Holocaust eingeführt wurde. ¹⁶

In den Jahren 2008/2009 arbeitete das Europäische Parlament aktiv darauf hin, den Holocaustgedenktag durch einen Europäischen Tag zum Gedenken an die Opfer des Stalinismus und des Nationalsozialismus zu ergänzen. Im Gefolge unter anderem der Resolution 1481 des Europarates betreffend der „Notwendigkeit der internationalen Verurteilung von Verbrechen totalitärer kommunistischer Regime“ (25. Januar 2006) ¹⁷ forderte die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum „Gewissen Europas und zum Totalitarismus“, ¹⁸ den 23. August – den Tag der Unterzeichnung des Molotow-Ribbentrop-Pakts im Jahr 1939 – „zum europaweiten Gedenktag an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime“ zu erklären. ¹⁹

In der Entschließung, die die bisher deutlichste Positionierung des Europäischen Parlaments zur Frage eines europäischen historischen Gedächtnisses darstellt, wird eingeräumt, „dass völlig objektive Auslegungen historischer Tatsachen nicht möglich sind“ und „dass keine politische Institution und keine Partei ein Monopol für die Auslegung der Geschichte“ besitzen sollte, weshalb „offizielle politische Auslegungen historischer Fakten“, die „durch Mehrheitsbeschlüsse von Parlamenten auf-



Der Erste Weltkrieg wurde von dem britischen Diplomaten und Historiker George Kennan als „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Ob zu Recht oder nicht, so hat diese Deutung der europäischen Geschichte unzweifelhaft großen Einfluss entfaltet. Das Bild zeigt Truppen der 7. deutschen Armee während der Offensive über die Aisne (Soissons – Chemin des Dames), Ende Mai 1918.

Foto: ullstein Bild

gezwungen werden“, Ablehnung finden. ²⁰ Gleichzeitig betont das Europäische Parlament jedoch, „dass die Erinnerung an die tragische Vergangenheit Europas wach gehalten werden muss, um die Opfer zu ehren, die Täter zu verurteilen und die Fundamente für eine Aussöhnung auf der Grundlage von Wahrheit und Erinnerung zu legen“, ²¹ wobei erklärt wird, „dass die dominierende historische Erfahrung Westeuropas der Nazismus war“, während „die Länder Mittel- und Osteuropas sowohl den Kommunismus als auch den Nazismus erfahren haben“. ²² Die Errungenschaften der europäischen Integration nach dem Krieg werden als direkte Antwort und reale Alternative für „das Leiden [...], das von zwei Weltkriegen und der Tyrannei des Nationalsozialismus verursacht wurde, die zum Holocaust sowie zur Ausbreitung totalitärer und undemokratischer kommunistischer Regime in Mittel- und Osteuropa führten“, beschrieben. ²³ Es wird indes argumentiert, „dass Europa erst dann vereint sein wird, wenn es imstande ist, zu einer gemeinsamen Sicht seiner Geschichte zu gelangen, Nazismus, Stalinismus und

15 Ebd., Artikel 5.

16 „Resolution der Generalversammlung zum Gedenken an den Holocaust (A/RES/60/7)“, 1. November 2005. In der Resolution zum Internationalen Holocaustgedenktag, der jährlich am 27. Januar zum Gedenken an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau durch die sowjetische Armee im Jahr 1945 begangen wird, wurde jedes Mitglied der Vereinten Nationen dazu aufgefordert, die Erinnerung an den Holocaust zu fördern, und die Entwicklung eines auf dessen Geschichte zugeschnittenen Bildungsprogramms befürwortet.

17 Siehe http://www.coe.int/t/d/Com/Dossiers/PV-Sitzungen/2006-01/Entschl_1481_kommunist.asp [Stand: 18.02.2016].

18 „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus, 2. April 2009“, in: Amtsblatt der Europäischen Union C 137 vom 27.05.2009, S. 25 ff.

19 Ebd., Artikel 15. Diese besondere Aufforderung in der Entschließung aus dem Jahr 2009 folgte auf die „Erklärung des Europäischen Parlaments zur Ausrufung des 23. August zum Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus“ vom September 2008. In: Amtsblatt der Europäischen Union C 8 E vom 14.01.2010, S. 57 ff.

20 EP 2009 (wie Anm. 18), Erwägungen A–C.

21 Ebd., Erwägung F.

22 Ebd., Erwägung H.

23 Ebd., Erwägung I.

faschistische sowie kommunistische Regime als gemeinsames Erbe anerkennt und eine ehrliche und tiefgreifende Debatte über deren Verbrechen im vergangenen Jahrhundert führt“.²⁴ Dementsprechend wird in der Entschlie-ßung unterstrichen, „wie wichtig es ist, das Gedenken an die Vergangenheit wach zu halten, da es keine Aus-söhnung ohne Wahrheit und Erinnerung geben kann“,²⁵ und es wird gefordert, „weitere Bemühungen zu unter-nehmen, um den Unterricht über europäische Geschichte zu intensivieren und die historische Errungenschaft der europäischen Integration sowie den augenfälligen Gegen-satz zwischen der tragischen Vergangenheit und der fried-lichen und demokratischen Gesellschaftsordnung in der heutigen Europäischen Union herauszustellen“;²⁶ dies im Glauben, „dass eine angemessene Bewahrung der histo-rischen Erinnerung, eine umfassende Neubewertung der europäischen Geschichte und eine europaweite Anerken-nung aller historischen Aspekte des modernen Europa die europäische Integration stärken werden“.²⁷

Damit wurde im Jahre 2009 die bis heute bestim-mende Position des Europäischen Parlaments bezüglich der (politischen) Rolle und der konkreten Inhalte eines europäischen historischen Gedächtnisses konkretisiert – eine Position, die durch das Projekt eines „Hauses der europäischen Geschichte“ in Brüssel flankiert wird²⁸ und weitgehend mit jener der Kommission²⁹ und des Rates übereinstimmt. Dies erlaubt es, zumindest in Ansätzen von einer „Erinnerungspolitik der Europäischen Union“ zu sprechen.

Ausdruck dieser interinstitutionellen Übereinstimmung mit Blick auf europäisches historisches Gedächtnis ist nicht zuletzt das gemeinsam von allen drei Institutionen getra-gene Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“. Dieses wurde im Dezember 2006 durch den Beschluss 1904/2006/EG des Europäischen Parlaments und des

Rates ins Leben gerufen.³⁰ Das für den Zeitraum 2007–2013 angelegte Programm schuf den rechtlichen Rahmen zur Unterstützung einer breiten Palette von Aktivitäten und Organisationen, die „aktive europäische Bürgerschaft“ för-dern. Zu den dezidierten Zielen des Programms zählte „ein Verständnis für eine europäische Identität [zu] entwickeln, die auf gemeinsamen Werten, gemeinsamer Geschichte und gemeinsamer Kultur aufbaut“.³¹

Aufgrund seines Erfolgs wurde im April 2014 eine Neu-auflage des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bür-ger“ für die Periode 2014–2020 mit einem Gesamtbudget von knapp 185,5 Mio. EUR beschlossen,³² das unter ande-rem eine – nicht zuletzt auch finanzielle – Stärkung der auf die Schaffung eines „Europäischen Geschichtsbewusstseins“ gerichteten Elemente beinhaltet.³³ Erklärtes Ziel der in die-sem Bereich finanzierten Projekte ist die „stärkere Sensibi-lisierung für das Geschichtsbewusstsein, die gemeinsame Geschichte und gemeinsamen Werte der Union sowie für das Ziel der Union, den Frieden, die Werte der Union und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern“.³⁴

Bei allem erkennbaren politischen Willen jedoch, ein kollektives historisches Gedächtnis auf europäischer Ebene nicht nur mit Worten und Absichtserklärungen, sondern auch konkreten Programminitiativen zu beför-dern, erweist sich die Politik der Europäischen Union kei-neswegs konflikt- und spannungsfrei und mit einer Reihe von Dilemmata konfrontiert. Auf diese und sich daraus ergebende mögliche Entwicklungsperspektiven wird im Folgenden eingegangen.

30 „Beschluss Nr. 1904/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft (2007–2013)“, in: Amtsblatt der Europäischen Union L 378 vom 27.12.2006, S. 32–40.

31 Ebd., Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b.

32 „Verordnung (EU) Nr. 390/2014 des Rates vom 14. April 2014 über das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ für den Zeitraum 2014–2020“, in: Amtsblatt der Europäischen Union L 115 vom 17.04.2014, S. 3–13.

33 Die mangelnde Mittelausstattung insbesondere von Aktion 4 „Aktive europä-ische Erinnerung“ war auch bereits eine der Hauptkritikpunkte der Zwischen-evaluation des Vorgängerprogramms im Jahr 2010 gewesen. Ecory: Interim Evaluation of the Europe for Citizens Programme 2007–13: Final Report, Birmingham 2010. Siehe auch den Abschlussbericht über die Wirkung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (Europäische Kommission, Generaldirektion Kommunikation: Measuring the impact of the Europe for Citizens Programme, Brüssel 2013). Neben der finanziellen Dimension zeigt sich die gewachsene Bedeutung von historischem Gedächtnis im neuen Pro-gramm auch daran, dass „Europäische Geschichtsbewusstsein“ nun einer von nur noch zwei – statt früher vier – Programmbereichen ist. Der andere trägt den Titel „Demokratisches Engagement und Bürgerbeteiligung“.

34 Rat 2014 (wie Anm. 32), Anhang.

24 Ebd., Erwägung K.

25 Ebd., Artikel 3.

26 Ebd., Artikel 9.

27 Ebd., Artikel 10.

28 Die Einrichtung eines „Hauses der europäischen Geschichte“ wurde vom Europäischen Parlament seit 2007 aktiv vorangetrieben. Die offizielle Er-öffnung ist für das Spätjahr 2016 vorgesehen.

29 Siehe zum Beispiel den Bericht der Kommission an das Europäische Par-lament und den Rat von 2010 über „Maßnahmen zum Gedenken an die Verbrechen totalitärer Regime in Europa“ (COM(2010) 783 endg.). Der Bericht liefert nicht nur eine klare Zusammenstellung der Agenda der Kommission zur Förderung historischen Gedächtnisses, sondern auch eine Übersicht über die Finanzinstrumente, die grundsätzlich für die Erinne-rung an die totalitären Regime in Europa zur Verfügung stehen.



Symbol des geschichtlichen „Nullpunkts“ Europas: das ehemalige Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau

Foto: ullstein bild/Fotograf: Spiegel

Dilemmata der EU-Gedächtnispolitik

Die Dilemmata heutiger EU-Gedächtnispolitik manifestieren sich im Wesentlichen in dreierlei Gestalt: der Parallelität konkurrierender „Erinnerungsrahmen“, der Forcierung eines teleologisch-reduktionistischen Geschichtsverständnisses sowie in fehlenden Anreizen zur kritischen Aufarbeitung von Geschichte auf nationalstaatlicher Ebene.

Parallelität konkurrierender „Erinnerungsrahmen“

Frühe Versuche europäischer Identitätsstiftung durch Bezug auf ein gemeinsames europäisches Erbe, die Weltkriege als Gründungsmoment des europäischen „Friedensprojektes“ und die Geschichte der europäischen Integration hatten sich als unzureichend für eine starke Identifizierung mit der Europäischen Union erwiesen, zumal sie nur sehr beschränkt mit bestehenden Gedächtniskulturen auf nationaler Ebene korrespondierten. Dementsprechend trat ab den 1990er Jahren der Bezug auf den Nationalsozialismus und insbesondere den Holocaust als das „schrecklichste aller Übel“, im Gegensatz zu denen europäische Zivilisation definiert werden sollte und musste, in den Mittelpunkt des EU-Diskurses. Doch während die Vorstellung der „Einzigartigkeit des Holocaust“ prägend für die Nachkriegskulturen Westeuropas

geworden war und Widerhall in den dortigen nationalen Gedächtniskulturen fand, stellte sich die Situation in Osteuropa mit seiner kommunistischen Vergangenheit grundlegend anders dar.

Dementsprechend wurde mit der Osterweiterung der Union ein neues Diskurselement in die Gedächtnispolitik der europäischen Institutionen eingeführt, das stalinistische Verbrechen und kommunistischen Terror auf eine Ebene mit den Schrecken des Nationalsozialismus stellte. Ausdruck dessen ist nicht nur die Entschließung des Europäischen Parlaments von 2005 über „Die Zukunft Europas 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg“, in dem das Leid der osteuropäischen Völker unter kommunistischer Herrschaft in wirkungsmächtiger Form auf die Agenda der Europäischen Union kam und das „Ausmaß [...] des Leidens, der Ungerechtigkeit und der dauerhaften gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Schwächung der eingeschlossenen Länder auf der östlichen Seite des späteren Eisernen Vorhangs“ anerkannt wurde.³⁵

.....

³⁵ „Entschließung des Europäischen Parlaments zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa am 8. Mai 1945, 12. Mai 2005“, in: Amtsblatt der Europäischen Union C 92 E vom 20.04.2006, S. 392 ff., Zitat Erwägung H.



In Prag erinnert ein Denkmal an die Opfer des Kommunismus: Figuren tauchen aus dem Nichts auf einer Treppe auf und verlieren sich wieder.
Foto: ullstein bild-Westend61/Fotograf: Valentin Weinhäupl

Vom erfolgten Wechsel hin zu einer gleichberechtigten Erinnerung an die Verbrechen sowohl des Nationalsozialismus als auch des Stalinismus legt auch die konkrete Ausgestaltung des Bereichs „Europäisches Geschichtsbeusstsein“ im Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ 2014–2020 Zeugnis ab, im Rahmen dessen „Initiativen gefördert werden [können], die sich mit den Ursachen für die totalitären Regime in der neueren Geschichte Europas (vor allem, aber nicht ausschließlich Nationalsozialismus, der zum Holocaust geführt hat, Faschismus, Stalinismus und totalitäre kommunistische Regime) und dem Gedenken an die Opfer beschäftigen“.³⁶

Der nach der Osterweiterung erkennbar gewordene Perspektivenwechsel indes war und blieb im Kern bis heute umstritten. Unterschiedliche Bewertungen der Erweiterung des Fokus eines europäischen historischen Gedächtnisses, das Stalinismus und Kommunismus explizit miteinbezieht, werden nicht nur entlang des politischen Links-Rechts-Spektrums, sondern auch zwischen westlichen und östlichen EU-Mitgliedstaaten deutlich. So kann die im Westen verbreitete Interpretation des Zweiten Weltkriegs als einem unter dem Banner der Freiheit und der Demokratie gegen Faschismus und Nationalsozialismus geführten Krieg von osteuropäischen Ländern nicht oder nur sehr eingeschränkt geteilt werden: 1945 mag zwar die Befreiung vom Nationalsozialismus markieren, steht gleichzeitig aber für den Beginn neuer – namentlich sowjetischer – Fremdherrschaft

und die Schaffung diktatorischer Regime. Umgekehrt bleiben angesichts des Fehlens vergleichbarer Erfahrungen mit kommunistischer Herrschaft in den alten EU-Mitgliedstaaten Nationalsozialismus und Holocaust bis heute prägend für deren Erinnerungskulturen.

Dementsprechend erscheint die auf EU-Ebene bemühte Formel von „Nationalsozialismus und Stalinismus als gleichwertige Übel“ letztlich weniger als Ausdruck eines gemeinsamen Bezugspunktes transeuropäischen historischen Erinnerns, denn vielmehr Umschreibung einer fortdauernden, teilweise rivalisierenden Parallelität unterschiedlicher Erinnerungsrahmen.

Forcierung eines teleologisch-reduktionistischen Geschichtsverständnisses

Die Bestimmung von Nationalsozialismus und Stalinismus als Hauptbezugspunkte für ein kollektives europäisches Gedächtnis ist einerseits nachvollziehbar, stellen die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts doch einen klaren Kontrast zu den im „europäischen Projekt“ verkörperten Idealen dar: Frieden, Freiheit und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten, oder das Recht auf individuelle Selbstbestimmung und Pluralismus. Andererseits ist dies insofern problematisch, als eine Sicht der Geschichte forciert wird, die Europas „dunkle Vergangenheit“ als Antipode seiner „glänzenden Gegenwart“ erscheinen lässt. Indem das heutige Europa als eine Art „vollendeter historischer Vernunft“ anmutet – gewissermaßen ein Kontinent nobler Traditionen, Institutionen und Prinzipien – wird ein eindimensionales Geschichtsverständnis befördert, das der Schaffung einer kritischen europäischen Öffentlichkeit abträglich ist. Nicht durch die Idealisierung des europäischen Integrationsprozesses seit den späten 1940er Jahren, sondern allein durch (selbst-)kritische Hinterfragung des weitverbreiteten Topos einer „fortgesetzten Erfolgsgeschichte“ kann eine fruchtbare Debatte über zukünftige Verbesserungen sinnvoll angestoßen werden.

Zudem erweist sich der Fokus auf Nationalsozialismus und Stalinismus insofern problematisch, als er europäische Geschichte im Wesentlichen zu einem Phänomen der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg macht. Dadurch wird nicht nur historische Komplexität auf unzulässige Weise reduziert, auch bleiben andere Epochen und fundamentale historische Erfahrungen außen vor, die für das Verständnis des zeitgenössischen Europa essentiell sind. So lässt sich etwa das Problem des radikalen Nationalismus nur schwerlich ohne das 18. und 19. Jahrhundert verstehen, und erscheint die Erfahrung von Kolonialismus und Imperialismus nicht weniger „europäisch“ als jene von Totalitarismus – gerade, wenn

.....
³⁶ Rat 2014 (wie Anm. 32), Anhang.

man bedenkt, dass Kolonialismus und Imperialismus sowie ihre Folgen für die Geschichte und vielfach auch Gegenwart praktisch aller europäischen Länder und Nationen prägend waren: sei es, dass sie selbst als Kolonial- oder Imperialmacht auftraten, sei es, dass sie unter der hegemonialen Fremdherrschaft einer anderen (europäischen) Macht standen.

Fehlende Anreize zur kritischen Aufarbeitung von Geschichte auf nationalstaatlicher Ebene

Die Reduktion von historischem Gedächtnis auf Nationalsozialismus und Stalinismus, die zu einem „negativen Gründungsmythos“ der EU erhoben werden, birgt darüber hinaus die Gefahr, Anreize zur kritischen Hinterfragung von Stereotypen und „heiligen Kühen“ nationaler Geschichte zu mindern und Debatten um gemeinsame europäische Verantwortung für die Vergangenheit in den Hintergrund zu drängen. „Vergangenheitsbewältigung“ auf supranationaler Ebene impliziert auch die Frage nach gemeinsamer Verantwortung für die Geschichte. Selbstredend ist es einfacher, eine europäische Dimension erkennen zu wollen, wenn auf positive Aspekte eines argumentierten europäischen Erbes abgehoben wird, zum Beispiel die Aufklärung. Doch wenn man unterstellt, dass die Aufklärung weniger ein speziell französisches, englisches oder deutsches, sondern vielmehr ein europäisches Erbe ist, sind dann nicht in gewissem Sinne auch die Weltkriege, die Shoah oder die Gulags europäisch?

Auch wenn Verantwortlichkeit niemals zu gleichen Teilen zugewiesen werden kann und darf, so scheinen dennoch ein kritischerer Ansatz und ein inklusiveres Verständnis von Verantwortung für die Vergangenheit, die den Nationalsozialismus nicht als ausschließlich deutsches, die Gulags nicht als allein sowjetisches Problem begreifen, und etwa nationale Legenden von heroischem Widerstand gegen Totalitarismus nicht unhinterfragt akzeptieren, zwingend nötig. Im wissenschaftlich-akademischen Bereich wurde bereits Erhebliches geleistet, gemeinsame europäische Verantwortung für historische Errungenschaften wie historisches Versagen aufzuzeigen. Auf den Ebenen der Politik und des öffentlichen Diskurses jedoch scheint der Reiz klarer Schwarz-Weiß-Schemata allzu verlockend, um in absehbarer Zeit an Bedeutung zu verlieren: Sie erlauben es, mit Verweis auf vermeintliche oder tatsächliche Schuld und historische Verfehlungen anderer (politisches) Kapital zu schlagen und sich zugleich kritischen Fragen nach der eigenen Vergangenheit zu entziehen.

Die weithin verbreitete Verknüpfung von historischem Gedächtnis und Moralität, so lässt sich konstatieren, erweist sich als höchst gefährliches Unterfangen, das, anstatt zu einer Aufarbeitung der Vergangenheit beizu-



Rom, 25. März 1957: Bundeskanzler Konrad Adenauer (5.v.l.) und Walter Hallstein, Staatssekretär im Bundeskanzleramt (6.v.l.), im Rathaus der italienischen Hauptstadt bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). Weitere Mitglieder waren Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten.

Foto: ullstein bild

tragen, den Nährboden für neue Konflikte schafft. Doch welchen Beitrag kann die europäische Ebene eingedenk des bislang Skizzierten realistischerweise zur Überwindung von Nationalisierung und politischer Instrumentalisierung von Erinnerung leisten? Dies führt zu einigen abschließenden Überlegungen zur möglichen zukünftigen Ausgestaltung europäischer Erinnerungspolitik.

Perspektiven transeuropäischer Erinnerungspolitik

Zusammenfassend lassen sich die bestehenden gedächtnis- und erinnerungspolitischen Initiativen der EU als durchaus ambitioniert und aktiv beschreiben, sie sind zugleich jedoch durch sehr spezifische historische Referenzen charakterisiert und verfolgen ein kaum verhülltes politisches Kalkül von Selbstlegitimierung und europäischer Identitätsbildung. So wie allen Versuchen, historisches Gedächtnis zu kollektivieren, sind auch und im Besonderen europäischen Bestrebungen in diese Richtung klare Grenzen gesetzt. Es erweist sich als schwierig, die Pluralität von bestehenden Erinnerungskulturen – nationalen, aber auch regionalen – auf übergeordneter Ebene auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Hinzu kommt die Divergenz zwischen fixen und mit einer quasi-universalen Deutung versehenen historischen Bezugspunkten wie dem Holocaust einerseits, den sich aus dem Wechsel der Generationen notwendig ergebenden Änderungen von historischem Bewusstsein und Prioritäten der Erinnerung andererseits. Vor diesem Hintergrund sind Versuche, ein statisches

historisches Gedächtnis quasi von oben zu oktroyieren, letztlich zum Scheitern verurteilt. Gewiss ist: Eine Erinnerungskultur, die keine hinreichende Verknüpfung zwischen der individuellen Erfahrung von Bürgerinnen und Bürgern einerseits und einer offiziellen Auslegung durch die Politik andererseits garantiert, kann nicht von Dauer sein. Nicht zuletzt an dieser zentralen Erkenntnis gilt es künftige politische Aktivitäten auf europäischer Ebene auszurichten.

Das Ziel von europäischer Erinnerungspolitik sollte die Entstehung eines informierten und belastbaren, aber auch selbstkritischen historischen Gedächtnisses sein. Hierfür scheint die Abwendung von der Idee einer fest definierten „Gedächtniskultur“ hin zu einer gemeinsamen, als prozesshaft und dynamisch zu verstehenden „Kultur des Erinnerns“ vielversprechend und notwendig.

Dabei ginge es zentral darum, von europäischer Seite aktives Engagement aller Nationalstaaten zu befördern, ihre je eigene Vergangenheit zu „bewältigen“, oder besser „aufzuarbeiten“ – ein Begriff, der passender scheint für die Beschreibung eines möglichst offenen Prozesses von gesellschaftlicher und politischer Arbeit an der Vergangenheit, nicht einer endgültigen Deutung der Vergangenheit.³⁷ Die Grundlage hierfür könnten gemeinsame europäische Werte und universalisierte Praktiken der Geschichtsaufarbeitung bilden. Anders ausgedrückt: Es ginge um keine homogenisierende Europäisierung der Inhalte unterschiedlicher kollektiver Erinnerungen, sondern vielmehr um eine Europäisierung von Einstellungen und Praktiken im Umgang mit höchst unterschiedlichen Vergangenheiten.³⁸

Gemeinsame europäische Werte, auf denen ein solches Unterfangen aufbauen könnte, sind Menschenwürde, Toleranz, Freiheit und Gleichheit, Solidarität und Demokratie; mit anderen Worten, das bereits bestehende Repertoire von Grundwerten, das sich als Kern der europäischen Integration herausgebildet hat und auch entsprechenden rechtlichen Niederschlag gefunden hat.³⁹ Im Einklang mit diesen

Werten stünde im Rahmen der angestrebten „Kultur des Erinnerns“ die Schaffung von offenen Diskussionsforen und die Entwicklung eines wechselseitigen Verständnisses, das bi- und multilaterale Aussöhnung erst ermöglicht, im Zentrum der Bemühungen. Ein derartiger Zugang impliziert nicht nur die Zurückweisung von Versuchen, Schuld und Leid zu quantifizieren und zu reihen oder ein Verbrechen gegen ein anderes aufzurechnen, sondern auch, schwierige Momente der eigenen Geschichte ohne Vorbehalte zu thematisieren. Vielversprechende Schritte in diese Richtung wurden bereits unternommen, etwa in Gestalt jener „Politik des Bedauerns“ in Europa und darüber hinaus, im Kontext derer politische Führer öffentlich Verantwortung für frühere Vergehen ihres jeweiligen Landes übernehmen und Abbitte zu leisten versuchen.⁴⁰

Das Ziel eines unvoreingenommenen Umgangs mit Geschichte verlangt letzten Endes auch die Abkehr von „historischer Wahrheit“ als einer absolut verstandenen Kategorie. Selbst in den Naturwissenschaften lässt sich nur nach einer „immer stärkeren Annäherung an die Wahrheit“ streben,⁴¹ und dies gilt in noch stärkerem Maße für die Geisteswissenschaften. Es mag historische Fakten geben, aber es gibt keine alleinige oder feststehende historische Wahrheit, zumal Wahrheit immer in Machtstrukturen eingebettet bleibt, gleichzeitig einen Teil dieser Machtstrukturen bildet und im Laufe der Geschichte ständigen Veränderungen unterworfen ist.⁴² Was heute als „Wahrheit“ angesehen wird, mag in der Zukunft durchaus als „Unwahrheit“ gelten, zugleich ist die Wahrheit des einen nicht notwendigerweise auch jene eines anderen. Vor diesem Hintergrund erscheint die autoritativ erfolgende Bestimmung der historischen Wahrheit ein vergebliches und gefährliches Unterfangen, da jeder derartige Versuch zwangsläufig polarisierend wirkt und mehr Probleme schafft, als er zu lösen vermag.

Entsprechend gilt es, die potentiellen Gefahren jedweder geschichtspolitischen Initiative zu erkennen, die auf eine gesetzgeberische Regelung von Vergangenheit und die Erinnerung daran zielt: Selbst wenn dahingehende Rechtsakte von den edelsten Motiven geleitet sein mögen,

37 Das Konzept „Aufarbeitung der Vergangenheit“ wurde vom deutschen Soziologen und Philosophen Theodor W. Adorno bereits in den 1950er Jahren geprägt, konkret im Zusammenhang mit Debatten über fortwirkende nationalsozialistische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Siehe insbesondere seinen Essay *The Meaning of Working through the Past* von 1959 (abgedruckt u.a. in Theodor W. Adorno: *Critical Models: Interventions and Catchwords*. New York, NY 1998, S. 89–103).

38 Jan-Werner Müller: „On ‚European Memory‘: Some Conceptual and Normative Remarks“, in: *A European Memory? Contested Histories and Politics of Remembrance*, hg. von Małgorzata Pakier und Bo Stråth, Oxford 2010, S. 25–37.

39 Diese Grundprinzipien der EU sind unter anderem in der Präambel der *Charta der Grundrechte der Europäischen Union* dargelegt. In: *Amtsblatt der Europäischen Union* C 326 vom 26.10.2012, S. 391–407.

40 Beispielfür für die „Politik des Bedauerns“, nicht zuletzt für die ihr innewohnende Symbolik, war der Kniefall von Warschau des deutschen Bundeskanzlers Willy Brandt im Jahr 1970 als Geste der Demut und der Entschuldigung gegenüber den Opfern des Aufstands im Warschauer Ghetto von 1943.

41 Erich Fromm: *Man from Himself: An Inquiry into the Psychology of Ethics*. London 1999 (Original 1947), S. 239.

42 Michel Foucault: *The Order of Things: An Archaeology of the Human Sciences*, London 1970.

so scheint der potentielle Schaden den Nutzen doch nicht aufwiegen zu können. Vielversprechender scheint die Schaffung beziehungsweise Stärkung einer kritischen Öffentlichkeit mittels einer Bildungspolitik, die mit der genannten „Kultur des Erinnerns“ korrespondiert – eine Kultur, die den Bürgerinnen und Bürgern in Europa nicht aufgezwungen werden kann, sondern persönlicher Einsicht und persönlichem Verständnis entspringen muss. Zentrale Aufgaben einer solchen Bildungspolitik sind:

- Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden für europäische Vielfalt in Vergangenheit und Gegenwart;
- Schaffung der Voraussetzungen, um die Geschichte des eigenen Landes möglichst objektiv und in weiteren Kontexten – europäisch wie global – thematisieren zu können;
- Ermutigung junger EuropäerInnen, sich aktiv an Diskussionen über Geschichte zu beteiligen und Geschichtsbeusstsein zu schärfen.

Zu diesem Zweck gilt es einen doppelten Schwerpunkt zu setzen, namentlich:

- I. bestehende Lehrpläne und Unterrichtsdidaktik dergestalt anzupassen, dass man sich von bislang dominierenden nationalgeschichtlichen Ansätzen zugunsten einer stärker europäischen und globalen Annäherung an Geschichte löst, und es jungen Europäern ermöglicht, durch offene und diskursive Lehrformate ein selbstkritisches historisches Bewusstsein zu entwickeln;⁴³ und
- II. eine maßgeschneiderte (Geschichts-)Lehrerausbildung zu bieten, die diesen Erfordernissen entspricht.

Weder aufgrund der bestehenden Kompetenzlage in der EU noch aus praktischen Gründen kann die Union die Aufarbeitung der Vergangenheit für ihre Mitgliedstaaten übernehmen und die nötigen bildungspolitischen Akzente zu setzen. Doch sie ist in der Lage, nationale Anstrengungen in dieser Hinsicht sowohl zu fördern als auch zu fordern – und zugleich eine gemeinsame „Kultur des Erinnerns“ zu forcieren. Damit bestünde ein Ansatz, der der Vielfalt bestehender Formen des historischen Gedächtnisses in Europa Genüge täte, während gleichzeitig ein Anreiz geschaffen wäre, diese mit Hilfe eines gemeinsamen transnationalen Ansatzes neu zu betrachten und gegebenenfalls auch zu hinterfragen.

.....
 43 Eine vielversprechende Initiative dahingehend sind bestehende Pilotprojekte für bi- beziehungsweise multilaterale Geschichtslehrbücher.



Das zentrale musikalische Identifikationsobjekt der Europäischen Union: Beethovens neunte Sinfonie (Op. 125), hier ein Blatt der Originalpartitur
 Foto: ullstein bild – Granger NYC

Zu diesem Zweck kann die Europäische Union nicht nur ihr Repertoire an „sanften Machtmitteln“ einsetzen, um die Mitgliedstaaten zu Engagement zu bewegen, sondern auch auf bestehende europäische Programme zurückgreifen. Dazu gehören das bereits genannte Programm *Europa für Bürgerinnen und Bürger*, das die Finanzierung multinationaler Geschichts- und Erinnerungsprojekte ermöglicht, ebenso wie das Programm „Erasmus+“, mit dem länderübergreifende Austauschprogramme und Studienaufenthalte für Schülerinnen und Schüler, Studierende und Lehrende unterstützt werden.

Langfristig wünschenswert wäre die Entwicklung eines tatsächlich europäischen Diskurses über die Vergangenheit des Kontinents, dies auf der Grundlage einer von der EU begleiteten kritischen Selbstreflexion über Geschichte und geschichtliche Verantwortung auf nationaler Ebene. In einen solchen Diskurs würden verschiedene kollektive Erinnerungen einfließen und sich zu einem gesamteuropäischen öffentlichen Raum verbinden – einem Raum, in dem Erinnerungskulturen einander ergänzen und nicht miteinander im Wettbewerb stehen und in dem historisches Gedächtnis zuvorderst eine Frage zivilgesellschaftlichen und nicht politischen Handelns ist. ▀

Der „Emigrantenstein“ von 1796: steinernes Zeugnis europäischer Geschichte

Stationen einer Recherche zur „Willkommenskultur“ in Bayern

„... auch ein Emigré bleibt ein Mensch und menschlich sein gewaltiges Schicksal“ (Ernst Moritz Arndt 1798)

von Klaus Bäumler



Nahaufnahme des Steines
Foto: Bayerisches Landesamt für Umwelt

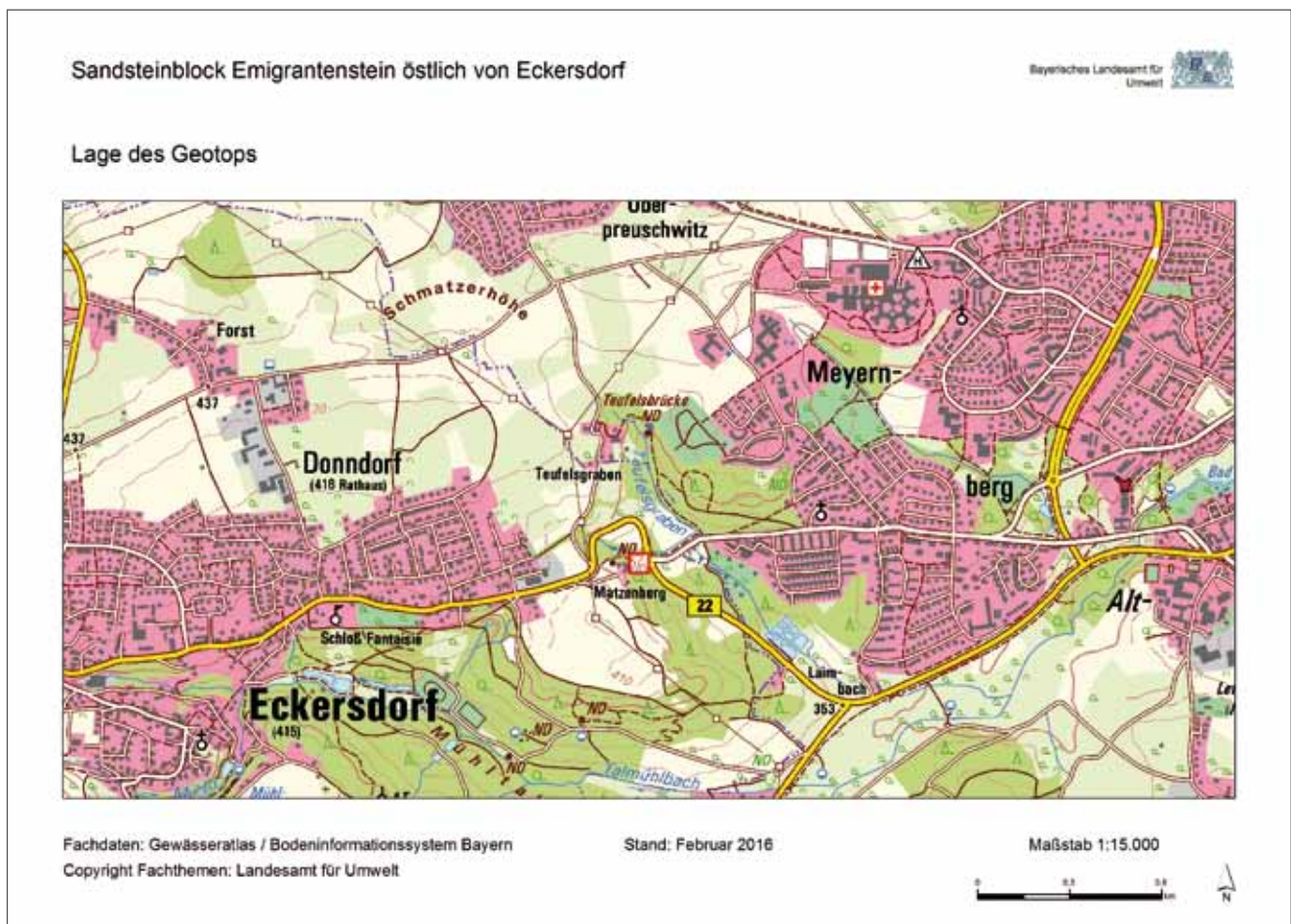
*„Emigrantenstein“: Denkmal, Natur-Denkmal,
Bau-Denkmal, Geschichts-Denkmal*

Der „Emigrantenstein“ ist trotz seines exemplarischen Charakters bislang in seiner Bedeutung als Geschichts-

Inscription des „Emigrantensteins“:

„Unter der Regierung
Friedrich Wilhelm des Zweyten
Da Carl August von Hardenberg
Dirigierender Minister war,
Fanden in diesen glücklichen Landen
Tausende eine Freystätte
Die auswärts den Wanderstab
Haben ergreifen müssen.
Und Menschenliebe, Wohlthätigkeit und Edelmuth
Die noch mehr verscheucht waren
Zogen sich in das Herz dieses Monarchen zurück.
Rufe Du Fels den kommenden Jahrhunderten
Diese denkwürdige Zeit
Ins Gedächtnis zurück.
Und die alles belohnende ewige Gerechtigkeit
Löse unsere Schuld
Durch Erfüllung der Wünsche
Unseres reinsten Danks.
1796
Von einem französischen Ausgewanderten.“

Denkmal wenig gewürdigt. Wird der Begriff in die digitalen Suchfunktionen eingegeben, erscheint primär die Eintragung in das Geotop-Kataster des Landesamts für Umwelt (LfU) als Geotop Nr. 472R031.



Ausschnitt aus der Geotopkartierung des Landesamts für Umwelt mit Bild und Karte
Karte: Geotop-Kartierung, vgl. <http://www.lfu.bayern.de/download/geotoprecherche/472r031>

Die aktuellen Flüchtlingsströme nach Europa stellen zu Beginn des 21. Jahrhunderts Politik und Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Das Grundgesetz verbürgt den Schutz des Asylrechts. Die aktuellen europäischen und nationalen Normen sind mit den Dimensionen dieser Völkerwanderung des 21. Jahrhunderts und den daraus resultierenden Verpflichtungen zu humanitärer Hilfe nur schwer zu vereinbaren.

Dass humanitäre Hilfe für Asylsuchende keine Selbstverständlichkeit ist und war, daran erinnert der „Emigrantenstein“ aus dem Jahr 1796 in der Nähe des Schlossparks Fantaisie in Eckersdorf – Donndorf bei Bayreuth. Der „Emigrantenstein“ ist unter vielen Aspekten ein herausragendes Unikat der Denkmal- und Erinnerungskultur. Mit einer Inschrift auf einem Naturfelsen in freier Landschaft dankt ein „französischer Ausgewanderte“ dem preußischen König Friedrich Wilhelm II. (1744–1797) und seinem Minister Carl August von Hardenberg (1750–1822) für das ihm und seinen Landsleuten großzügig gewährte Asyl im heutigen Oberfranken. Trotz seiner Einmalig-

keit ist dieses außerordentliche Zeugnis europäischer Geschichte wenig bekannt. Recherchen zu diesem Denkmal zeigen exemplarisch auf, dass „politisches Lernen am historischen Ort“ über die Lokalgeschichte hinaus zu politischen, sozialen und kulturellen Aspekten von Migrationsbewegungen führt, die heute hochaktuell sind.

Beim „Emigrantenstein“ handelt es sich um einen Sandsteinfelsen von acht Metern Länge, sechs Metern Breite und einer Höhe von vier Metern. Die Kurzbeschreibung enthält zur eingemeißelten Inschrift lediglich den Hinweis auf „französische Auswanderer“ und die Jahreszahl „1796“.

Eine Recherche im Denkmalatlas des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege (BLfD) zeigt: Nicht jedes Denkmal ist zugleich ein Baudenkmal im Sinne des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes. In der Liste der Baudenkmäler für Donndorf/Eckersdorf ist der „Emigrantenstein“ mit der Kennziffer D-4-72-131-14 jedoch als solches eingetragen. Die besondere Bedeutung des „Emigrantensteins“ wurde jedoch zunächst nicht erkannt; viele



Ansicht Bayreuths um 1800

Abbildung: Historisches Museum Bayreuth

Jahre stand dort der Hinweis „Gedenktafel für [!] einen französischen Emigranten“. Erst im Januar 2016 erfolgte nunmehr die Berichtigung mit dem zutreffenden Text „Gedenkstein, Danksagung eines französischen Emigranten für gewährtes Asyl, in den Sandsteinfelsen gehauene Inschrifttafel, bez. 1796“. Die Inschrift selbst ist – bislang – dem offiziellen Listeneintrag nicht beigelegt. Wer sich also mit den Besonderheiten des Denkmals befassen will, muss sich an Ort und Stelle begeben.

Die digitale Suche nach literarischen Hinweisen auf den „Emigrantenstein“ erweist sich als wenig ergiebig. Der Wortlaut der Inschrift findet sich nur in dem 1984 von Elisabeth Roth herausgegebenen Werk „Oberfranken in der Neuzeit bis zum Ende des Alten Reichs“, das bisher nicht als Digitalisat zugänglich ist. Matthias Winkler bezieht sich in seiner Arbeit „Die Emigranten der Französischen Revolution in Hochstift und Diözese Bamberg“, seit 2010 abrufbar als Onlineversion im Hochschulschriftenserver der Universität Bamberg, hierauf und druckt den Text der Inschrift vollständig ab. Über eine lokalgeschichtliche Veröffentlichung, den „Hummelgauer Heimatboten“, und die darin dokumentierten Reisebeschreibungen aus den Jahren 1692 bis 1966 erschließt sich eine authentische

historische Quelle: Im Sommer 1798 wanderte der junge Schriftsteller Ernst Moritz Arndt (1769–1860) von Bayreuth nach Wien. Er setzt dem „Emigrantenstein“ ein frühes literarisches Denkmal. In der ersten Auflage seiner Reisebeschreibung „Bruchstücke einer Reise von Baireuth bis Wien“, erschienen 1801 in Leipzig, gibt Arndt nicht nur den Wortlaut der Inschrift wieder, sondern dokumentiert auch seine Empathie für das Schicksal der französischen Emigranten mit den Worten: „Auch ein Emigré bleibt ein Mensch und menschlich sein gewaltiges Schicksal, welches ihm keine Stätte in der bewohnten Welt zu lassen scheint.“ In der zweiten Auflage dieser Publikation im Jahr 1804 ist der Hinweis auf den „Emigrantenstein“ entfallen.

Die Danksagung des „französischen Ausgewanderten“ auf dem „Emigrantenstein“ an König Friedrich Wilhelm II. und dessen Minister Carl August von Hardenberg lenkt den Blick auf die besondere geopolitische Situation des Bayreuther Landes. Der starke Einfluss des Königreichs Preußen auf die hohenzollern'schen Fürstentümer Bayreuth und Ansbach geht auf das Jahr 1792 zurück. Hardenberg, vom preußischen König Friedrich Wilhelm II. als Minister eingesetzt, regierte in den beiden Fürstentümern ab 1792 bis zu seiner Rückkehr nach Berlin „wie ein König“.

Geprägt von der Aufklärung setzte Hardenberg moderne staatliche Vorstellungen durch und führte 1796 u.a. das Preußische Allgemeine Landrecht ein. Die Ära Preußens in Bayreuth endet 1807. Es musste die Fürstentümer im Frieden von Tilsit an Kaiser Napoleon abtreten. Das „französische Intermezzo“ war nicht von langer Dauer. Camille de Tournon (1778–1833), von Napoleon zum Gouverneur der „Provinz Bayreuth“ bestimmt, wurde 1809 von den in Bayreuth einmarschierenden Österreichern gefangen genommen. Aufgrund des Pariser Vertrags von 1810 zwischen Napoleon und König Max I. Joseph konnte Bayern sein Territorium um das Fürstentum Bayreuth erweitern, hatte jedoch hierfür aufgrund einer Geheimvereinbarung die enorme Summe von fünfzehn Millionen Franken an Kaiser Napoleon zu entrichten.

Ernst Moritz Arndt: Auf dem Weg von Bayreuth zum Schloss Fantaisie am 19. Juni 1798:

*„zog ein Stein zur linken Seite des Berges mein Herz an sich, und meine Thränen aus den Augen. O ! auch ein Emigré bleibt ein Mensch und menschlich sein gewaltiges Schicksal, welches ihm keine Stätte in der bewohnten Welt zu lassen scheint. In diesen vorragenden grauen Granitblock (!) waren ... Worte gehauen, die freylich eher bemoosen werden, als die denkwürdige Zeit woran sie erinnern sollen: ...“.*¹

Die Markgrafschaft Bayreuth – Ansbach: Ende des 17. Jahrhunderts ein Ort früher „Willkommenskultur“ für Hugenotten

Um die Botschaft des „Emigrantensteins“ und seinen historischen Hintergrund nach über zwei Jahrhunderten zu verstehen, bietet sich ein Blick in das zweisprachige Standardwerk „Bayern und Frankreich. Wege und Begegnungen. 1.000 Jahre bayerisch-französischer Beziehungen“ an. In dem opulent ausgestatteten Werk werden die wechselvollen Beziehungen zwischen Bayern und Frankreich anhand von Urkunden, Akten und Plänen aus den Archiven beider Länder dokumentiert.

Bereits Ende des 17. Jahrhunderts wurden in den Markgrafschaften Ansbach-Bayreuth etwa 4.000 emigrierte

französische Protestanten – genannt Hugenotten – aufgenommen. 1685 widerruft der französische König Ludwig XIV. das Toleranzedikt von Nantes. Als Vorkämpfer des Katholizismus zwingt er die französischen Protestanten in den Untergrund, ordnet den Abbruch ihrer Kirchen an und sanktioniert das Verlassen Frankreichs mit Galeerenfron. Trotz des Verbots gelang fast 300.000 Protestanten die Flucht aus ihrer französischen Heimat. Die überwiegend aus Handwerk und geschäftstüchtigem Bürgertum stammenden Emigranten waren für ihre Aufnahmeländer eine große Bereicherung. In den fränkischen Markgrafschaften wurde den hugenottischen Flüchtlingen großzügig finanzielle Hilfe gewährt. Die bemerkenswerte Aufgeschlossenheit des Markgrafen zeigte sich durch finanzielle Hilfe bei der Gründung von Manufakturen sowie zeitlich befristeten Steuer- und Abgabebefreiungen. Bereits wenige Wochen nach der Ankunft der ersten Hugenotten im Jahr 1686 begann die Planung für eine neue Stadt zur Ansiedlung von Gewerbe und Handel im Bereich des heutigen Erlangen. 1687 erfolgte die Grundsteinlegung für die Hugenottenkirche in der Neustadt Erlangens. Die Integration der Hugenotten in Gesellschaft, Gewerbe und Handel durch Manufakturen und Handelsunternehmen führte zu einem enormen wirtschaftlichen Aufschwung in Franken, der bis heute andauert.

Die Markgrafschaft Bayreuth – Ansbach als Zielort französischer Emigranten während der Französischen Revolution

Ein Jahrhundert später, Ende des 18. Jahrhunderts, kommt es durch die Französische Revolution ab 1789 zu fundamentalen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen in Frankreich. In der Folge entsteht eine innereuropäische Wanderungsbewegung, die vielfältige Spannungen auslöste. Bedingt durch veränderte politische Verhältnisse, aber auch aus Angst vor Verfolgung und der damit verbundenen Gefahr für Leib und Leben emigrierten zehntausende Menschen aller Stände aus Frankreich in benachbarte Staaten. Bemerkenswert ist, dass selbst im Standardwerk „Bayern und Frankreich. Wege und Begegnungen. 1.000 Jahre bayerisch-französischer Beziehungen“ die Aufnahme mehrerer Tausend französischer Revolutions-Emigranten im heutigen Bayern mit keinem Wort erwähnt ist.²

¹ Ernst Moritz Arndt: Bruchstücke aus einer Reise von Baireuth bis Wien im Sommer 1798, Bd. 2: Von Reisen durch einen Theil Deutschlands, Italiens und Frankreichs in den Jahren 1798–1799, (1. Auflage) Leipzig 1801, S. 1 f.

² Vgl. Michelle Magdelaine: Le refuge huguenot en Bavière. Die Zufluchtsstätte der Hugenotten in Bayern in: France-Bayern, Bayern und Frankreich. Wege und Begegnungen. 1.000 Jahre bayerische-französische Beziehungen. France-Bavière allers et retours. 1.000 ans de relations franco – bavaoises, hg. v. Staatl. Archiven Bayerns, Centre historique des Archives nationales Paris, Montgelas-Gesellschaft, Paris 2006.

Die im Jahr 2000 publizierte Studie von Thomas Höpel, „Emigranten der Französischen Revolution in Preußen 1789–1806“, die einen wesentlichen Beitrag zur Erforschung der Emigration in Deutschland darstellt, verdeutlicht den zeithistorischen Hintergrund des Steins.³ Dort wird aufgezeigt, dass die heutige Problematik im politisch-administrativen und sozio-kulturellen Umgang auch in der Vergangenheit nicht unbekannt war. Auch an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert waren Staaten mit einer großen Zahl von Flüchtlingen konfrontiert, wie das Beispiel zeigt. Höpel dokumentiert, dass bereits seinerzeit ein Spannungsverhältnis zwischen restriktiven und liberalen Regelungen bestanden habe, und arbeitet die regionalen Unterschiede in der Wahrnehmung von Emigranten durch die einheimische Bevölkerung sowie die Probleme der gesellschaftlichen Integration bzw. auch den Einfluss der Emigration auf den Kultur- und Technologietransfer heraus. Die Inschrift des „Emigrantensteins“ attestiert dem preußischen König Friedrich Wilhelm II. und seinem Minister Hardenberg beispielhafte „Menschenliebe, Wohlthätigkeit und Edelmuth“ gegenüber den französischen Emigranten. Der Autor weist an Hand der Primärquellen nach, dass diese Dankbarkeit einen realen Hintergrund hatte. Auf der Grundlage des königlich-preußischen Reskripts von 1792 verfolgte Hardenberg in seinem fränkischen Zuständigkeitsbereich eine besonders emigrantenfreundliche Politik. Französischen Emigranten sollte Gastfreundschaft und Schutz gewährt werden. Hardenberg richtete einen Unterstützungsfonds zur Gewährung finanzieller Beihilfen in Notlagen ein und sorgte dafür, dass leerstehende Gebäude, darunter auch Schlösser, zur Unterbringung der Flüchtlinge genutzt werden konnten. Um eine gleichmäßige Belastung von Städten und Gemeinden mit den französischen Emigranten zu erreichen, ordnete er periodisch zu erstellende Emigrantenlisten an. Trotz zunehmender Beschwerden aus dem Kreise der Einheimischen ließ sich Hardenberg in seiner fremdenfreundlichen Politik nicht beirren. Dies ist insofern bemerkenswert, als die Emigranten in der Mehrzahl der Fürstentümer des Reiches abgewiesen wurden. Lediglich für Erlangen erteilte Hardenberg ab 1794 keine weiteren Aufenthaltsgenehmigungen, weil sich die dortige Bürgerschaft über die Verteuerung von Lebensmitteln und Mieten beklagt hatte. Eingehende Beschwerden über die Gefährdung der guten Sitten wies Hardenberg dabei zurück.

Schwierig zu ermitteln ist, wie viele französische Emigranten „in diesen glücklichen Landen eine Freystätte“ fanden. Die Dunkelziffer der Emigranten ohne Aufenthaltsgenehmigung dürfte hoch gewesen sein. Die statistische Erfassung der Emigranten in den beiden Fürstentümern Ansbach und Bayreuth stützt sich, wie Höpel ausführt, vor allem auf Emigrantenlisten, die im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz heute teilweise noch vorhanden sind und lediglich für Ansbach und Kulmbach aus bayerischen Archiven ergänzt werden können. Auf Grund dieser unvollständigen Aktenlage ermittelt der Autor etwa eintausend französische Emigranten im Bereich Ansbach-Bayreuth, deren größte Gruppe Adelige und deren Dienerschaft ausmachten.

Hierin liegt ein wesentlicher Unterschied zur Situation der Emigranten im geistlichen Territorium von Bamberg. Matthias Winkler weist 2010 in einer Arbeit über die „Emigranten der französischen Revolution in Hochstift und Diözese Bamberg“ nach, dass von den über 260 französischen Emigranten, deren Aufenthalt in Bamberg aktenmäßig zu belegen ist, nur 27 adeliger Herkunft waren.⁴ Es überrascht nicht, dass in einem geistlichen Fürstentum, wie dem Hochstift Bamberg, der aus Frankreich emigrierte Klerus mit 164 Geistlichen besonders stark vertreten war.

Der „Emigrantenstein“: Identität des Urhebers und Autors

Das Rätsel der Identität des „französischen Auswanderers“, der durch den „Emigrantenstein“ in dieser einzigartigen, zwei Jahrhunderte überdauernden Weise den Dank für das ihm und seinen Landsleuten gewährte Asyl „verewigt“ hat, ist noch nicht endgültig gelöst.

Der Wortlaut der Inschrift selbst gibt Anhaltspunkte für die Recherche. Der Autor zeigt durch die noble Formulierung seines Dankes, dass er die deutsche Sprache perfekt beherrschte und dem deutschen Kulturkreis eng verbunden war. Als Autor wäre vielleicht sogar an den französischen Emigranten Adelbert von Chamisso (1781–1838) zu denken, der als Dichter und Naturforscher in Deutschland großes Ansehen erlangte. Seine Biographie zeigt, dass es Emigranten gelungen ist, die Chance des Kulturtransfers zwischen Frankreich und Deutschland zu nutzen. Auf einem Schloss in der Champagne als „Adélaïde de Chamisso“ geboren, flüchtete Chamisso mit seinen Eltern über

3 Thomas Höpel: Emigranten der Französischen Revolution in Preussen 1789–1806, Deutsch-Französische Kulturbibliothek Bd. 17, Leipzig 2000.

4 Matthias Winkler: Die Emigranten der Französischen Revolution in Hochstift und Diözese Bamberg, Bamberger Historische Studien Band 5, Bamberg 2010.



Lithografie von Heinrich Stelzner, um 1850/60: Fernansicht auf den Park von Fantaisie, mit dem Schloss ganz im Hintergrund. Das Schloss wurde um 1850 umgebaut und entspricht nicht mehr der historischen Façon der Zeitgenossen.

Abbildung: Historisches Museum Bayreuth

Würzburg und Ansbach nach Bayreuth, wo er sich 1796, dem Jahr der Entstehung des Denkmals, aufgehalten hat. Doch Chamisso war zu diesem Zeitpunkt erst fünfzehn Jahre alt, so dass er als Autor wohl ausscheidet.⁵

Ein weiterer Anhaltspunkt für die Recherche nach dem Autor ergibt sich aus der örtlichen Nähe des Denkmals zu Schloß Fantaisie. Es ist bekannt, dass im Schloss Fantaisie viele französische Adelige eine „Freystatt“ gefunden haben. Wilhelm Wühr hat 1938 mit seiner grundlegenden Arbeit „Die Emigranten der Französischen Revolution im bayerischen und fränkischen Kreis“ die Namen von 4.600 französischen Emigranten erfasst, die im rechtsrheinischen Bayern aktenkundig wurden.⁶ Unter Nr. 4405 des

Namensverzeichnisses („Prosopographie“) ist „Graf de Vargement, Comte, Hauptmann, Condéer“ aufgeführt, der sich 1792 als erster französischer Emigrant im Gefolge des Herzogs Friedrich Eugen von Württemberg in Schloß Fantaisie niedergelassen hat. Unter den Personen aus der Glanzzeit des Schlosses erwähnt der Förderverein Schloß Fantaisie auf seiner Internetseite einen Grafen Wargement und dokumentiert dessen Engagement zur Verschönerung des Schlossparks. Graf Wargement hat 1793 für die Wohltäterin seiner Familie, die Herzogin Sophia Dorothea eine Dankesstele im Schloßpark errichten lassen. Der exakte Nachweis, dass Graf Wargement (Vargement) auch Urheber und Autor des „Emigrantensteins“ ist, muss noch geführt werden.

Abzuwarten bleibt, ob syrische Emigranten dereinst ein dem „Emigrantenstein“ vergleichbares Denkmal schaffen werden. 🍌

5 Das spätere verdienstvolle Wirken Chamissos, der als „früher Europäer“ bezeichnet wird, würdigt die Berliner Staatsbibliothek im Frühjahr 2016 in der Ausstellung „Weltreise. Forster. Humboldt. Chamisso. Ottinger“.

6 Wilhelm Wühr: Die Emigranten der Französischen Revolution im bayerischen und fränkischen Kreis; mit dem Verzeichnis aller im Gebiet des rechtsrheinischen Bayerns festgestellten Emigranten, in: Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte, Bd. 27, München 1938.

„Mein Job ist es Interessenkonflikte zu moderieren.“

Ein Gespräch mit dem Intendanten der Münchner Kammerspiele,
Matthias Lilienthal, über Theater und politische Bildung

Interview von Monika Franz und Uta Löhner am 25. Januar 2016



Matthias Lilienthal
Foto: Sima Dehgani



Open Borders!-Eröffnungsrede von Ousmane Diarra
Foto: Andrea Huber

LZ: Wie sind Sie zur Kunst gekommen?

Lilienthal: Als 14-Jähriger habe ich angefangen ins Theater zu gehen. Die Schaubühne war für mich in West-Berlin eine Art der Ausbruchsmöglichkeit.

LZ: Welche Künstler haben Sie damals am meisten beeinflusst?

Lilienthal: Zu Beginn Peter Stein und Klaus-Michael Gröber, im Studium Jürgen Gosch und später Frank Castorf. Dann war ich plötzlich mittendrin.

LZ: Als was für eine Art Künstler verstehen Sie sich selbst? Als Provokateur?

Lilienthal: Ich verstehe mich überhaupt nicht als Künstler, sondern als jemand, der künstlerisch arbeitenden Menschen den Rücken freihält und der versucht Kunst an verschiedenen Punkten zusammenzuführen. Also eher als „Booker“, der Konzerte bucht und dergleichen. Von „Kunst machen“ und Subjektivität würde ich das erstmal trennen. Der künstlerische Zugang hat immer mit einer gewissen Subjektivität zu tun und mein Job ist es gerade Interessenskonflikte objektiv zu moderieren. In dem Punkt bin ich tatsächlich auch eher politischer Bildner als Künstler.

LZ: Welche Rolle kann das Theater in der politischen Bildungsarbeit spielen?

Lilienthal: Es greift immer wieder gesellschaftliche Themen auf. Der „Open Border Kongress“ und das Thema Flüchtlinge sind die besten Beispiele. Auch Arbeiten der Gruppe Rimini Protokoll ist absolut zugänglich für Schüler ab der 9. Klasse. In der Zukunft gilt es, Integrationsprojekte zu initiieren und die Jugendarbeit am Theater deutlich auszubauen. Wir haben dafür bei uns eine neue Stelle geschaffen. Das Theater kann und soll gerade jetzt Diskussionsforum sein.

LZ: Wie elitär ist Theater heute?

Lilienthal: Ich würde das Theater nicht als elitär bezeichnen, aber es spricht sicher eher den Mittelstand an und ist in den Münchner Kammerspielen momentan eine Art Vollversammlung des links-liberalen Bürgertums. „Der Kaufmann von Venedig“ hat beispielsweise einen intellektuellen Zugriff, wohingegen andere Produktionen, wie „Rocco und seine Brüder“ oder Rimini Protokoll, sehr direkt zugänglich sind.



Shabbyshabby Apartment „Zur feinsten Seide“ in der Münchner Maximilianstraße
Foto: Matthias Kestel

LZ: Wie kamen Sie darauf, mit den „Shabbyshabby Apartments“ den Diskurs nach außen zu tragen?

Lilienthal: Dabei spielten mehrere Überlegungen eine Rolle. Einerseits ging es darum, auf die Mietpreise in München aufmerksam zu machen; gleichzeitig fungierte es als ein partizipatives Projekt mit 120 Studenten, die diese Appartements entworfen haben. Insgesamt vollzog sich das Projekt dann auf drei verschiedenen Wahrnehmungsebenen: erstens die Leute, die in diesen Häusern übernachtet haben – das war eine Performance direkt neben der Bühne, z.B. mitten auf der Maximilianstraße, in einer Hütte voller Anziehklamotten. In dem Moment, in dem man morgens im Pyjama auf das benachbarte Dixi-Klo ging und sein Spiegelbild in dem Schaufenster von Hermès sah, entstand ein – politisches – Bild. Die zweite Ebene waren Führungen durch diese Appartements, und eine dritte die Menschen, die im alltäglichen Straßenbild plötzlich über die „Shabby-Häuser“ stolperten und darauf reagierten. So haben wir mit dem Verlassen des Theater- raumes viele Menschen erreicht. Letztlich war es ein klas- sisches Projekt der politischen Bildung.

LZ: Sie haben eben „Rimini-Protokoll“ angesprochen, ein Stück über die Hitler-Schrift „Mein Kampf“. Was sagen Sie zu der Hitler-Fixierung, die auch 70 Jahre nach seinem Tod noch so deutlich spürbar ist?

Lilienthal: Diese Fixierung ist nicht nur bei uns stark, auch z.B. in den USA: Man brauchte dazu nur das Sen- deprogramm von CNN vor der Veröffentlichung von „Mein Kampf“ betrachten. Der Nationalsozialismus war



Szenenfoto aus „Adolf Hitler: Mein Kampf 1&2“ von Rimini Protokoll
Foto: Candy Welz

aus meiner Sicht schlichtweg die am meisten einschnei- dende Periode der Zeitgeschichte. Sie beeinflusst uns na- türlich bis heute stärker als jede andere deutsche Epoche. Wenn ich der AfD und ihren rechtsnationalistischen An- sichten zuhören muss, läuft es mir eiskalt den Rücken herunter. Damit wird rechtsnationale Politik auf einmal wieder hoffähig, was jahrzehntelang – zu Recht! – un- möglich schien.

LZ: Beobachten Sie unterschiedliche generationelle Heran- gehensweisen an das Thema?

Lilienthal: Die neue Generation stellt andere Fragen. Aber zuerst muss eine Diskussion darüber geführt werden, warum das Thema überhaupt noch für jugendliche Er- wachsene interessant sein sollte. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist nicht selbstverständlich, schließlich hat die junge Generation andere Themen der Aufarbeitung im eigenen Umfeld, z.B. diejenigen mit ei- nem „68er-Elternhaus“. Wichtig ist, dass Jugendliche in die Gedenkstätten gehen, denn die eigene Betrachtung fördert den emotionalen Bezug.

Wir sehen auch, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus neue Genres und trivialisierte Formen entwickelt wie Agenten- oder Westernfilme, siehe „*Inglou- rious Basterds*“ von Quentin Tarantino. Die Nazizeit ist also auch – in bestimmten Ausformungen – zur großen Folk- lore der Bundesrepublik Deutschland geworden.

LZ: In den achtziger/neunziger Jahren begannen Pädagogen verstärkt, mit Klassen in Gedenkstätten zu gehen und Ge-

sprache mit Zeitzeugen zu führen, wie etwa Max Mannheimer. Wann begann Ihre Auseinandersetzung mit dem Thema?

Lilienthal: Direkt über meine Familie: Meine Familie hat selbst Juden im Keller versteckt. Mein Großvater hatte im Ersten Weltkrieg einen Arm und ein Bein verloren und war damit sozusagen als Kriegsveteran schlechter angreifbar. Er hat Juden bei uns versteckt, die bis zum Ende unentdeckt blieben. Auf der Beerdigung meiner Mutter war eine Frau, die damals von meinem Großvater gerettet wurde und die unsere „Familienversion“ der Geschichte noch einmal bestätigt hat.

LZ: Hatten Sie schon Zeit, das Münchner NS-Dokumentationszentrum zu besuchen?

Lilienthal: Ja – es ist bereits jetzt eine nicht mehr wegzudenkende Institution.

LZ: Hat sich Ihr Bild von München und Bayern verändert, seit Sie hier leben?

Lilienthal: Gerade wie sich München in der Flüchtlingsfrage gezeigt hat, muss ich sagen: Hier zieht Berlin absolut den Kürzeren. Die Konzentration auf dem Flughafen Tempelhof halte ich für unklug und die „LAGeSo“-Geschichte zum Beispiel ist wahnsinnig kompliziert. Das gleicht letztendlich einem Flüchtlingslager im Libanon.

LZ: Ist die DDR, oder vielmehr der Graben zwischen Ost und West für Sie in Berlin noch spürbar?

Lilienthal: Ja auf jeden Fall, jede Sozialisation wird durch ihr Umfeld beeinflusst und erzeugt somit einen subjektiven Blick auf die Realität. Es herrschen immer noch verschiedene Mentalitäten. Das sieht man auch in der Flüchtlingsfrage. Die DDR-Bürger sind beinahe ohne Ausländer aufgewachsen. Ein alltägliches Zusammenleben mit Migranten Tür an Tür war eine Ausnahme und ist es bis heute. Daher rühren heute viele Probleme. Das mag in anderen ländlichen Gegenden, auch in Bayern, aber auch so sein.

LZ: Fünf Stichworte, zu denen Sie bitte frei assoziieren:

Berliner Identität ...

Lilienthal: Klar hat mich Berlin geprägt. Die Berliner Identität hat viel mit Ironie zu tun und mit dem Leben in einer Stadt, in der viele Menschen alles verlieren und trotzdem fröhlich weiterleben.

Frauenquote ...

Lilienthal: entwicklungsfähig.

Ihre liebsten Romanhelden?

Lilienthal: Die habe ich in dem Sinne nicht, ich lese am liebsten soziologische Literatur und ich kann bei *Submission* von Michel Houellebecq nicht sagen, dass ich mit der Hauptfigur des Romans sympathisiere. Ich interessiere mich eher für „asoziale Bastarde“.

Ihr Traumprojekt?

Lilienthal: Ich realisiere alle meine Traumprojekte. Die „Shabbyshabby Apartments“ waren demzufolge mein letztes Traumprojekt.

Was macht Matthias Lilienthal in 20 Jahren?

Lilienthal: Keine Ahnung. Vielleicht das Goethe-Institut in Damaskus leiten ...

Matthias Lilienthal war von 1992 bis 1998 Chefdramaturg an der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz unter Frank Castorf und initiierte u.a. das Engagement von Christoph Marthaler und Christoph Schlingensiefel ans Haus.

Er war Programmdirektor für „Theater der Welt 2002“ in Bonn, Düsseldorf, Köln und Duisburg und entwickelte für das Festival erstmals das Format „X Wohnungen“, das seither dreimal in Berlin in unterschiedlichen Stadtteilen stattgefunden hat und u.a. für Caracas, Istanbul, Sao Paulo, Warschau und Johannesburg adaptiert wurde.

Von 2003 bis 2012 war er künstlerischer Leiter und Geschäftsführer des HAU (Hebbel am Ufer) in Berlin. Das Regiekollektiv Rimini Protokoll zeigte und erarbeitete kontinuierlich Produktionen am HAU. Lilienthals Initiative, sich mit den Besonderheiten des Bezirks Kreuzberg/Neukölln zu beschäftigen, schlug sich in der Programmreihe „*Beyond Belonging*“ nieder, in der u.a. Nurkan Erpulat, Neco Çelik und Tamer Yiğit inszenierten. Für Aufsehen sorgten auch die beiden großen Abschlussprojekte „Unendlicher Spaß“, eine 24-Stunden-Tour durch den utopischen Westen, und „Die große Weltausstellung“, eine Bespielung des Tempelhofer Feldes zusammen mit raumlaborberlin.

Ab September 2012 unterrichtete Lilienthal für zehn Monate am Ashkal Alwan Beirut als Resident Professor im Home Workspace Program. Er war Programmdirektor von „Theater der Welt 2014“ in Mannheim.

Matthias Lilienthal ist seit der Spielzeit 2015/16 Intendant der Münchner Kammerspiele.

Auschwitz überlebt – und dann?

Peter Höllenreiners Leben als Sinto in Deutschland nach 1945

Ein biographischer Essay von Maria Anna Willer



Die Familie vor ihrer Deportation, Fotoaufnahme um 1942. Sophie Höllenreiner mit ihren sechs Kindern. Jüngstes Kind ist Peter Höllenreiner, er sitzt auf dem Schoß seiner Mutter.

Foto: Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg/Fotograf: Roberto Paskowski

Peter Höllenreiner überlebte als Kleinkind die Konzentrationslager Auschwitz, Ravensbrück, Mauthausen und Bergen-Belsen. 1945 kehrt er als Sechsjähriger zurück in seine Geburtsstadt München. Seine Schulzeit beginnt und die Welt begegnet ihm, als ob nichts gewesen wäre. „Hinter, in die letzte Bank!“, heißt es in der Schule. Die Ausgrenzung geht weiter. Im Alter von 73 Jahren erzählt Peter Höllenreiner erstmals über sein Leben nach 1945 bis heute. Als Biografin gebe ich seine Erzählungen und die heutige Begegnung mit ihm wieder. Auszüge aus den Entschädigungsverfahren zeigen den staatlichen Umgang nach 1945 mit Opfern der rassistischen Verfolgung als „Zigeuner“ und geben Zeugnis für die Dauer- und Folgeschäden von Verfolgung, Lagerhaft und Zwangssterilisierung. Peter Höllenreiner sieht sich als Teil seiner Familie, daher erzählen die Aktenauszüge auch vom Leben seiner verstorbenen Geschwister.¹

Prolog

„Eines Tages kam ein Lastwagen, der hat uns alle mitgenommen. Meine Eltern und uns sechs Kinder. Sie brachten uns in die Ettstraße, das ist die Polizeiwache, dort waren wir ein paar Tage in einer Gefängniszelle. Wir sind dann herausgekommen von dort und mussten in einen Zug einsteigen. Das waren Güterwagen, mit denen man die Viecher transportiert. Jetzt müsste ich sie anlügen. Ich weiß nicht, in welches Lager wir zuerst gekommen sind. Es waren vier verschiedene Lager und Auschwitz war das Vernichtungslager, mehr oder weniger. Dort sind sie nur zum Verbrennen hingekommen. Das war so Mitte 1942 – oder, das kann ich auch nicht mehr so genau sagen – mein Vater und meine Mutter haben nie darüber gesprochen, nur immer, was man so raushört. Sie wollten das gar nicht so ...“

Haben Sie an den Abtransport irgendeine Erinnerung – als Dreijähriger?, frage ich.

Nein, ich habe überhaupt keine Erinnerung daran. Ich kann mich nur erinnern, dass ich, nachdem wir schon draußen waren, als ich schon größer war, wenn ein Zug gekommen ist, wenn ich zum Bahngleis müssen hab' und – tschh, tschh, tschh – da hab' ich immer Angst gekriegt.

Haben Sie dann geschrien?

Nein, ich hab so Angst gekriegt. So Angstgefühle gekriegt. Ich hab – das war nach dem Lager – da hab ich, ich weiß nicht wie lang, immer in der Nacht durch und durch geschwitzt. Und habe immer gedacht, meine Mutter ist nimmer da. Und hab immer geweint in der Nacht. Meine Mama hat mich dann immer wieder genommen. ‚Bub, was hast?‘ – Ich hab' nie was g'sagt.“



Peter Höllenreiner heute
Foto: Roberto Paskowski

1 Dieser Beitrag stellt einen Auszug aus dem ebook „Der Junge aus Auschwitz ... eine Begegnung. Das Leben des Münchner Sinto Peter Höllenreiner nach 1945“, München 2015, hg. von Maria Anna Willer, dar. Die in Anführungszeichen gesetzten Textteile kennzeichnen Passagen aus Interviews mit Peter Höllenreiner.

„Das kann man nicht erzählen ...“ – eine Kindheit in Gefangenschaft

„Ich heiße Peter. Meine Mutter hat in der Zeit einen Film gesehen, als sie mit mir schwanger war. Es ging um einen ungarischen Freiheitskämpfer, er hieß Janoschek. Und sie sagte: ‚Mein Junge heißt Janoschek‘. Den Namen haben wir aber nicht nennen dürfen. Ich heiße Peter, aber meine Mutter hat immer ‚Janoschek‘ g’sagt. Das war ihr Wunsch.“

Sein Vater hatte ein Fuhrunternehmen, seine Mutter war 34 Jahre alt, als sie ihr sechstes Kind am 17. März 1939 in der Maiklinik in München auf die Welt brachte. Seine Geschwister Emma, genannt Frieda, Manfred, Hugo, Rosemarie und Rigo wohnten mit ihren Eltern im Stadtteil Giesing in München. Auch die Brüder seines Vaters wohnten mit ihren Familien dort, wie auch der Großvater. Die Großmutter kannte Peter nur vom Erzählen, sie war kurz vor seiner Geburt gestorben. Die Deisenhofener Straße, wo ihr Haus stand, war von Wiesen umsäumt. Die Familie war in den 1920er Jahren aus Franken nach München gezogen. Sie handelten mit Pferden, übernahmen Fuhrwerksdienste, auch für die daneben ansässige Margarine-Firma. Der Großvater hatte eine Puppenbühne, mit der er in Münchner Schulen auftrat und über Land zog. Er musizierte gern mit der Geige und der Drehorgel, doch daran erinnert sich Peter kaum. Es sind dies die Erinnerungen seines älteren Bruders Hugo.²

Erinnerungen an eine unbeschwerte Kindheit gibt es für Peter nicht, er war zu klein, als dass er sie hätte im Gedächtnis bewahren können, als es sie noch gab. Nach der Ideologie und den Plänen der damals regierenden Nationalsozialisten hatte der kleine Junge keine Lebensberechtigung. Zum Zeitpunkt seiner Geburt waren sein Tod und der seiner Angehörigen auf dem Papier bereits beschlossene Sache. Im Dezember 1938 schrieb Himmler einen Runderlass zur „Bekämpfung der Zigeunerplage“ und verlangte darin eine „endgültige Lösung“, die „aus dem Wesen dieser Rasse heraus“ erfolgen müsse. Drei Jahre zuvor wurden Sinti und Roma bei den Nürnberger Rassegesetzen als „außereuropäische Fremdrasse“ in der gesetzlichen Behandlung den Juden gleichgestellt.

Am frühen Morgen des 8. März 1943 ist Janoscheks Kindheit zu Ende, dabei hat sie noch gar nicht begonnen, es ist neun Tage vor seinem vierten Geburtstag. Polizisten

reißen ihn aus dem Schlaf, nehmen die Familie gefangen und bringen sie aufs Polizeipräsidium in der Ettstraße. Nach fünf Tagen Haft in der überfüllten Sammelzelle bringen die Polizisten sie zu einem Gleis. Ein Viehwaggon wartet auf sie.

Das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau ist bis heute der Inbegriff menschlicher Grausamkeit. Es ist der Ort, an dem Menschen andere Menschen ihrer Würde beraubten und sie planmäßig töteten, folterten, sie an beabsichtigter Unterernährung, mangelnder Hygiene, Krankheiten und Seuchen sterben ließen. KZ-Ärzte führten medizinische Versuche an ihnen durch, nahmen Sterilisierungen vor. Auschwitz ist ein Ort, über dem der Rauch aus den Krematorien stieg, das Konzentrationslager in Polen, an dem Massenverbrechen und der Genozid Wirklichkeit waren, das sogenannte Vernichtungslager.

Im Februar 1943 entstand das „Zigeunerlager Auschwitz“ als Abschnitt B II e des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Bis August 1944, als die SS-Wachmannschaften es aufgrund des Vormarsches der Roten Armee räumten, waren über 22.000 Personen ins „Zigeunerlager-Auschwitz-Birkenau“ deportiert worden.

Josef und Sophie Höllenreiner und ihre sechs Kinder überlebten den Völkermord. Im Frühjahr 1945 kamen sie in das zerstörte München zurück nach Giesing.

Die Bescheinigung des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes vom 24.10.1966 an das Landesentschädigungsamt nennt die Ankunftsdaten von Peter Höllenreiner in den verschiedenen Lagern:

„Bescheinigung über KZ-Aufenthalt:

- KL Auschwitz am 18.03.1942 [richtig: 1943 Anm. d. V.]
- KL Ravensbrück August 43 [richtig: 1944 Anm. d. V.]
- KL Mauthausen Januar 1945
- KL Bergen-Belsen 30.01.45
- Befreit Mai 1945“³

Peter Höllenreiner hat kaum Erinnerungen an die Zeit in den Lagern, es sind nur Bruchstücke, die vereinzelt in den Gesprächen aufscheinen. Ich frage nicht mehr danach, denn die wenigen Erzählungen reichen, um das Ausmaß der Traumatisierung zu erkennen, die sein Leben prägen. Jede Erinnerung kann bedeuten, dass die damalige Angst wiederkommt, von der er immer wieder sagt: „Das kann man nicht erzählen.“

2 Siehe Anja Tuckermann: „Denk nicht, wir bleiben hier!“ Die Lebensgeschichte des Sinto Hugo Höllenreiner. München 2005. Hugo Höllenreiner verstarb im Jahr 2015.

3 BEG 46139.



Josef Höllenreiner, Peters Vater in Uniform als Soldat der Wehrmacht. Aus rassistischen Gründen wurde er 1942 aus dem Wehrdienst entlassen.

Foto: Peter Höllenreiner

„Der Zigeuner ist in den Köpfen drin ...“

Im Jahr 1945 wird Peter sechs Jahre alt und ist schulpflichtig. Die Schulzeit beginnt für ihn, wie wenn nichts gewesen wäre. Doch er hatte seine Kleinkinderzeit unter Todesgefahr verbracht. Im Kindergartenalter erkunden Kinder die Welt, machen ihre ersten Schritte, finden erste Freunde, bauen Sandburgen, lassen ihrem Spieltrieb und ihrer Neugierde freien Lauf. Peters Erfahrung und Erinnerung in diesem Alter war, dass in meterhohen Zäunen lebensgefährlicher Strom fließt und dass Kinder von Menschen in Uniform einfach erschossen werden dürfen.

Fünf Jahre lang besucht er die Martin-Schule in München Giesing, anschließend zwei Jahre die Icho-Schule.

„Und dann erst nach dem Krieg – war es für mich sehr schlimm. Weil nach dem Krieg bist du genauso behandelt worden. Der Lehrer – in die letzte Bank – weil ich mit den Füßen g’wackelt hab’. ‚Nach hinten mit dir!‘ – der hat mich auch ned g’fragt, was is. Wenn irgendwas weggekommen ist, dann haben alle auf mich g’schaut. Man kann das nicht erzählen.“

Die gesellschaftliche Ausgrenzung als „Zigeuner“ geht weiter, sie ist für das Kind Peter nun zwar nicht mehr lebensbedrohlich, doch auch nicht lebensfördernd. Das Lernklima in der Schule kennt keine Rücksicht auf die

seelischen Nachwirkungen der Extremsituationen, die er erfahren musste. In seiner Familie erlebt er den Vater sehr streng, er bestraft mit Schlägen. Die Mutter habe nichts zu sagen gehabt. Und er leidet Hunger, auch nach 1945. Auch die Eltern sind traumatisiert und sie trauern um die vielen Toten. Die Gewalt, die der Vater erleben musste, er gibt davon weiter – an die Schwächsten, es sind die Kinder. Auch Opfer können Täter sein und Gewalt anwenden, sie werden es oft innerhalb der eigenen Familie.⁴

Es gibt den Schutzmechanismus der Verdrängung. Erlebnisse, die eine junge Kinderseele nicht verarbeiten kann, sinken ins Unterbewusstsein ab. Sie sind nicht mehr greifbar, nicht mehr erinnerbar, nur manchmal scheinen sie in versteckter Gestalt wieder auf – zum Beispiel über Träume. Verdrängung ermöglicht, ein Leben im Heute zu führen, wenn die Vergangenheit es überrollen würde.

„Ich kann Ihnen nur sagen, nach dem Lager, als ich in Giesing gewohnt hab, hab ich immer Albträume gehabt. Das Haus war ungefähr 20 Meter vom Zaun entfernt. Und da bin ich immer heim gegangen, hab die Gartentür aufgemacht und in dem Moment ist ein kleiner Mann da, der war so groß und so breit, und der ist mir immer nach. Und ich hab nicht laufen können. Dann bin ich immer vor dem Haus z’amm brochen und wie er mich immer packen wollt, bin ich aufgewacht, hab ich g’weint. Meine Mutter hat es gehört – ‚ja, was hast denn?‘ ‚Nix, Mama, nix.‘ Für mich war es immer so schlimm, wenn meine Mama nicht mehr ist. Mein Vater war sehr streng, meine Mutter hat sich nix sagen traut. Da hab ich immer denkt, wenn mei Mama nicht mehr is, was is dann. Das war ziemlich schlimm für mich. Ich weiß nicht, was das war. Ich hab immer Angst g’habt. Das kann man gar nicht erzählen, was das für eine Angst war.“

Im Lager hat Peter nie gelernt, sich durchzusetzen und sich zu wehren. Das, was das Kind sah, war, dass man gehorchen, sich unterwerfen, sich demütigen lassen musste – nur so war Überleben möglich, wenn überhaupt. Nun ist er in einem Klassenverband und einem Lehrer ausgeliefert, von dem er sagt, er sei ein alter „Nazi“ gewesen. Die Ausgrenzung geht weiter. Möglichkeiten für die seelische Verarbeitung des Erlebten gibt es nicht. In der Gesellschaft und in der Familie wird geschwiegen und die Eltern sind damit beschäftigt, sich wieder eine Existenz aufzubauen. Sie reden mit ihren Kindern nicht über das, was sie erlebt haben. Dies ist ein verbreitetes, ein „normales“

⁴ Siehe dazu: Jürgen Müller-Hohagen: Verleugnet, verdrängt, verschwiegen. Seelische Nachwirkungen der NS-Zeit und Wege zu ihrer Überwindung, München 2005.

Verhalten von KZ-Überlebenden. Sie versuchen über das Schweigen, ihre Kinder vor der unfassbaren Wahrheit zu bewahren, und sich selbst vor den Erinnerungen.⁵

Peter lebt in Giesing, dort, wo er auch vor der Deportation mit seiner Familie wohnte. Und wieder landet er eines Tages als Kind auf dem Polizeipräsidium in der Ettstraße. Es ist die Polizeistelle, in der er im März 1943 in der Sammelzelle gefangen gehalten war, der Ort, an dem die Deportation nach Auschwitz begonnen hatte.

Es ist Winter, die Weihnachtstage sind vorbei. Sein Cousin und er haben die Idee, zum Heilig-Drei-König-Singen zu gehen. Ein alter Brauch. Kinder basteln einen Stern und klopfen an den Häusern an. Sie singen, hinterlassen einen Gruß, einen frommen Wunsch und erhalten dafür eine Gabe. Peter zog als Sternsinger mit seinem Cousin los, um für sich selbst ein paar Gaben zu erhalten – und landete auf dem Polizeipräsidium in der Ettstraße.

„Wir sind einmal Heiligdreikönig gegangen. Ich mit meinem Cousin, der jetzt in Nürnberg wohnt. Da haben sie uns eingesperrt. Es ist die Polizei gekommen und hat uns verhaftet. Denn Heiligdreikönig war schon vorbei, und wir sind trotzdem noch gegangen. Wir wussten nicht, dass wir das nicht dürfen. Da brachten sie uns in die Ettstraße.“

Sein Onkel musste kommen, um die zwei Kinder dort abzuholen. Es ist nur eine kleine Anekdote, die dem Erwachsenen Peter Höllenreiner heute wieder einfällt. Die Familie ist geblieben an dem Ort, an dem die Schreckens- erfahrung begann. Als der etwa zehnjährige Peter nun wieder auf der Polizeistation landete, könnten ihm die gleichen Polizeibeamten wie damals im März 1943 gegenüber gestanden haben, die gleichen Wände, die gleiche Eingangstür, die gleiche Arrestzelle. So könnte es gewesen sein. Es begann eine zweite Traumatisierung.

Seine Schulbildung blieb dürftig. Berufswege blieben ihm verschlossen. Er arbeitete zu Hause mit, im Pferde- stall, beim Pferdehandel, er half seinem Vater, seinen Onkeln. Er lernte über das Zuschauen und Zuhören.

„Wir haben ein Fuhrunternehmen gehabt. Fuhrunter- nehmen heißt, mei, die haben halt Umzüge gemacht unter anderem. Wir haben ein paar Pferde gehabt. Das war sein [des Vaters Beruf, Anm. d. Verf.], es hat ja von uns Kindern keiner was g'lernt. Die hätten uns auch nie g'nommen.“

„Die hätten Sie nie g'nommen?“ [in die Lehre zur Berufsausbildung, Anm. d. Verf.], ich schaue ihn verwun- dert an.

„Nein. Da hätt' uns niemand ... [er schweigt]“.

„Familie ist alteingesessen, galt immer als ehrbar, flei- ßig, vornehm und ruhig.“ Dies schreibt der Hausarzt der Familie Höllenreiner im Jahr 1954 in einem Krankheits- bericht über Peters Vater Josef Höllenreiner zur Vorlage beim Landesentschädigungsamt. Er wollte vermutlich dem Vorurteil, das auch nach 1945 unausgesprochen und unhinterfragt über der Gesellschaft hing, entgegenwirken, bzw. die gesellschaftliche Stellung der Familie richtig stel- len. Als Arzt hätte er sich nicht über die Lebensweise der Familie äußern brauchen, doch er hielt es anscheinend für notwendig. Der Bericht geht noch weiter: „Keine erbli- chen Krankheiten. Eltern des Pat. sind hochbetagt, nie im Leben krank gewesen, noch jetzt arbeitsam.“

Die Militärregierung erkannte zwar Peters Vater und seine Familie als „rassisch Verfolgte“ an, denn sie waren im März 1943 deportiert worden, doch das Schriftstück hatte erst einmal keine weiteren Folgen. Wäre die Deportation früher erfolgt, wäre ihnen die Anerkennung als Verfolgte der NS-Diktatur ganz versagt geblieben. Frühere Inhaftie- rungen wurden in einem Urteil des Bundesgerichtshofes von 1956 als legitime polizeiliche Maßnahmen festge- schrieben, begründet mit den angeblichen kriminellen und asozialen Eigenschaften von „Zigeunern“.

Es gab in den Nachkriegsjahren keine Rehabilitation, es gab keine gesamtgesellschaftliche Anerkennung der ras- sisch motivierten Verfolgung von Sinti und Roma, denn diese hielt im Grunde genommen an, war im Jahr 1993 das Fazit des Historikers Ludwig Eiber.⁶ Heute gilt dies als traurige historische Tatsache. Ein öffentliches Eingeständnis, dass der an den Sinti und Roma geschehene Völ- kermord Unrecht war, gab es weder in den unmittelbaren Nachkriegsjahren, noch in der Wirtschaftswunderzeit. Erst im Jahr 1982 gab die Bundesregierung der Bundes- republik erstmals eine entsprechende Erklärung ab, nach- dem sich der neu gegründete „Zentralrat Deutscher Sinti und Roma“ dafür eingesetzt hatte.

„Der Zigeuner ist in den Köpfen drin“, sagt Peter Höl- lenreiner im Jahr 2014. Seine Stimme ist kraftlos, leise bei diesen Worten, wo er sonst so lebendig erzählt. Ausgren- zung durchzieht sein Leben wie ein roter Faden. War er später erfolgreich durch Fleiß, durch sein Können, aber auch mit Glück – hieß es: der Gauner.

5 Siehe dazu: Gabriele Rosenthal (Hg.): Der Holocaust im Leben von drei Generationen. Familien von Überlebenden der Shoah und von Nazi-Tätern, Gießen 1999.

6 Ludwig Eiber: „Ich wußte, es wird schlimm“ (Hugo H.). Die Verfolgung der Sinti und Roma in München 1933–1945. Mit Beiträgen von Eva Strauß und Michail Krausnick, hg. von der Landeshauptstadt München, München 1993, S. 9.

Beste Adresse

„Ich habe ein Auge für Antiquitäten gehabt. Ich habe es nicht gelernt, aber ich sah sofort, was alt und was neu ist. Ja, das ist so eine Gabe. Das war halt meine, jeder hat irgendeine Gabe. Ich habe mit Null angefangen und gearbeitet, wirklich gearbeitet, muss man sagen. Auch wenn man so meint, das wäre keine Arbeit, aber ich habe bis nachts um zwölf Uhr oft gearbeitet.“

Der 21-jährige Peter heiratet im Februar 1961. Von seinem Schwiegervater, einem Postbeamten, leiht er sich tausend Mark, kauft sich ein Auto und geht damit „ins Geschäft“. Er kauft Zinnkrüge, Antiquitäten auf, handelt damit, verkauft sie wieder. Mit dem Auto fährt er über Land, fragt auf Bauernhöfen nach Antiquitäten. Oft, wenn er klingelt, bleibt die Tür verschlossen. Er sieht nur, wie sich der Vorhang bewegt. Fortan klingelt er und verschwindet schnell neben der Tür, bis ein neugieriger Hofbewohner sie öffnet. „Grüß Gott, ich komm’ aus München, ihr habt doch vielleicht ...“ Seine angenehme Stimme, seine bayerische Sprache verhelfen ihm, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen.

„Ich kann mich an keinen meiner Verwandten erinnern, der nicht gut angezogen gewesen wäre, von sich aus waren die schon so. Einen kannte ich persönlich sehr gut, es war Onkel Biggi, wie er mit richtigem Namen hieß, kann ich nicht sagen. Wenn er gekommen ist, hat er immer sehr schöne Schuhe getragen. Hab’ ich zu ihm g’sagt: ‚Sind des schöne Schuh.‘ – ‚Mei Bua, die hab’ ich schon 20 Jahr‘ – wie neu waren die. Und dazumal trug er schon einen Kaschmirpullover, er war eine wahnsinnig elegante Person. Er geht mir nie aus dem Kopf. Und dem komm’ ich ein wenig nach.“

Eines Tages klingelte Onkel Biggi an seiner Haustür. Als er öffnet, drückt er ihm ein Stück Stoff, brauner Kaschmir, in die Hand. Er sagte nicht viel dazu. Aber Peter verstand: „Mach was d’raus“, bedeutete es für ihn.

Vielleicht ist das Geheimnis seines beruflichen Erfolgs auch: Er streifte seine Vergangenheit ab. Er änderte seinen Namen, als das Verfolgungsschicksal seiner Familie über die veröffentlichte Lebensgeschichte seines Bruders Hugo bekannt wurde. Er ließ seine eintätowierte Nummer auf seinem Arm entfernen, nur in Spuren war sie noch zu erkennen. Ich habe mich nicht verschrieben. Sie lesen richtig: Sie war nur mehr anhand kleiner Punkte zu erkennen. Jetzt ist alles anders. Bei unserem letzten Treffen zeigt er mir seinen Arm: Er hatte seine Nummer wieder eintätowieren lassen.



Peter Höllenreiner und seine Frau am Hochzeitstag, München 1961
Foto: Peter Höllenreiner

Wie wird Mann zum Sinto, Frau zur Sinteza?

„Wenn ich nur endlich sagen könnte, ich bin ein Italiener, ich bin ein Russe, ich bin ein Pole, ist doch wurscht, was – dann hätt’ ich endlich mei’ Ruh. Aber wenn ich sag’, ‚ich bin Deutscher‘, dann ist es schon passiert: ‚Ah geh’ – die Farb’ die du host. Und die langen Finger, die du host ...‘“

„Sinti“ und „Roma“ sind die Namen, die sich die Bevölkerungsgruppen europaweit heute selbst geben. Nur Peter Höllenreiner, er, der den versuchten Genozid überlebte – zählt sich nicht dazu. In unseren Gesprächen kritisiert er eine neue Politik verwalteter Minderheiten. „Ich bin Deutscher, wie jeder andere auch, der den deutschen Pass hat“, sagt er. Als Bundesbürger, als Deutscher möchte er wahr genommen sein, nicht als Sinto. Er sieht wenig Sinn darin, einen Minderheitenstatus zu tragen. Er, der die rassistische Verfolgung nur knapp überlebte, scheut sich vor dem neuen Stempel.

Und außerdem – eigentlich sei er ja Jude. Die Großmutter seiner Mutter war Jüdin. So berichtet es die mündlich überlieferte Familiengeschichte. Eines Tages erfuhr er,

dass er nach der jüdischen Tradition demnach auch Jude ist: „Normalerweise bin ich ein Jude, wissen Sie das? Denn bei den Juden geht es immer nach der Mutter, bei uns geht es nach dem Vater.“

Auf mein Nachfragen erzählt er noch einmal: Seine Familie habe innerhalb des größeren Familienverbands des Vaters eine Sonderstellung gehabt, weil seine Mutter jüdischer Herkunft war. Die „Galizianertruppe“, die „Judenfamilie“, habe es geheißten.

Nach dem, was ich in den Akten der Entschädigungsverfahren lese, wurden alle Familienmitglieder aufgrund der rassistischen Verfolgung als „Zigeunermischling“, die Mutter als „Zigeunerin“ inhaftiert.

Doch zweimal finde ich den Hinweis auf die jüdische Abstammung in den Aktenbergen. Einmal ist er in der Eigenanamnese eines Gutachtens der Medizinischen Klinik München v. 25. Mai 1955 zu finden. Sophie Höllenreiner gibt an, dass ihre Großmutter Jüdin war. Ein zweites Mal lese ich es im Arztbericht, der die Familiengeschichte nach den Erzählungen von Peters Bruder wiedergibt. „Die Urgroßmutter war Jüdin“, hatte dieser dem Arzt erzählt.

Der zweite Genozid

„Es hat geheißten zu meinem Vater: „Josef“, mein Vater hat Josef geheißten, „Josef, wenn du dich sterilisieren lässt und deine Frau und die zwei ältesten Geschwister, dann kommt ihr raus.“ Weil dann keine Nachkommen mehr ... Und mein Vater war einverstanden. Es wurden mein Vater sterilisiert, meine ältesten Brüder, meine Mutter und die älteste Schwester.“

Es war in seiner Familie bekannt, wer zwangssterilisiert war und wer nicht. Zwangssterilisation verhindert eine freie, selbstbestimmte individuelle Lebensgestaltung. Sie zerstört. Was Zwangssterilisation an Schaden zufügte, wird erst auf längere Sicht erkennbar. Zuerst zählt nur: Wir haben den Genozid überlebt! Erst nach Jahren erkennen die Betroffenen in der Tatsache, nie Vater oder Mutter sein zu können, nie ein Familienleben mit Kindern erleben zu dürfen, den fortgesetzten Völkermord. Als zweiter Genozid wird Zwangssterilisation heute bezeichnet. Es ist der langsame Tod einer Ethnie, einer Menschengruppe. Ohne Nachkommen werden auch deren Kultur, Traditionen, Werte, ihre Sprache nicht weitergetragen. Dies war das Ziel der Nationalsozialisten.

Peter Höllenreiner war zu jung, als dass er der Folter der Sterilisation mit lebenslanger Wirkung unterzogen worden wäre. Er ist heute Vater von vier Kindern. Trotzdem fühlt auch er sich beraubt: seiner Verwandten, der Fami-

lienangehörigen, die es nicht gibt, oder bei denen er mit ansehen musste, wie sie an der Tatsache der persönlichen Kinderlosigkeit verzweifelten.

Dienstag, 17. August 2013. Wir fahren die Deisenhofener Straße entlang, wo er vor 1943 und nach 1945 mit seiner Familie wohnte. Wo damals das kleine Holzhaus stand, ist heute ein Wohnblock. Wir fahren weiter, er zeigt auf vierstöckige Häuser. „Das war alles Wiese. – Waren dort Ihre Pferde?, frage ich. – Ja, teilweise Rennpferde, teilweise Handelspferde. Denn mein Onkel Konrad war ja Gutachter. Von weit und breit sind die Leute gekommen. Er war ein großer Pferdekennner. Sie haben ihn die Pferde anschauen und schätzen lassen. Er hat einem Pferd von der Weite schon angesehen, was es hat.“

Am Friedhof parken wir. Es dauert, bis wir das Grab zwischen den vielen Reihen hinter einer Hecke gefunden haben. Viele seiner Verwandten sind hier begraben, seine Großeltern, Onkel, Tanten, Cousins, Cousinen. Auch Onkel Konrad der Pferdehändler, seine Frau, seine drei Töchter. Es dauert eine Weile, bis ich verstehe: Manche Namen stehen auf dem Grabstein. Begraben wurden sie nicht. Sie starben in Auschwitz. Mit der Inschrift gibt es für sie einen Ort der Erinnerung. Er liest und erklärt: „Rosemarie war die Tochter von Konrad. Sie ist 1934



Peter Höllenreiner am Grab seiner Großeltern und Verwandten, München im Jahr 2013

Foto: Maria Anna Willer

geboren und 1945 im KZ vergast worden. Die Anna, sie ist ebenfalls eine Tochter von Konrad, 1932 geboren, 1944 in Auschwitz vergast worden. Maria, das ist das dritte Mädels, 1931 und 1944 – das war vor Kriegsende. Und Alma, das war die Mutter. Sie ist 1902 geboren und '43 vergast worden. Konrad, ihr Mann, meines Vaters Bruder, ist 1985 in Deutschland gestorben.“

Er liest noch viele Namen einzeln vor, immer mit dem Zusatz „vergas“ oder „gestorben“, manchmal fügt er hinzu, wer zwangssterilisiert wurde. Wir stehen vor dem Grab mit ermordeten Toten, die nicht einmal einen Leichnam zurücklassen konnten. Ich frage ihn, ob ich ein Grablicht holen soll, ob er eine Kerze anzünden möchte. Er wehrt ab: „Ich trage das da drin, ich muss auch keine Kerz'n anzünden, ich muss auch nicht in d' Kirch geh' um zu beten, ich kann zu Hause beten.“

Einige Wochen später bringt mir Peter Höllenreiner ein gerahmtes Bild der Familie seines Onkels Konrad. Er hatte seinen Cousin Luke in München besucht. Jede Woche besuche er ihn. Diesmal durfte er das Bild mitnehmen. Vater, Mutter, drei Mädchen und zwei Jungen sind darauf zu sehen. Wer die Hintergründe nicht kennt, sieht eine traute Familie. Mit dem Bild bekommen die Inschriften auf dem Grabstein Gesichter. Die hübsche Frau im Bild wurde im Alter von 41 Jahren in Auschwitz ermordet, die jüngste der drei Töchter war elf Jahre, als sie in den Gaskammern umkam. Der Vater und die zwei Söhne überlebten, sie kehrten nach München zurück. Die zwei Jungen sind Peters Cousins. Einer ist Luke. Ihn besucht er regelmäßig in München.

„Der Luke geht nicht aus der Wohnung“, sagte er einmal nebenbei. Ich beachtete den Satz anfangs nicht. Zu verwirrend sind mir noch immer die vielen Namen der Verwandten. Ich hatte den Zusammenhang nicht hergestellt, zum Grabstein, zum Familienbild. Das Bild brachte Peter seinem Cousin nach wenigen Tagen wieder zurück, denn er vermisste es. Der „Luke ruft mich jeden Tag an, er braucht das Bild wieder, wenn ich es nicht bald bringe ...“, sagte Peter Höllenreiner.

Im Oktober 2014 starb Luke. Ich hatte ihn nie persönlich kennen gelernt. Nun erfahre ich mehr über ihn. Er verließ



Peter Höllenreiners Onkel Konrad hatte zur Erinnerung an seine Frau und drei Töchter, die in den Konzentrationslagern ermordet wurden, eine Fotomontage zusammengestellt. Das Bild zeigt seine Frau Alma mit ihren Kindern Maria, Anna, Rosemarie, Babist und Luke.
Foto: Peter Höllenreiner

seine kleine Wohnung in München nicht. Seit Jahren, seit Jahrzehnten. Etwa 40 Quadratmeter umfasste sein räumlicher Lebensradius. Er emigrierte auf seine Art. Er blieb im Lande Deutschland, aber betrat es nicht mehr. Seine Frau erledigte die Einkäufe. Er schaute sich die Welt aus sicherer Entfernung an: aus dem Fenster, über den Fernseher.

Die Todesanzeige stand in der Zeitung, jeder hätte zur Beerdigung kommen können. Einer der letzten Münchner Zeitzeugen des Genozids stirbt. Unbeachtet. Unbemerkt. Ich frage zweimal nach: „Nein, von der Stadt war niemand da.“ Keine Rede, kein Kranz, keine Karte, nichts. Von offizieller Seite sei nie jemand auf einer Beerdigung eines Sinto gewesen. Peter Höllenreiner geht auf jede Beerdigung seiner Verwandten, er muss es wissen.

Aktenberge

„Nach dem Lager hat mein Vater eine Wiedergutmachung (Haftentschädigung, Anm. d. Verf.) g'kriegt. Wir haben damals in Giesing gewohnt. In so einem kleinen Holzhaus. Ich war schon 13 Jahre alt und mein Vater bat Geld bekommen, vielleicht 13.000 oder 14.000, das war schon DM. Davon hat er dann in Waldtrudering ein Haus gekauft. Dort haben wir dann gewohnt. Das war die Wiedergutmachung für die ganze Familie. Da waren wir alle mit einberechnet. Jedes Kind und so.“

11. August 2013. Es hat nicht lange gedauert, bis ich Antwort auf meine schriftlichen Anfragen erhielt. Sie wurden schnell bearbeitet. Nächste Woche erhalte ich Einsicht

in die Akten des Landesentschädigungsamtes.⁷ Der Beamte am Telefon ist freundlich. Die Akten seien dick. Ich werde länger zu lesen haben. Erfahrungsgemäß brauchen Leute, die diese Akten einsehen wollen, immer länger, meint er.

Der Verwaltungsapparat funktionierte damals, als Peter Höllenreiner und seine Familie in der Zeit der NS-Diktatur ins Konzentrationslager deportiert wurden. Und er funktioniert wieder nach Paragraphen, als sie nach 1945 in der jungen Bundesrepublik Deutschland eine Entschädigung beantragten. Wäre zur Zeit des NS-Regimes nichts ordnungsgemäß gelistet, protokolliert, aufgenommen, verzeichnet worden, hätte es dann keine Wiedergutmachung gegeben? Das frage ich mich, als ich von dicken Aktenstapeln höre. Wie kann ein Schaden, der der Seele eines Kindes zugefügt wird, entschädigt werden?

Ein fast meterhoher Aktenberg liegt vor mir. Rote, gelbe, grüne Pappordner, alt vergriffen, auf jedem Pappdeckel sind handschriftlich die Aktenzeichen darauf gemalt. Die Aktendeckel sind selbst Teil der Geschichte. Sie tragen jahrzehntelangen Schriftverkehr in sich, sie beinhalten die Verwaltung von Menschen, die den Holocaust überlebten.

Beim stundenlangen Lesen macht sich Abstumpfung in mir breit. Der zehnte Krankenbericht, der die langandauernde Schädigung, den die KZ-Haft zur Folge hat, belegt. Oft sprechen Ignoranz und Arroganz aus den Gutachten. Ein ewiges Beweisen-Müssen mithilfe von Anträgen, unzähligen Schreiben, Bescheinigungen, Formularen, Attesten. Anträge werden abgelehnt, Widerruf eingelegt, die Zuständigkeiten der Gerichte wechseln. Die Familienmitglieder waren dieser Prozedur ausgesetzt, um eine Entschädigung in Form einer Rente und/oder einer einmaligen Geldleistung zu erhalten. Die Entschädigungen sind kategorisiert nach „Schaden an Freiheit“, exakt berechnet nach der Dauer der nachgewiesenen Lagerhaft, „Schaden an Körper und Gesundheit“, „Schaden im berufl. Fortkommen“, „Soforthilfe“ und dann gibt es noch ein ankreuzbares Kästchen mit dem Kürzel „BEG-SG“: Bundesentschädigungsgesetz – Schlussgesetz. Es klingt, wie wenn der Gesetzgeber damit sagte: Jetzt ist Schluss mit den Gesetzesnachbesserungen. Jetzt sind genug Entschädigungen bezahlt. Es hört sich an wie: Allem ist Genüge getan.

Abends ruft mich Peter Höllenreiner an. Er habe wieder Bilder. Seit wir die Gespräche führen und er mir von anderen Familienmitgliedern erzählt, sammelt er bei seinen Verwandten Bilder und Unterlagen. Ich radle zu ihm. Er erzählt: Die Wiedergutmachungsbehörde habe seinen Eltern damals

gesagt: „Wenn ihr unterschreibt, bekommt ihr 25 Prozent Erwerbsminderung anerkannt und ihr braucht keine ärztlichen Untersuchungen machen lassen.“ Alle willigten ein, denn die Leute auf der Behörde hätten gesagt: „Sonst kann es sein, dass ihr gar nichts bekommt.“ Später musste dann jeder gegen die damalige Einstufung klagen.

Bei den Worten „ärztliche Untersuchungen“ horche ich auf. Auch in den Konzentrationslagern waren es Ärzte, die Selektionen überwacht hatten. Versuche an den Gefangenen und Zwangssterilisierungen durchgeführt hatten. Vor diesem Hintergrund wird klar, dass sich keiner der Familienangehörigen freiwillig einer amtsärztlichen Untersuchung unterziehen wollte.

Peter Höllenreiner war noch nicht schulpflichtig, als er im Konzentrationslager war. Er hatte keine Versäumnisse an Schuljahren und keinen „Schaden an beruflichem Fortkommen“ vorzuweisen, ein entsprechender Antrag wurde 1960 abgelehnt. Es gibt einen Antrag auf Entschädigung wegen „Schaden an Körper oder Gesundheit“, datiert aus dem Jahr 1966. Peter Höllenreiner ist 27 Jahre alt, Vater von drei Kindern und gibt zu Protokoll, dass er bis ca. 1950 an starken Kopfschmerzen litt, außerdem an „Schwindelanfällen, Schlaflosigkeit. Rheuma, starken Beckenschmerzen, zeitweise Sprachstörungen.“ Die amtsärztliche Untersuchung durch das staatliche Gesundheitsamt Fürstfeldbruck bestätigt seine Angaben: „In der Haft Platzwunde am Hinterkopf, Fleck- oder Bauchtyphus? Seit 1957 Apendectomy [Blinddarmentfernung, Anm. d. Verf.], seit Haftentlassung ärztl. Behandlung wegen migräneartiger Kopfschmerzen, Wetterfühligkeit, Schwindelanfälle, Schlaflosigkeit und Kreuzschmerzen. Befund: nervöser Erschöpfungszustand, vegetative Dystonie, Untergewicht.“

Alles dürfe ich nicht schreiben über ihn, sagt er mir, als ich ihm von dicken Aktenstapeln erzähle. Mehr solle ich in seiner Akte auch nicht lesen. Ich frage ihn, ob er denn selbst Einblick in die Akten nehmen möchte. „Nein, nur nicht“, wehrt er ab. Niemand erinnert sich gern an eigene Verfolgung, Recht- und Hilflosigkeit.

Wer spricht freiwillig über erlittene Demütigungen? Wenn jemand darüber spricht, dann in verschlüsselten Sätzen: „Ich war KZ-Häftling“, ist zum Beispiel ein verschlüsselter Satz. Es bleibt dem Hörer selbst überlassen, welche Bilder er damit verbindet. Ein weiterer Schlüsselsatz begegnete mir im Gespräch mit einem Historiker: „Die psychische Dimension fand lange keine Anerkennung vor Gericht“, sagte dieser. Damals verstand ich nicht, was er meinte. In den Aktenbergen entblättert sich die Aussage des Historikers: Psychische Folgen von Ver-

.....
7 Landesentschädigungsamt München: EG 4827/4829/4580/4828/4830/4831.

folgung und Lagerhaft werden in Anamnesegesprächen ersichtlich. Dennoch steht zum Schluss der knappe Satz: „Ihr Antrag wird abgelehnt.“

Im Laufe der Jahrzehnte ändern sich die medizinischen Gewichtungen und die Wahrnehmung der Ärzte, so meine ich zu erkennen. Schlaflosigkeit, Nervosität, Angstzustände fanden bei den Gutachtern in den ersten Nachkriegsjahrzehnten keine Beachtung. Sind physische Schäden klar diagnostizierbar, ist die Rentenbemessung garantiert. Grausam wird es, wenn der Gutachter unterscheiden soll, ob die Erkrankung Folge der KZ-Haft ist oder nicht. Viele Folgeschäden entstehen erst oder verschlimmern sich im Alter. Die einstige „unfachmäßig“ durchgeführte Zwangssterilisierung mit späteren „Verwachsungen in allen Gewebeteilen“ führt zu Darmproblemen. Alpträume und Angstzustände mehren sich. Die Knieverletzung, durch den „KZ-Lagersport“ erlitten, weitet sich im Alter zur Gelenksarthrose.

Jeder Antragsteller ist auch Bittsteller. Er muss die Entschädigung beantragen. Eine demütigende Geste in dem Bewusstsein, dass das Erlittene großes Unrecht war. Mein Fazit nach der Recherche in den Aktenbergen: Alles stimmt, was Peter Höllenreiner mir erzählt hatte. Ich konnte es anfangs nur nicht glauben. Oder ich wollte es nicht glauben. „Wir mussten alles erstreiten. Von sich aus hätten sie uns gar nichts gegeben“, sagte er zum Beispiel. Und an anderer Stelle: „Wenn man was bekommen hat, hinterher musste man den Rechtsanwalt bezahlen. Viel ist nicht geblieben.“



Die Eltern Josef und Sophie Höllenreiner. Die Passbilder wurden ca. 1946, ein Jahr nach der Befreiung aus der Haft in den Konzentrationslagern, für die Anträge auf Entschädigung gemacht.
Fotos: Peter Höllenreiner

Peter Höllenreiner stellte seinen Antrag auf Entschädigung wegen „Schaden an Körper und Gesundheit“ spät, im Jahr 1966. Es sei die letzte Gelegenheit gewesen, überhaupt noch einen Antrag zu stellen, erklärt mir der Beamte am Landesentschädigungsamt auf meine Nachfrage. Seine Eltern hatten für den damals unmündigen Peter keinen Antrag wegen Körperschadens gestellt gehabt. Er hatte ja überlebt, er war nicht zwangssterilisiert, er galt als körperlich gesund. Seine bewilligte Rente ist eine Sonderrente nach § 31,2 des Bundesentschädigungsgesetzes. Der Paragraph sei 1965 erst eingefügt worden. Ein Zugeständnis des Staates sei es gewesen, das BEG-Schlussgesetz. Peter Höllenreiner erhalte die prozentuale Mindestrente. Wer nach diesem Paragraphen eine Rente erhält, kann keine Folgeschäden oder Leidensverschlimmerungen geltend machen. Kosten für Heilverfahren würden nicht übernommen.

Ich verstehe nun auch den Fachausdruck „Lebensbescheinigung“: Der Rentenbezieher wird jedes Jahr aufgefordert, sich zu melden, sein Einkommen zu erklären und eine sogenannte „Lebensbescheinigung“ abzugeben. Je nach Höhe seines Einkommens mindert sich oder entfällt seine Mindestrente.

„Bei Entscheidungen über die Neufestsetzung von Renten halten wir uns an die medizinischen Gutachten“, erklärt der Beamte weiter. Wieder sind es Ärzte, die unsichtbar bleiben und deren Urteile auf dem Papier ausschlaggebend sind. Wer das Gutachten nicht akzeptiert, kann Widerspruch einlegen, ein Gegengutachten anfertigen zu lassen. Daher rühren zum Teil die dicken Aktenstapel.

Ich darf auch die Akten der verstorbenen Geschwister von Peter Höllenreiner einsehen. Die Akten geben Aufschluss über die Familiengeschichte vor und nach 1945 und Einblick in den Umgang des Staates mit Überlebenden des versuchten Völkermords.

Peter Höllenreiner ist einer von wenigen verbliebenen Zeitzeugen. Er tritt mit der Tatsache seines Verfolgungsschicksals erstmals an die Öffentlichkeit. Es ist ihm ein Anliegen, aufzuklären, Vorurteile abzubauen und die Erinnerung an die bis heute unfassbaren Verbrechen zu bewahren.

Auszüge aus den Landesentschädigungsverfahren

Manfred Höllenreiner⁸



Manfred Höllenreiner, Aufnahme ca. 1946
Foto: Peter Höllenreiner

Am 11. Dezember 1949 meldet Manfred Höllenreiner seine „Ansprüche gemäß Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ nach § 14, „Schaden an Körper und Gesundheit“ an. Es geht um die Zwangssterilisation, die er im KZ Ravensbrück „1945, ungefähr im Monat März“ erlitten hat. Manfred ist der älteste Junge der sechs Geschwister. Laut Geburtsurkunde ist er 1932 in der Lerchenauer Straße 34 in München geboren. Acht Jahre nach der Antragstellung bewilligt das Landgericht München I einen „wiedergutzumachenden Schaden aufgrund der erfolgten Zwangssterilisation“. Ein Jahr zuvor hatte das Landesentschädigungsamt den Antrag abgelehnt.

Den Akten des Landesentschädigungsamtes liegen Gutachten bei, die u.a. Anamnesegespräche mit Manfred H. wiedergeben:

„Im Jahre 1944 sei er gleichzeitig mit seinem Vater und seinem Vetter im Konzentrationslager Ravensbrück sterilisiert worden. Man habe diesen Eingriff zweimal gemacht; anschließend sei es zu einer Eiterung gekommen, die mehrere Wochen gedauert habe. Während seiner Inhaftierung habe er sehr stark an Gewicht abgenommen, bei der Entlassung sei er nur noch Haut und Knochen gewesen.

Über seine jetzigen Beschwerden berichtete Herr H. folgendes: Er habe Herzbeschwerden. „Das Herz tut richtig weh, Frau Doktor“. Das sei „automatisch“ mit Angst verbunden; wovor er eigentlich Angst habe, könne er nicht sagen. Er leide eigentlich ständig unter einem Angstgefühl und unter innerer Unruhe. [...] Außerdem leide er unter Schwindelzuständen. „Wenn ich mich bücken tue, kommen sie hundertprozentig. In der Straßenbahn kann ich mich drauf verlassen. Im Kino, wenn viele Leute drin sind, muss ich unter der Vorstellung herausgehen.“ [...] Weil er sich schon immer Kinder gewünscht habe, habe er sich 1947 nochmals einer Operation unterzogen, die jedoch erfolglos geblieben sei. [...]“

Er glaube, dass der Bruch seiner Ehe, die wohl demnächst geschieden würde, auch nur mit den Folgen der Sterilisation zusammenhänge. [...] Außerdem schlafe er sehr schlecht. Er sei nachts oft so unruhig, schreie und tobe im Schlaf, dass sich seine Frau dadurch gestört fühle. Außerdem sei er immer leidend; dadurch könne er seiner Frau eben nichts bieten, er stelle nichts dar, er bringe kein Geld nach Hause. Durch die heftigen Kopfschmerzen, die vor allen Dingen in den Schläfen säßen, sei er in seiner Arbeitsfähigkeit auch sehr stark beeinträchtigt. [...] Er sei eben einfach kein vollgültiger Mensch. Er habe zu nichts Lust und an nichts Freude und er rege sich so furchtbar schnell auf. [...] Befunde: hochaufgeschlossener, zartgebauter Mann von ausgesprochen ästhetischem Habitus. [...]“⁹

Ein weiteres Gutachten aus dem Jahr 1957 von Dr. Leuchs und Prof. Dr. Kolle bestätigt Manfred Höllenreiner schließlich: „Die zahlreichen von ihm geklagten Störungen sind die Folge der geistig-seelischen Entwicklungshemmung und der während der Haft durchgeführten Sterilisation. Zwischen den beklagten Störungen und den gegen den Kläger gerichteten Verfolgungsmaßnahmen besteht ein ursächlicher Zusammenhang.“

Die Stellungnahme der Finanzmittelstelle München des Landes Bayern sieht es anders und empfiehlt dem Gericht, den Antrag abzulehnen, denn von der Fleck-

8 BEG 46138.

9 Auszüge aus dem fachärztlichen Gutachten des Direktors der Nervenklinik München v. 25.02.1957 für das Landgericht München I. BEG 46138.

feieberkrankung, die Manfred Höllenreiner in Auschwitz in vier Wochen Bewusstlosigkeit durchlebte, sei keine Hirnschädigung geblieben. Und die psychischen Folgen einer Zwangssterilisierung seien kein Grund für einen Wiedergutmachungsanspruch:

„In der Entschädigungssache Manfred Höllenreiner ./ Freistaat Bayern beantrage ich, die Klage als unbegründet abzuweisen, vorsorglich Gewährung von Vollstreckungsschutz gemäß § 713/II ZPO.

Das fachärztliche Gutachten vom 25.02.1957 stellt ausdrücklich fest, dass eine Hirnschädigung beim Kläger nicht vorliegt. Für die auf seelischem Gebiete liegenden Sterilisationsfolgen beim Kläger kann ein ursächlicher Zusammenhang nicht anerkannt werden. Ich verweise auf das gerichtsbekannte Gutachten von Prof. Kretschmer; außerdem weise ich auf die Entscheidung des BGH vom 29.02.1956 – IV ZR 352/54 – hin, wonach aus Rechtsgründen ein Anspruch des Klägers nicht besteht. 8. Juli 1957 gez. Regierungsrat Dr. Lorenz“.¹⁰

Doch am 1. Oktober 1957 entscheidet das Landgericht I entgegen dieser Empfehlung für die Anerkennung der „Körper- und Gesundheitsschäden“ als „verfolungsbedingt“. Manfred Höllenreiner erhält eine kleine Rente zugesprochen.

Rund 39 Jahre später, am 22. April 1996, schreibt Manfreds Schwester Emma an das Landesentschädigungsamt wegen Verschlimmerung seines Gesundheitszustandes. Zweimal besucht Manfred Höllenreiner am 13. April 1997 und am 16. Januar 1998 daraufhin den bestellten Gutachter. Aus den Berichten ist zu entnehmen: Manfred Höllenreiner leidet zunehmend unter Albträumen, Raumenge und er ist zum sozialen Außenseiter geworden.

Der Gutachter bringt plötzlich eine angebliche „Minderbegabung“ des Antragstellers ins Spiel, was er damit begründet, dass Manfred Höllenreiner noch vor seiner Inhaftierung ins KZ Auschwitz im Jahr 1942, drei Jahre nach seiner Einschulung, in die Hilfsschule „überführt“ worden sei. Diese Minderbegabung im intellektuellen Bereich habe die spätere seelische Verarbeitung der erlittenen Verfolgung erschwert und zum heutigen Gesundheitszustand beigetragen. Der Antrag auf Leidensverschlimmerung wird abgelehnt, denn die Minderbegabung habe bereits vor der Lagerhaft bestanden.

Der Landesverband Deutscher Sinti und Roma schaltet sich ein und legt dar, was es bedeutete, in der Zeit des

Nationalsozialismus als sogenanntes „Zigeunerkind“ auf eine deutsche Schule zu gehen:

„Neben der sozialen Ausgrenzung durch ihre von der NS-Rassepropaganda beeinflussten Mitschüler waren Kinder aus Sinti-Familien staatlichen Repressalien (Festschreibung, etc.) unterworfen. Unter diesen Bedingungen kann auf keinen Fall von einem auch nur annähernd chancengleichen Schulbesuch ausgegangen werden.“ Die angebliche „intellektuelle Minderbegabung“ sei mit dem Hintergrund der damaligen rassistischen Ausgrenzung nicht haltbar. Manfred Höllenreiner wird auf diesen Einspruch hin erneut „begutachtet“, diesmal von einem Professor der Medizin, der ihn wieder nach seiner Lebens- und Leidensgeschichte befragt. Jede Wieder-Erinnerung bedeutet eine Retraumatisierung. Manfred Höllenreiner kann nicht mehr, will nicht mehr ausgefragt werden nach seinen Erinnerungen. Der Professor sollte es wissen, doch anscheinend kennt er die Vorgeschichte, die vielen alten Gutachten nicht. Er befragt ihn wieder und wieder.

„Herr Professor, ich leide schon seit Jahren an Träumen und Schwitzen. Mir geht das KZ nicht aus dem Kopf, ich kann keinen Film anschauen vom KZ, von Jahr zu Jahr wird es schlechter, und dann die Träume ...“ (Auszug aus dem Anamnesegespräch.)

Der Arzt fragte weiter nach den schlimmsten Erlebnissen für ihn während der Verfolgungszeit: „Das ganze KZ war schlimm, das kann man nicht erzählen, [...] (Ich habe gesehen) wie sie Leute erschossen haben und erschlagen, wie sie sie aufgehängt haben, wie sie die Leichen ins Krematorium gebracht haben, da habe ich sie (die Leichen) hingefahren. In Ravensbrück haben sie mit mir Versuche gemacht: Fleckheber eingespritzt.“

Der Medizinprofessor will wissen, wie die Versuche gemacht wurden und von welchem Arzt, doch nun gibt Manfred Höllenreiner keine Antwort mehr. Der Arzt schreibt weiter: „Alle diese Angaben musste ich mehr oder mühsam aus Herrn H. herausholen, und am Ende der Exploration, die 55 Minuten dauerte, verstummte er praktisch.“ Beim nächsten Untersuchungstermin am 23. Juni 1999 möchte Manfred gar nichts mehr erzählen. Der Mediziner schreibt: „Es war offensichtlich, dass Herr H. nicht mehr in der Lage war, weitere Fragen zu beantworten.“

Erstmals fällt nun im Jahr 1999 nach vielen erbrachten medizinischen Gutachten über Manfred H. die Diagnose: „Post-KZ-Syndrom“ mit chronisch-depressiver Leitsymptomatik und Schlaflosigkeit einerseits, und Albträumen andererseits, in denen die KZ-Erlebnisse wieder erlebt werden.“

Manfred Höllenreiner ist im September 1999 verstorben.

10 Schreiben der Finanzmittelstelle München des Landes Bayern an das Landesentschädigungsamt v. 08.07.1957. BEG 46138.

Entschädigungsakten Rosemarie Höllenreiner¹¹



Rosemarie Höllenreiner, verkleidet im Fasching, ca. 1953. Am linken Unterarm ist die eintätowierte KZ-Nummer zu erkennen.

Foto: Peter Höllenreiner

Als die Familie im März 1943 nach Auschwitz deportiert wurde, war sie bereits ein Schulkind und besuchte die 1. Klasse. Erst zweieinhalb Jahre später, im Herbst 1945, konnte sie wieder eine Schule besuchen, wieder ging sie in die Münchner Volksschule in der St.-Martin-Straße. Im Entlassungs-Zeugnis vom 13. Juli 1950 wird sie als „eine sehr anständige, fleißige Schülerin“ beschrieben. Sie hat gute Noten: Alle Fächer schließt sie mit „befriedigend“ oder „gut“ ab. Unter Staatsangehörigkeit ist „Deutsch“ eingetragen, die Religion „röm. kath.“, und auch der Beruf des Vaters ist im Zeugnis vermerkt: „Tochter des Fuhrunternehmers Josef Höllenreiner“. Nichts im Zeugnis deutet daraufhin, dass sie die ersten Jahrgangsstufen versäumte.

.....
11 BEG 46141

Ihrem Antrag auf Entschädigungsleistung liegt ein Auszug aus dem Schülerbogen bei. Er zeigt ihren schulischen Lebensweg bis 1950 auf, wurde vom Schulrat und der Klassenlehrerin unterzeichnet.

„München vom 2. September 1942 bis 08.03.1943

KZ Auschwitz vom 8. März 1943 bis 15.09.1945

München vom 17. September 1945 bis 13. Juli 1950.“

Dieser Auszug aus dem Schülerbogen wurde vom Stadtschulamt der Landeshauptstadt München am 5. Mai 1960 an die Bayerische Landesentschädigungsbehörde per Post gesandt. Hatte im Jahr 1960 das Stadtschulamt München die Vorstellung, dass im KZ Auschwitz ein Schulbesuch möglich gewesen wäre? Oder listete der zuständige Beamte die Lagerhaft auf, weil damit der Fürsorgepflicht des Staates, nach der jedes Kind nicht nur die Pflicht, sondern auch das Recht auf einen achtjährigen Schulbesuch hatte, Genüge getan war?

Für ihren Antrag auf „Wiedergutmachung“ muss Rosemarie Höllenreiner darlegen, welche gesundheitlichen Nachwirkungen die KZ-Haft für sie hatte. Sie muss beweisen, dass die gesundheitlichen Einschränkungen durch die KZ-Haft bedingt waren, und nicht schon vor der Verfolgung bestanden. Daher beginnt der Wortlaut ihrer eidesstattlichen Erklärung vom 4. Juni 1962 mit der Schilderung ihres Gesundheitszustandes vor 1943:

„Ich war als Kind bis zu meinem 7. Lebensjahr gesund und von kräftiger körperlicher Verfassung. Im Alter von 7 Jahren kam ich zuerst in das Lager von Auschwitz. Während meiner Inhaftierung von 1943–1945 magerte ich zusehends ab. Gegen Ende 1943 traten erstmals Beschwerden in den Gliedern auf. Bei jeder Bewegung der Arme und Beine empfand ich Schmerzen in den Gelenken und Muskeln. Diese Schmerzen, zu denen schließlich laufende Kopfschmerzen kamen, verstärkten sich so, dass ich mich zeitweise nicht mehr bewegen konnte.

Nach der Befreiung besserte sich mein Zustand etwas. Dies war jedoch nicht von langer Dauer. Bereits ab 1947 nahmen die Schmerzen wieder so zu, dass ich mich laufend in ärztliche Behandlung begeben musste. Ich wurde mit Kuren und Medikamenten behandelt, ohne daß bisher eine Besserung eintrat. Bis in die jüngste Zeit lag ich oft wochenlang im Bett. Dabei haben die Kopfschmerzen unvermindert angehalten. In den Fingerspitzen fühle ich ständig schmerzhaft Stiche.“

Drei Zeugen bestätigen ihr eidesstattlich, dass sie als Kind vor der Inhaftierung im Konzentrationslager ein „gesundes Kind“ war, „das während seiner ersten 7 Jahre nie krank war“. Rosemarie ist 29 Jahre alt und muss Gut-

achten einholen, sie lässt sich untersuchen, mehrmals muss sie ihre Krankheitssymptome schildern.

„Patientin leidet unter einer schweren Trigeminusneuralgie, die durch keinerlei Behandlung beseitigt werden kann und auf die Haft im KZ Lager zurück zu führen ist“, schreibt die Münchner Fachärztin für Hals-, Nasen-Ohrenkrankheiten im Jahr 1962. Nicht jeder Arzt interessiert sich für ihre Lebensgeschichte. Die Fachärztin der inneren Medizin untersuchte ihren Körper aufs Genaueste: Kopf, Hals, Thorax, Abdomen, Extremitäten, Wirbelsäule. Sie kommt zum Schluss: „Internerseits ist ein verfolgungsbedingtes Leiden somit nicht zu objektivieren“ und verweist auf die noch ausstehende nervenärztliche Untersuchung. Diese Fachärztin erkannte ihre gesundheitlichen Probleme als „verfolgungsbedingt“ an.

Der Bericht der Nervenärztin gibt auch die Erzählungen Rosemaries über deren Lagerhaft wieder:

„Erkrankungen im Lager: Sie habe Keuchhusten, Typhus und Fleckheber gehabt. Damals sei sie todkrank gewesen. Auch sei sie den üblichen Misshandlungen ausgesetzt gewesen, habe ohne Decken auf dem Zementboden schlafen und jeden Morgen um 5 Uhr nahezu unbekleidet antreten müssen. Die Mutter sei dann zum Arbeiten abgeholt worden und die Kinder seien der Lageraufsicht überlassen gewesen.“



Emma Höllenreiner (2.v.l.) mit ihrem Ehemann, Cousin Hermann (Mitte), sowie ihrem Bruder Manfred (rechts außen) ca. im Jahr 1960
Foto: Peter Höllenreiner

Entschädigungsakten Emma Höllenreiner¹²

Emma war Mitte Juli 1929 in Molzdorf in Thüringen auf die Welt gekommen. Sie war 14 Jahre alt, als sie ins KZ Auschwitz deportiert wurde. Emma wurde im KZ Ravensbrück zwangssterilisiert. Als 19-Jährige versuchte Emma, die Sterilisierung rückgängig machen zu lassen und unterzog sich zweimal erfolglos einer Operation. Der operierende Arzt stieß auf „Verwachsungen an allen Unterleibsorganen“ und „eingekapselte Eiterherde“.

Im amtsärztlichen Gutachten von 1953 gibt sie wieder: „Vor meiner Einlieferung in das KZ war ich im Wesentlichen immer gesund. Ich habe nur Masern gehabt. Ich befand mich vom März 1943 bis Mai 1945 im KZ Auschwitz und in anderen Lagern. Im Lager Ravensbrück wurde ich 1944 von der Scheide her sterilisiert ohne Narkose. Ich habe seitdem ständig Unterleibsbeschwerden, unregelmäßige Periode, Verdauungsstörungen. Im Lager musste ich schwere Arbeiten verrichten.“

Die Diagnose lautet: „Etwas bedürftiger Allgemeinzustand und Zustand nach unsachgemäßer Sterilisation (Elektrobehandlung ohne Narkose) mit mehrfachen schweren Unterleibsbeschwerden (Entfernung des li. Eierstocks wegen Vereiterung, teilweise Resektion des re Eierstocks wegen Zyste, Entfernung des Blinddarms, Dünndarmnaht, schwere Verwachsungen.“

1965 verschlimmerte sich der Gesundheitszustand, es müssen die Gebärmutter und ein Teil des Dünndarms entfernt werden. Die ärztliche Diagnose im Gutachten von 1965 lautet: „Zustand nach unsachgemäßer Sterilisation (Elektrobehandlung ohne Narkose)“.

Emma Höllenreiner war mit folgenden Angaben in den Büchern der KZ geführt: „Staatsangehörigkeit deutsch, Religion: römisch katholisch, Familienstand: ledig, letzter Wohnort: München, Deisenhofener Str. 79. Sie wurde am 15. März 1943 durch die Kriminalpolizei München in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau (Zigeunerlager) eingeliefert; überstellt am 3. August 1944 zum Konzentrationslager Ravensbrück. Kategorie: Zig (= Zigeunerin)“¹³ ▲

12 BEG 46056.

13 Angaben des Internationalen Suchdienstes in Arolsen. BEG 46056.



Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. v. d. Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Monika Franz
Praterinsel 2
80538 München

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Uta Löhner
Redaktionsassistent: Dominik Hirndorf

Titelfoto: ullstein bild-Westend61/Fotograf: Valentin Weinhäupl

Gestaltung: Brandungen GmbH, Petersstraße 46, 04109 Leipzig

Druck: alpha printmedien AG, Darmstadt

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln.
Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Praterinsel 2, 80538 München, Fax: 089 2186-21 80, landeszentrale@stmbw.bayern.de
www.blz.bayern.de